Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

5. September 1977
Jg. 5 Nr. 36

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Streiks der Bergarbeiter bringen Carters Energieprogramm ins Wanken

In großen Streiks bekämpft die amerikanische Arbeiterklasse die Absicht der US-Monopole, die tiefgehende Wirtschaftskrise zu weiterer Verschärfung der Ausbeutung und Verelendung zu nutzen. Die kapitalistische Produktion in den USA geht wieder in einen Zustand fauliger Stagnation über: Die Auftragseingänge in der Industrie haben den größten Rückgang seit mehr als zwei Jahren. Die Arbeitslosigkeit liegt selbst nach offizieller Statistik bei 8 %, bei den schwarzen Jugendlichen bei fast 40 %.

Neben den Arbeitern in den Erzgruben streiken seit Ende Juni die Arbeiter der Steinkohlegruben der USA gegen die Einschränkung der Krankenversicherung und die Selbstbeteiligung mit 500 Dollar jährlich an den Krankenkosten. Im August hatten sich 114 000 Bergarbeiter dem selbständigen Streik angeschlossen. Der Streik gefährdet das Energieprogramm der Carter-Regierung, denn die Produktionsausfälle betragen schon 30 Mio. t Steinkohle. (Neue Zürcher Zeitung, 27.8.)

„Rotes Meer muß Friedenszone sein"

Die Arabische Republik Jemen und die Demokratische Volksrepublik Jemen haben gegen die Provokationen der Supermächte, die sich am Roten Meer fest einnisten wollen und dazu die Widersprüche zwischen den Anliegerstaaten des Roten Meeres schüren, gefordert, daß das Rote Meer „eine Zone permanenten Friedens und dauerhafter Stabilität" sein solle und daß es allen Völkern der Region möglich sein solle, „in einer für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt günstigen Atmosphäre der Brüderlichkeit und Zusammenarbeit zu leben". Die beiden Staaten bekräftigen, daß sie selbst die Tankerroute durch das Rote Meer verteidigen können, und warnen vor der Absicht des Zionistenstaates, „gegen den arabischen Befreiungskampf loszuschlagen". Der Premierminister von Djibouti fordert, daß „das Rote Meer eine Friedenszone sein (muß), frei von jeder fremden Einflußnahme".

Zur Beilegung der Grenzstreitigkeiten zwischen Äthiopien und Somalia hat die Regierung von Madagaskar die beiden Staaten aufgefordert und ihre Vermittlung angeboten.

Flankierende Propagandamaßnahmen für das Rentnerbeseitigungsprogramm

Das sowjetische Institut für Gerontologie (Alterskunde) hat das Geheimnis eines langen Lebens enthüllt. 40000 alte Menschen wurden befragt; und was haben die Wissenschaftler gefunden? Das Geheimnis dieser Alten sei, daß kaum einer ein „Rentnerdasein" führe. Die „Prawda" folgert: „Arbeit ist unersetzlich heilsam gegen vorzeitiges Altern." Das ganze ist ein Propagandamanöver, um die Tatsache zu verdecken, daß die Ruinierung der Lebenskraft der Arbeiter in der heutigen Sowjetunion ein Ergebnis der Qual der Lohnarbeit ist. Es soll eine mühsam zusammengezimmerte Begründung abgeben, das „Rentnerdasein" ganz abzuschaffen, so oder so. Begeistert hat Axel Cäsar Springers Hetzblatt „Welt am Sonntag" diese Propaganda aufgegriffen und weitergegeben. In solcher Hinsicht lernen die westdeutschen Bourgeois neidvoll von der faschistischen Breschnew-Clique der Sowjetunion.

Ein neuer Großkredit für den Griff nach Polens Rohstoffen

Fünf westdeutsche Großbanken haben mit Polen einen Vertrag über einen Kredit von zwei Milliarden DM geschlossen. Er ist bestimmt für die Finanzierung einer Anlage zur Vergasung polnischer Steinkohle. Der Vertrag verpflichtet Polen, die Anlagen für das Werk ausschließlich bei westdeutschen Konzernen zu kaufen. Außerdem wollen sich die westdeutschen Bankmonopole einen Teil des Zinses in Form des Gases zahlen lassen. Nach ähnlichem Muster haben sie Polen bereits zur Lieferung von Kupfer gezwungen. Mit den Kreditgeschäften erwerben die westdeutschen Finanzbourgeois Anteile an den polnischen Bodenschätzen. Ohne den Feuerschutz der Staatsmacht sind Erpressergeschäfte solchen Kalibers nicht möglich. So hat die Bundesregierung die vollständige Bürgschaft für den Großkredit übernommen.

Rekordsteigerungsraten in der Lohnsteuerausplünderung

Neuer Haushaltsplan wächst nicht durch gutes Klima um 50 Milliarden / Steuerbetrüger und Plünderer säen Steuererleichterungen

„Kanzler befürchtet lange Durststrecke" und Erwartungen über „tiefe strukturelle Umbrüche" hat der gegenwärtige Bundeskanzler Helmut Schmidt letzte Woche von sich gegeben. Der frühere Henkel-Manager Biedenkopf, CDU, hat sich in gleicher Richtung geäußert: „Große Investitionen erfordern klare Verhältnisse. Wer heute etwas Neues wagt, wird für den Wagemut weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich belohnt."

Die Konjunktur, wie die Kapitalisten das ständige Auf und Ab ihrer Profitwirtschaft nennen, „flacht weiter ab". Mit besonderer Besorgnis nehmen die westdeutschen Imperialisten den Rückgang der Aufträge aus dem Ausland und damit geringer werdende Export-Aussichten zur Kenntnis. In der Investitionsgüterindustrie ist der Rückgang der Auftragsbestände am größten.

Die Bankiers und Baukapitalisten im Präsidium des „Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie" verlangen: „Die Unternehmen müssen langfristig steuerlich entlastet werden", das „Investitionsklima" müsse „wieder verbessert werden", „zusätzliche öffentliche Mittel für die Bautätigkeit" sollen bereitgestellt werden. Das erst im April dieses Jahres beschlossene „Programm für Zukunftsinvestitionen" mit 16 Milliarden DM dürfe „nicht den Schlußpunkt bilden".

Einlagen in Höhe von 818 Milliarden DM befinden sich in Händen der Banken. Der Zinssatz für Anleihe-Kredite befindet sich an seinem bisherigen Tiefstand mit 6,3% gegenüber 1959. Schon die 6% Bahnanleihe habe nach Angaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes „gezeigt, daß am Kapitalmarkt angesichts einer Inflationsrate von rund 4% eine Art Reizschwelle erreicht worden sei".

Die ganze Fäulnis der imperialistischen Ausbeuterwirtschaft tritt zutage.

Mit Blick auf die imperialistische Konkurrenz überschlagen sich die Bourgeoispolitiker mit Vorschlägen für „politische Maßnahmen", die „jetzt ergriffen werden müssen". Die „gesamtwirtschaftliche Nachfrage" solle „langfristig belebt" werden, erklärte Schmidt. „Leistungshemmende und auf totale Verstaatlichung zielende Steuersätze müßten fallen", verlangt Kohl für die CDU. Während die Christlichen Demokraten am Donnerstag dieser Woche mit Eröffnung des Bundestags einen Antrag auf einen 10 % Steuernachlaß Lohn- und Einkommenssteuer, Vermögens- und Kapitalertragssteuer beschließen lassen wollen, spielen sich die Sozialdemokraten als Anwalt der „kleinen und mittleren Einkommen" auf: sie wollen ein Programm beschließen zusammengesetzt aus „Steuererleichterungen", die nur diesen Einkommen „zugute kommen sollen"; weiter aus Erhöhung der „öffentlichen Ausgaben" und der Abschreibungsmöglichkeiten für die Kapitalisten als „Investitionsanreiz" –
Abschreibungsmöglichkeiten für die Kapitalisten als „Investitionsanreiz" – alles zusammen für 10 Mrd. DM, erklärt Schmidt.

Die Bourgeoispolitiker spielen sich als „Erleichterer" der Lage der Arbeiterklasse wie der Lohnabhängigen insgesamt auf. Das genaue Gegenteil haben sie im Auge: Die Ausplünderung mit Hilfe des Lohnsteuersystems hat in den ersten 6 Monaten dieses Jahres eine Rekordhöhe erreicht mit zusammen 39,7 Mrd DM. Das waren 5,2 Mrd oder 15,1 % mehr als vergangenes Jahr im gleichen Zeitraum. Für das ganze Jahr haben die Experten der Kapitalisten ihre Erwartungen bereits wiederholt und nach oben „korrigieren müssen". Jetzt rechnen sie neuerdings insgesamt mit rund 92 Mrd DM Lohnsteuer, gegenüber 80,6 Mrd DM Lohnsteuereinnnahmen vergangenes Jahr. Was die Bourgeoispolitiker als „Erleichterung" durch Änderung des Grundfreibetrages verkaufen wollen, würde gerade zwei Drittel der Lohnsteuersumme ausmachen, die die herrschende Klasse der Arbeiterklasse allein über die gewachsene Progression auf nominalen Lohnzuwachs des Jahres zusätzlich abgenommen hat:

– z.B. der sozialdemokratische Vorschlag auf Erhöhung des Grundfreibetrages für Ledige von 3000 auf 4000 DM bedeute 1978 „Steuerausfälle von 7 bis 8 Mrd. DM". Für Ledige im Monat 18,33 und für Verheiratete 36,67 DM weniger Lohnsteuer;

– oder die Erhöhung des „Weihnachtsfreibetrages" von 100 DM macht für Ledige z.B. ganze 9,42 DM pro Monat aus.

Diese Vorschläge der Bourgeoispolitiker sind nichts als Betrug. Weder bringen sie „Erleichterungen" noch ändern sie etwas an der Ausplünde-

Fortsetzung Seite 2

Der Kampf um eine Reallohnanhebung ist absolut notwendig!

„Die wesentlichste Bedingung für die
„In der kapitalistischen Gesellschaft wird freie Zeit für eine Klasse produziert durch

„Die wesentlichste Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisklasse ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich." (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei) „Wenn die Arbeiter einzeln mit den Unternehmern zu tun haben, so bleiben sie richtige Sklaven, die ewig um eines Stückchens Brot willen für einen fremden Menschen arbeiten, bleiben ewig gefügige und keinen Widerspruch wagende Lohnsklaven. Wenn die Arbeiter aber gemeinsam ihre Forderungen stellen und es ablehnen, sich dem zu fügen, der einen dicken Geldsack hat, dann hören die Arbeiter auf, Sklaven zu sein, sie werden Menschen, sie beginnen zu fordern. (...) Die Sklaven beginnen zu fordern, daß sie selbst die Herren werden – daß sie nicht so arbeiten und leben, wie die Gutsbesitzer und Kapitalisten es wollen, sondern so, wie die Werktätigen selbst es wollen. Streiks flößen den Kapitalisten eben deshalb stets solchen Schrecken ein, weil sie ihre Herrschaft zu erschüttern beginnen. (...) Jeder Streik erinnert die Kapitalisten daran, daß die wahren Herren nicht sie sind, sondern die Arbeiter, die ihre Rechte immer lauter und lauter anmelden." (Lenin, Über Streiks)

„In der kapitalistischen Gesellschaft wird freie Zeit für eine Klasse produziert durch Verwandlung aller Lebenszeit der Massen in Arbeitszeit." (Karl Marx, Das Kapital)

Masse Dividende
Mrd. DM
5,5
5
4,5
4
3,5
66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77

Die Kapitalisten streben nach Höchstprofit. Jahr für Jahr haben sie mehr aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßt: allein die Masse der Dividende auf das Kapital der börsennotierten Aktiengesellschaften stieg von 3 152,15 Mio. DM 1965 auf 5 649,90 Mio. DM im Juli 1977. Das sind 56,5 Milliarden DM in den letzten 12 Jahren. Das ist nur der „ausgeschüttete" Teil des Profits. Für die Arbeiterklasse bedeutet diese Profitjagd: beschleunigte Verwandlung aller Lebenszeit in Arbeitszeit für das Kapital, unerträgliche Lebensverhältnisse, wachsende Verelendung und Druck auf den Lohn.

Südliches Afrika: Nur bewaffnet kann der Sieg über Imperialismus und Kolonialismus erzwungen werden

Veranstaltungsreihe des KBW mit Mitgliedern des Zentralen Komitee des PAC (Pan Africanist Congress)

Im bewaffneten Befreiungskampf machen die Völker den Imperialisten klar: Die Herrschaft in Afrika hat bald ein Ende. Die Imperialisten reagieren darauf hektisch aggressiv. Vor ca. zwei Wochen haben sie öffentlich unter dem Thema: „Es muß verhindert werden, daß Vorsters Regierung zur Atommacht wird", überlegt, ob sie nicht gemeinsam militärisch intervenieren. Der Ablauf:

Die Sozialimperialisten melden in der TASS, es gibt eine Atombombenversuchsanlage bei Vorster. Das lesen die französischen Imperialisten. Daraufhin schalten sich die westdeutschen Imperialisten ein und fordern, friedliebend wie sie – historisch erwiesen – sind, „abermals und eindringlich" Vorster zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages auf. In Westdeutschland kommen Gerüchte auf über bestehende Verträge von MAN und STEAG mit den südafrikanischen Imperialisten über Atomwaffen- und Versuchsanlagenlieferungen. Frankreich und am gleichen Tag auch England geben „Besorgniserklärungen" heraus. Callaghan tritt in Briefwechsel mit Breshnew. Die französischen Imperialisten konsultieren in dieser „Angelegenheit" die US- und Sozialimperialisten. In Moskau wird gemeldet, ein Atomwaffenversuch muß unterbunden werden. Der sowjetische Botschafter Falin geht zu Genscher in Bonn und klärt ihn auf, daß die Erklärung aus Moskau ein Appell zur Beteiligung an einer Intervention ist. Damit ist die Sache auf den Punkt gebracht.

Die Lage der Imperialisten im südlichen Afrika charakterisiert danach Owen: „Die Guerillakämpfe haben sich ... ausgeweitet und intensiviert und verschlimmern sich von Tag zu Tag weiter." Die US- und die britischen Imperialisten haben deshalb einen Friedensplan für Zimbabwe vorgelegt: Smith tritt zurück, ein anderer „britischer Administrator" ersetzt ihn, als Gegenleistung legt die Patriotische Front den Imperialisten die Waffen des Befreiungskampfes zu Füßen und erkennt „den Administrator" als Befehlshaber ihrer Armee an, der auch gleich Befehlshaber einer neu mitgelieferten Truppe wird. Smith war von Anfang an gegen den Plan und für seinen Posten und setzt eher auf einen schwarzen „Administrator" von seinen Gnaden. So hat er Wahlen durchführen lassen, über die sich selbst die

Fortsetzung Seite 2

Aus Niederlagen lernen! Eine unbesiegbare Partei aufbauen! Warum konnte die Bourgeoisie die KPD zerschlagen? Linie und Politik der KPD nach 1945.

Kiel. 9.9.77, 20 Uhr, Gaststätte Waidmannruh, Kronshagen, Eckernförderstr. 309

Flensburg: 9.9.77, 20 Uhr, ZOB-Restaurant

Hamburg: 9.9.77, 19 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Str. 16 (Nähe Berliner Tor)

Hannover: 9.9.77, 20 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben

Bremen: 9.9.77, 19.30 Uhr, Universität, Mehrzweckhochhaus

Oldenburg: 9.9.77, 19.30 Uhr, Universität Hörsaal B, Ammerländer Heerstraße

Osnabrück: 9.9.77, 20 Uhr, Universität, Erweiterungsbau

Göttingen: 9.9.77, 20 Uhr, Gaststätte Drei Kronen, Göttingen-Geismar, Mitteldorfstraße

Braunschweig: 9.9.77, 19.30 Uhr, Hotel Lindenhof, Humboldtstraße

Westberlin: 9.9.77, 19 Uhr, Neue Welt, Hasenheide

Hektische Maßnahmen zum Ausbau des Unterdrückungsapparates

Klose: „Es hat sich noch nie ein Politiker hinstellen können und sagen, ich hab genug Polizisten."

Hamburg. Auf den Aufschwung der Klassenkämpfe reagiert die Bourgeoisie mit dem Ausbau ihres Unterdrükkungsapparates. Das Ausmaß ihrer Furcht ist an diesen Maßnahmen meßbar. Ideologisch getarnt werden die Maßnahmen und Absichten mit einer Debatte um „Innere Sicherheit". So erklärte der Bürgermeister von Hamburg Klose am 10.8. in der Bildzeitung: „Es hat sich noch nie ein Politiker hinstellen können und sagen, ich hab' genug Polizisten. 100 Prozent Sicherheit können Sie vielleicht erreichen, wenn Sie jedem Staatsbürger einen Verfassungsschutzbeamten und einen Polizisten hinterherlaufen lassen." Sicherheit wofür?

Über 10 000 Arbeiter arbeiten auf den Hamburger Werften. Bei Blohm und Voss werden Fregatten gebaut. Blohm und Voss-Chef Henke wollte sogar den ganzen Fregattenbau führend in die Hand nehmen. Seine Arbeiter seien die geschicktesten. Entlassung der alten Arbeiter durch stillschweigende vorzeitige Berentung der über 55jährigen. Aus den jüngeren Arbeitern kann mehr herausgeholt werden, der Akkord wird angezogen, Überstunden bis zum Umfallen.

Viele Metallbetriebe sind stillgelegt worden, insgesamt 30 000 Arbeitsplätze sind es in der Metallindustrie in den letzten Jahren. Die Arbeiter kämpfen dagegen. Die Belegschaft von MAN hat hartnäckig die Entlassungen von 300 Arbeitern am Kesselbau bekämpft. Der Kampf der Arbeiter findet rasch Unterstützung in der ganzen Stadt. Als die Arbeiter und Angestellten von Heidenreich & Harbeck gegen die Stillegung des Betriebes gekämpft haben, haben Arbeiter aus über 100 Betrieben und den verschiedenen Branchen den Kampf unterstützt, ebenso Schüler, Studenten und Soldaten. Das treibt den Kampf an allen Fronten voran. In diesen Kämpfen schließt sich die Arbeiterklasse um ein Aktionsprogramm zusammen und bildet sich die politische Führung des Proletariats heraus. Unter der Führung der Arbeiterklasse wird der Staatsapparat zersetzt. Die Studenten haben große Kämpfe gegen den Staat geführt. Sie haben die Statue des Kolonialisten und Universitätsgründers von Melle zerschlagen und mit dem Erlös die revolutionären Befreiungskämpfer des Volkes von Zimbabwe unterstützt. Die Volksmassen sind gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf. Wie soll die Bourgeoisie da nicht das Zittern bekommen?

Am 14. September tritt die Bürgerschaft wieder zusammen. Der Haushaltsplan wird beraten. Die Fahrpreiserhöhungen sollen beschlossen werden und das neue Schulgesetz. Damit auf der Zuschauertribüne nichts passieren soll, wollen die bürgerlichen Politiker dies als Tagesordnungspunkt 75 und 78 behandeln. Schon an normalen Tagen sitzen die bürgerlichen Politiker wie Schwerverbrecher unter strengster Polizeikontrolle. Als drei Schüler sich den Wirtschaftssenator Nölling vornehmen wollten wegen der Fahrpreiserhöhungen, kamen gleich fünf Polizisten hinterher.

Ohne die Gesellschaft in eine Zwangsanstalt zu verwandeln, kann die Bourgeoisie ihre Herrschaft nicht aufrechterhalten. Sie macht gewaltige Anstrengungen, um ihren Sturz hinauszuschieben. Sie plündert dazu das Volk aus. Die Maßnahmen im einzelnen:

Unter dem Titel „Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit" sollen nach dem Haushaltsplanentwurf 1978 382 zusätzliche Ausbildungsplätze in den Behörden und außerdem „neue Stellen zur Wahrnehmung zusätzlicher und zur Intensivierung vorhandener Aufgaben" geschaffen werden. Dieses Programm dient hauptsächlich dem Ausbau der Polizei. Es kostet über 24 Mio. DM. Um der Zersetzung des Polizeiapparates entgegenzuwirken, sollen die Offiziers- und Unteroffiziersränge vermehrt und die Bestechungsgelder erhöht werden. Eine Million für die Beamten des öffentlichen Dienstes, 50 % davon für die Polizei, sind für diesen Zweck veranschlagt.

Um den Zuchthauscharakter über die ganze Gesellschaft auszubreiten und jede Entwicklung des Kampfes schon im Anfangsstadium zu unterdrücken, wurde eine Sorte von Polizeibeamten geschaffen, die den älteren Arbeitern noch aus dem Faschismus bekannt sind. Es sind Blockwarte. Sie sollen als „Kontaktbeamte" 1978 in großem Stil eingeführt werden. Laut Hamburger Morgenpost soll der „Kontaktbeamte" den Vorzug haben, „seine Straßen, seine dunklen Ecken und seine Mitmenschen genau zu kennen". Er wird fest in einem Wohnviertel stationiert, um die Volksmassen zu bespitzeln. Zur Bespitzelung der Jugend hat der Senat extra den „Jugendsachbearbeiter bei der Polizei" angestellt. Die Kämpfe unter der Jugend breiten sich rasch aus. Die Bourgeoisie muß hier mit einem gehässigen System der Unterdrückung antworten. Dementsprechend brüstet sich der Senat in einer Antwort damit, daß die „Bekämpfung der Jugendkriminalität und die angestrebte Verbesserung in der Bekämpfung der Kriminalität junger Gewalttäter in Hamburg bereits seit langem verwirklicht ist". Die Ursachen liegen in der wachsenden Verelendung, der Abrichtung der Jugend auf das Lohnsystem und die Ausbeutung, die Unterdrückung an den Schulen. Das kann man selbst noch den Verbiegungen in der Antwort des Senats entnehmen. Die Aufgabe der „Jugendsachbearbeiter" ist: „Systematische Erfassung der Jugendbanden, deren Angehörigen". Sie sind zum jederzeitigen Schnüffeln berechtigt durch „präventive Aktionen im Milieu dieser gefährdeten Minderjährigen". In Verkleidung bespitzeln sie die Jugendlichen. „Nach eigener Entscheidung oder auf Ersuchen von Jugendtreffpunkt-Veranstaltern (Häuser der Jugend) (werden) Abendeinsätze an Treffpunkten" Jugendlicher durchgeführt.

Am Donnerstag letzter Woche serviert die „Welt" die letzte Meldung zur „Inneren Sicherheit": Im Polizeipräsidium soll eine zentrale Datenbank errichtet werden, um die Daten jedes Hamburgers erfassen zu können. Das ist die direkte Antwort der Bourgeoisie auf die wachsende Zentralisierung und Organisierung, die die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen und im Aufbau der Vorhutorganisation erreicht hat. Beide Klassen rüsten sich auf die kommenden unvermeidlichen Klassenkämpfe. Die Arbeiterklasse muß daraus siegreich hervorgehen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe/N-Red.)

Hindernisbeseitigung

„Du magst denken, der ist verrückt, hört bald ganz auf und macht sich nur noch für Klöckner kaputt. Aber meine Frau verdient halbtags bei Horten 380 DM, mein Sohn fängt jetzt an zu studieren, und ich verdiene ohne Überstunden 1 300 DM bis 1 400 DM netto im Monat. Wenn ich jetzt ordentlich Stunden kloppe, erhöht sich der Durchschnittsstundenlohn, den ich ein Jahr nach der Entlassung weitergezahlt bekomme." 60 Jahre ist dieser Schichtarbeiter alt. 30 Jahre hat er seine Knochen für den Profit der Klöckner-Kapitalisten hingehalten. „Erpressung ist das, was sie mit dir machen. Dir bleibt gar nichts anderes übrig, als bis zum 30.9. von dir aus zu kündigen, sonst kündigen sie dir, und du kriegst gar nichts. Da kannst du gleich den Arm heben zum deutschen Gruß, so ist das schon wieder." Nach dem Sozialplan soll er noch 2 500 DM Abfindung kriegen und die Zahlung der Rentenbeiträge bis zum 65. Lebensjahr. Er hat sich seine Rente ausrechnen lassen: 756 DM aufgrund des Lohns bis 1975, zwei Jahre dazu, bekommt er runde 800 DM im Monat.

Die Profitschlacht der Kapitalisten auf dem Weltmarkt zwingt zur Verschärfung der Ausbeutung im Innern des Landes. Dazu muß das Lohnniveau der Arbeiterklasse gedrückt werden. Die „Alten" bilden hier ein Hindernis. Sie halten Arbeitshetze, Schicht- und Akkordarbeit nicht mehr durch, haben Kampferfahrungen und sich im Laufe der Jahre eine höhere Lohneingruppierung erkämpft. Das soll rückgängig gemacht werden.

Die Entwicklung der Produktivkräfte macht gewaltige Umwälzungen in den Belegschaften möglich, und die Konkurrenzbedingungen machen sie nötig. Waren früher viele erfahrene Facharbeiter nötig, um die Produktion in Gang zu setzen, sind heute die Fähigkeiten des einzelnen Arbeiters überflüssig gemacht durch die Entwicklung der Maschinerie. Ergebnis ist die Verschärfung der Ausbeutung und damit die verstärkte Ruinierung der Gesundheit der Arbeiter.

Die älteren, schon verbrauchten Arbeiter, die noch nicht reif zum Abschieben sind, sollen gezwungen werden, ihre Arbeitskraft billiger zu verkaufen. Unter der Androhung der Entlassung hat kürzlich ein Elektriker seine Herunterstufung von Lohngruppe 10 auf 9 unterschrieben. Über 14 Jahre schafft er schon bei Klöckner und wird bald 50 Jahre alt. Nach 15 Jahre Betriebszugehörigkeit und mit 50 Jahren wird der Lohn tarifvertraglich bis zum Rentenalter abgesichert. 140 DM monatlich verliert er dadurch, dazu senkt es die Rente.

Ins materielle Elend gedrückt und die Gesundheit ruiniert, soll es den Arbeitern als eine Wohltat erscheinen, der kapitalistischen Ausbeutung möglichst früh zu entrinnen.

Die Reform „flexible Altersgrenze" ist ein sozialdemokratisches Geschenk an die Kapitalisten, für deren Kriegsvorbereitung doppelt lohnend: In den Fabriken höchstprofitlich ausbeutbares Menschenmaterial und die ruinierten Arbeiter außerhalb der Fabriken, wo sie durch das Ehrenbergprogramm unter die Erde gebracht werden sollen. Das füllt die Kriegskassen.

Flexibel handhabt die Bourgeoisie die Aussonderung der Arbeitskraft. Die Arbeiterklasse hat keinen Spielraum. Sie kämpft gegen die absolute Verelendung und muß ihre ganze Kraft im Lohnkampf einsetzen.

Südliches Afrika: Nur bewaffnet kann der Sieg ...

Südliches Afrika: Nur bewaffnet kann der Sieg ...

Fortsetzung von Seite 1

Imperialisten lustig gemacht haben, um den Imperialisten zu demonstrieren, daß die rhodesischen Bourgeois hinter ihm stehen, die er gleichzeitig zum letzten Appell zusammenrief: „Es sei ihm vor allem darum gegangen, der kämpfenden Truppe wieder Vertrauen einzuflößen. Deshalb sei es wichtig ... zu zeigen, daß die weißen Rhodesier nach wie vor zusammenstehen und sich nicht spalten lassen." (ZDF heute, 31.8.77)

Daß der überaus klug ausgedachte „Friedensplan" gegenüber dem Volk von Zimbabwe und den afrikanischen Völkern keine Aussicht auf Verwirklichung hat, war von Anfang an den Imperialisten klar. Die Forderungen der Patriotischen Front sind die vollständige Unabhängigkeit des Landes und die ungeteilte Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern von Zimbabwe. Für die Regierungen der Frontstaaten erklärte Nyerere, Präsident von Tansania: „Die rhodesischen Streitkräfte müssen umgehend aufgelöst werden und der Aufbau einer nationalen Armee Zimbabwes den Befreiungskräften von Zimbabwe übertragen werden. Das ist für die Frontstaaten Angola, Botswana, Mozambique, Sambia und Tansania ein nicht diskutierbares Prinzip."

Schätzen die Imperialisten die Situation falsch ein, wenn sie einen solchen aussichtslosen „Befriedungsplan" vorlegen? Sie sind eiskalte Rechner, denen es um den Profit geht. Der vorgelegte „Friedensplan" ist ein großangelegtes Täuschungsmanöver gegenüber dem internationalen Proletariat. „Seht her", wollen sie bei der geplanten Intervention berichten können, „wir haben ja versucht, unsere Herrschaft ohne Krieg zu sichern, das ging nicht. Also setzen wir jetzt Kanonen, Panzer und Fregatten ein."

Während die westdeutschen Imperialisten Propaganda für eine Intervention in Zimbabwe betreiben, versuchen sie die Unterstützung und Solidarität der westdeutschen Arbeiterklasse mit dem Befreiungskampf in Zimbabwe zu unterdrücken. In mehreren Orten hat die Bourgeoisie Geldsammlungen für „Gewehre für Zimbabwe" verboten, u.a. in Celle. In der Verbotsbegründung dort aus erster Instanz heißt es u.a.: „Sie (die Staaten) haben rechtwidriges Handeln ihrer Privatpersonen in anderen Ländern, so weit sie dazu in der Lage sind, zu unterbinden ... Dazu zählt die Verhinderung der Unterstützung terroristischer Unternehmungen. Solche Unterstützung stellt die beabsichtigte Sammlung, zumal sie gewaltsamen Zwecken dienen soll, dar." Die Spendensammlung beträgt bis jetzt 34 309,51 DM.

Jedes Gewehr zur Stärkung des Kampfes in Zimbabwe, die Propagierung der gerechten Ziele der afrikanischen Völker, durch die Veranstaltungsreihe des KBW mit Edwin Makoti, Direktor für Erziehung, Öffentlichkeitsarbeit und Information und Mitglied des Zentralen Komitees des PAC (Pan Africanist Congress), und Lunguelo Mvusi, Hauptrepräsentant des PAC für Europa in London, sind Kampfansagen an die westdeutschen Imperialisten und ihre Absichten.

Steuerbetrüger und Plünderer

Fortsetzung von Seite 1

rung durch dieses Steuersystem:

Über „interne Berechnungen der Bundesregierung" berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", daß die durchschnittliche Grenzbelastung der Löhne mit Lohnsteuer auf über 32% steigen wird" gegenüber 20,5% im Jahr 1970. Im Jahr 1981 würde danach die Lohn- und Gehaltssumme mit 20% fast doppelt so hoch besteuert wie im Jahre 1970.

Mit ihren betrügerischen Vorschlägen über „Steuererleichterungen", die sie mit Flankenschutz der Gewerkschaftssozialdemokraten vorbereiten, geht es den Bourgeoispolitikern in Wirklichkeit darum, die Arbeiterklasse vom Lohnkampf und Kampf gegen dieses Steuerausplünderungssystem abzuhalten und die schrankenlose Bereicherung der Kapitalistenklasse über den in der Hauptsache aus der Lohnsteuer finanzierten Staatshaushalt zu gewährleisten:

„Haushalt 1978 noch stärker auf Expansionskurs", „Mit weiteren Milliardenkrediten soll die Konjunktur neu belebt werden", „Der Staat will mehr ausgeben und sich stärker verschulden" – so hat die bürgerliche Presse die bekanntgewordenen Daten über den Haushaltsplan 1978 begrüßt, den das Kabinett nächste Woche beschließen will. Für insgesamt 50 Milliarden DM sind Neuverschuldungen aller öffentlichen Haushalte zusammen vorgesehen. Darüber sind sich die Länderminister und der Bundesfinanzminister einig. Das Finanzkapital macht dabei nicht nur ein glänzendes Geschäft über die Zinsen für die Kredite, die direkten Subventionen aus dem Konjunkturprogramm und über den garantierten Extraprofit aus den öffentlichen Projekten. Es ist zugleich ein Haushalt des Ausbaus der Reaktion, im Innern wie gegenüber den unterdrückten Völkern: mit 19,8% oder 637 Mio. DM hat das Ministerium für „wirtschaftliche Zusammenarbeit" den größten Zuwachs, um den Kapitalexport mit insgesamt 3,85 Mrd. DM zu fördern und zu gewährleisten. Ebenfalls überdurchschnittliche Steigerungsraten haben das Wirtschafts- und Verkehrsministerium, die Ministerien für Forschung und Technologie und Bildung und Wissenschaft und das Innenministerium. Forcierte Mästung der Kapitalistenklasse und erweiterte Unterdrückung der Lohnabhängigen ist der Inhalt dieses Haushaltsplans. Allein das Bundeskriminalamt soll mit diesen Millionen sein Personal um die Hälfte von jetzt 2545 auf 3867 aufstocken, die Bewaffung des Bundesgrenzschutzes soll verbessert werden und die Nachrichtenverbindungen der herrschenden Klasse ausgebaut werden.

Diese Pläne sind die Tatsachen, die hinter dem betrügerischen Gerede der herrschenden Klasse über die „Steuererleichterungen" stehen. Es sind Wechsel auf Höchstprofite aus den Knochen der Arbeiter und Fortsetzung der Rekordsteigerungsraten in der Lohnsteuerausplünderung, die die herrschende Klasse sich damit ausstellt. Das ist bisher jedesmal so der Fall gewesen in der Geschichte der Bourgeoisie und des Imperialismus. Dieser blutigen Geschichte kann die Grundlage bloß entzogen werden durch den bewaffneten Aufstand und die sozialistische Revolution. Entschlossener Kampf um die Hebung des Lohns und gegen die Steuerausplünderung durch das imperialistische Finanzkapital schaffen dafür Voraussetzungen.

Zwei völlig entgegengesetzte Standpunkte
UNO-Resolution 242 – Resolution 3 236 der UNO-Vollversammlung 1974 zur „Nahost-Frage"

Die Freude der Imperialisten, die sie in ihrer Presse haben verbreiten lassen, ist gewichen, das Manöver gescheitert. Die PLO hat erklärt, daß sie nach wie vor die Resolution 242 des Sicherheitsrates der UNO vom November 1967 ablehnt.

Die Resolution 242 ist die Taktik der Imperialisten, den bewaffneten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes niederzuschlagen. Die Resolution wird sowohl von den US-Imperialisten als auch den Sozialimperialisten unterstützt. „Der Sicherheitsrat gibt seiner andauernden Beunruhigung über die ernste Lage im Nahen Osten Ausdruck und unterstreicht, daß es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern und daß es nötig ist, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu wirken, der es jedem Staat der Region erlaubt, in Sicherheit zu leben." (Aus der Resolution 242)

Die „Präambel" sieht von vornherein vor, daß den Palästinensern ihre nationalen Rechte aberkannt werden und sie als Flüchtlinge behandelt werden, nichts anderes heißt es, wenn von einem „Eroberungskrieg" die Rede ist. Sie sieht vor:

„1. Rückzug israelischer Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konfliktes besetzt worden sind, 2. Einstellung jeglicher kriegerischer Erklärung oder jeglichen kriegerischen Zustandes sowie Respektierung und Anerkennung der Souveränität der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen Staates der Region und dessen Rechtes, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen oder Gewaltaktionen zu leben." Das heißt nichts anderes, als eine Verpflichtung zur vollständigen Anerkennung des Staates Israel mit den Grenzen von 1967, wohin sie sich zurückziehen sollen. Israel wird nicht als Aggressor im Krieg 1967 verurteilt.

„II. Der Sicherheitsrat bekräftigt ferner die Notwendigkeit, a) die freie Schiffahrt auf internationalen Wasserstraßen in der Region zu garantieren, b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen, c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates der Region durch Maßnahmen zu garantieren, welche die Schaffung entmilitarisierter Zonen einschließen." (Resolution 242)

Demgegenüber haben die Länder der Dritten Welt einen vollständig anderen Standpunkt. Auf der UNO-Vollversammlung 1974 haben die 21 arabischen Staaten und die Länder Afghanistan, Bangladesh, Congo, Cuba, Guinea, Guinea Bissau, Indien, Indonesien, Madagaskar, Malaysia, Niger, Pakistan, Senegal, Uganda, Jugoslawien und Zaire eine Resolution eingebracht. Die Resolution:

1. bestätigt abermals die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, darunter (a) das Recht auf Selbstbestimmung ohne äußere Einmischung, (b) das Recht auf internationale Unabhängigkeit und Souveränität;
2. bestätigt abermals auch die unveräußerlichen Rechte der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat und ihr Eigentum, aus der sie vertrieben und entwurzelt worden sind, und spricht sich für ihre Rückkehr aus;
3. betont, daß volle Respektierung und Verwirklichung dieser unveräußerlichen Rechte für die Lösung der Palästina-Frage unerläßlich sind;
4. erkennt an, daß das palästinensische Volk eine Hauptpartei bei der Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ist;
5. erkennt ferner das Recht des palästinensischen Volkes an, seine Rechte in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen mit allen Mitteln wieder zurückzuerlangen;
6. ruft alle Staaten und internationalen Organisationen auf, dem palästinensischen Volk in seinem Kampf für die Wiederherstellung seiner Rechte, in Übereinstimmung mit der Charta, ihre Unterstützung zu geben.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 36 / 1977: 32 000

USA: Ruinierung der kleinen Bauern – Kampf um das Weizenmonopol

Neues US-Landwirtschaftsgesetz in Vorbereitung

Die Politiker des US-Finanzkapitals haben ein neues Landwirtschaftsgesetz in der Mache. Während die Debatte über die Höhe der staatlich garantierten Erzeugerpreise sowie der Farmerkredite noch in vollem Gange ist, hat die Regierung Carter in den vergangenen Tagen ihre Absicht verkündet, den Weizenanbau im nächsten Jahr um 20 Prozent zu reduzieren.

Aufgeschreckt durch weltweit gute Getreideernten, holen die US-Imperialisten zum Rundumschlag aus: Um die Profite der großen Farmer und Agrarkapitalisten, der Nahrungsmittelkonzerne und Getreideexporteure zu sichern, wird die Ruinierung der kleinen Bauern beschleunigt und der Versuch gestartet, der aufblühenden Getreideproduktion in Ländern der Dritten Welt einen wuchtigen Schlag zu verpassen.

Die Methoden, derer sich die US-Imperialisten bedienen, wurden erstmals in den Jahren der Weltwirtschaftskrise 1930 angewandt und seither ständig verfeinert. Der Erfolg: Seit dieser Zeit ist die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 30,5 Mio. Menschen auf 8,8 Mio. Menschen (1975) geschrumpft, die Zahl der Farmen von 6,5 Mio. auf 2,75 Mio. (1977). „Staatlich gefördertes" Bauernlegen – gefördert durch garantierte Erzeugerpreise, Farmerkredite im Verbund mit Produktionsbeschränkungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Seit 1930 garantiert der imperialistische Staat den US-Farmern Preise für einen Großteil ihrer Produkte. Sinkt der Marktpreis unter die festgesetzte Höhe, erhalten sie die Differenz aus den Steuergeldern der Lohnabhängigen. Gleichzeitig erhalten sie, gebunden an die Menge ihrer Produktion, Kredite, um im Fall niedriger Marktpreise Getreide, Baumwolle, Reis, Kartoffeln usw. so lange zu lagern, bis die Preise wieder steigen. Nach dem Verkauf sind die Kredite mit Zins wieder zurückzuzahlen. Selbst wenn Preisgarantien und Farmerkredite wie zwischen 1973 und 1976 an keine Bedingungen gebunden *wären*, würden sie in jedem Fall die Konkurrenzfähigkeit der Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten gegenüber den kleinen Farmern stärken. Sie produzieren in großem Maßstab, verwenden
zieren in großem Maßstab, verwenden
modernste Maschinerie, die sich ein kleiner Farmer niemals leisten kann. Zudem sind die Erzeugerpreise in den letzten Jahren durchweg gesunken (bei Weizen z.B. von 4,09 Dollar pro Bushel 1974 auf 2,89 Dollar 1976). Was die reichen Farmer durch Intensivierung der Ackerbewirtschaftung ausgleichen können, stürzt die armen ins Elend, zwingt sie, sich noch mehr in die Schuldknechtschaft der Banken zu begeben, um so mehr, da in der gleichen Zeit die Produktionskosten um jährlich durchschnittlich 13 % gestiegen sind. Die Verschuldung der Farmer stieg von 24,8 Mrd. Dollar im Jahr 1960 auf 90,6 Mrd. Dollar 1976 an.

Das neue Landwirtschaftsgesetz, das zusammen mit der Beschränkung des Weizenanbaus 1978 in Kraft treten soll, enthält keine neuen Elemente. Es sind die alten Waffen, die für die wechselnden Bedürfnisse des in der Landwirtschaft angelegten Kapitals zurechtgeschliffen werden. Die Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten fordern in Erwartung weiterer Rekordernten für die nächsten Jahre, also sinkender Marktpreise und somit sinkender Profite, hohe staatliche Preisgarantien. Sie fordern gleichzeitig, daß ihnen ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt aus dem Weg geräumt werden. Bisher exportieren sie noch rd. 50 % ihres Weizens, ebensoviel wie die übrigen Weizenexportländer zusammen. Aber bereits 76, einem guten Erntejahr, sind ihre Exporte von 66 auf 60 Mio. t gesunken. „Verschiedene Länder erhöhten ihre Exporte im vergangenen Jahr, indem sie die US-Preise unterboten. Argentinien, dessen Exporte um 2,3 Mio. t zunahmen, war der klare Gewinner gegen die US-Farmer im Handel mit Brasilien. Sogar die Türkei exportiert in diesem Jahr Weizen und kann ... unter US-Preisen verkaufen", jammern sie (National Journal, 16.7.77). Die Preise künstlich hochzuhalten, ohne an Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt einzubüßen, ist die Aufgabe, die sie der Carter-Regierung stellen. Die Einschränkung der Weizenproduktion der USA (die mit der Errichtung von 6-Mio.-t-Lagern in den USA verbunden wird) ist nur Bestandteil eines größeren Schachzuges: Die US-Imperialisten haben in diesen Tagen Verhandlungen v.a. mit Kanada und dann mit den westeuropäischen imperialistischen Ländern aufgenommen, um sie für die Errichtung eines Welt-Weizenreservefonds, der von den US-Imperialisten verwaltet werden soll, und für die Festlegung von Minimum- und Maximumpreisen für Weizen zu gewinnen. So hoffen sie die Weltgetreideproduktion unter Kontrolle bekommen und die Weltmarktpreise diktieren zu können. Gegenüber den Forderungen nach Rohstoffonds und garantierten Minimumpreisen allerdings, die die rohstoffexportierenden Länder der Dritten Welt erheben, um der schamlosen Ausplünderung durch die Imperialisten und dem billigen Ausverkauf ihrer Reichtümer Schranken zu setzen, treten die US-Imperialisten als wütendste Gegner auf.

Ihre Landwirtschaftspolitik ist durch und durch verfault: Für die Höchstprofite einer Handvoll schmarotzender Agrarkapitalisten, Großgrundbesitzer, Nahrungsmittelmonopolisten sollen die Länder der Dritten Welt mit hohen Weizenpreisen und der Ruinierung ihrer eigenen Weizenproduktion zahlen, die kleinen Farmer in den USA mit ihrer Existenz und die lohnabhängigen Massen nicht nur mit wachsender Steuerausplünderung, durch die die Landwirtschaftsprogramme finanziert werden, sondern ebenso mit unbezahlbaren Lebensmittelpreisen. – (Z-Red)



Tausende von Bauern und Landarbeitern demonstrierten 1972 in den Städten Kaliforniens gegen ein Gesetz, das die Landarbeiter aller gewerkschaftlichen Rechte berauben sollte und die Gewerkschaft der Bauern als Kampfinstrument unwirksam gemacht hätte. Das Gesetz wurde zurückgeschlagen.
wurde zurückgeschlagen.

EG – Instrument der Monopole zur Protektion des Profits

Mittel der Erpressung und Ausplünderung der unterdrückten Völker und der Lohnabhängigen

„In dem Vorsatz, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben ... In der Absicht, die Verbundenheit Europas mit den überseeischen Ländern zu bekräftigen ... den Wohlstand der Länder zu fördern ... haben beschlossen, eine europäische Gemeinschaft zu gründen": die westeuropäischen Imperialisten. Die Auszüge stammen aus dem Gründungsdokument der EWG von 1957.

Als wenn es den Imperialisten jemals um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse oder um den Wohlstand der Länder der Dritten Welt gegangen wäre! Das einzige, was sie im Auge haben, ist der Profit, und der ist auch der Leitgedanke der Verträge der EG. Sicherung des eigenen Marktes vor dem Zugriff der imperialistischen Konkurrenten, Vordringen auf fremde Märkte und deren Beherrschung, das ist das Ziel. So regeln die EG-Verträge die Errichtung von Schutzzöllen, die vor allem die imperialistischen Konkurrenten vom eigenen Markt fernhalten. Gleichzeitig garantieren sie Sonderabkommen mit einzelnen Ländern in Form von Assoziationsverträgen oder Präferenzabkommen, deren Sinn im billigen Zugang vor allem zu den Rohstoffen der Länder der Dritten Welt besteht.

Am Beispiel Textil: Ende des Jahres läuft das Welttextilabkommen aus, das von den EG-Staaten mit unterzeichnet worden ist. Es ist ein Instrument zur Unterdrückung und Ausplünderung der Länder der Dritten Welt:

„Grundziele sollen die Handelsausweitung, der Abbau der Handelshemmnisse und die schrittweise Liberalisierung des Welthandels bei Textilerzeugnissen" sein. „Unternehmungen, die auf internationaler Ebene weniger wettbewerbsfähig sind", sollen „dazu ermuntert werden, sich nach und nach lebensfähigeren Produktionszweigen oder anderen Wirtschaftssektoren zuzuwenden", wozu dann festgelegt wird, daß „unter ungewöhnlichen Umständen Schutzmaßnahmen ... angewandt werden".

Daß die Verschärfung des Handelskrieges ein „ungewöhnlicher Umstand" für die kapitalistische Produktionsweise ist, kann man zwar nicht gerade behaupten, die EG-Imperialisten haben aber die gegenwärtige Lage auf dem Textilmarkt als einen solchen erklärt und Einfuhrbeschränkungen für Baumwolltextilien und Baumwollgarne gegenüber den Kolumbien, Ägypten, Indien, Marokko, Tunesien, Pakistan und der Türkei erlassen.

Was die Tabelle anschaulich zeigt, ist, wie die Imperialisten, in diesem Falle die westdeutschen Imperialisten, die Länder der Dritten Welt ausrauben, indem sie ihre Hauptexportmittel aufkaufen, sie dort teilweise produzieren lassen, um mit den billig erstandenen Waren sich andere Märkte zu erobern. In Tunesien, dessen Hauptausfuhrgüter Fertigkleidung, Wirkwaren, Textilien und Teppiche sind, sind von 140 ausländischen Fabriken 40 im Besitz westdeutscher Imperialisten. In Marokko sind sie an etwa einem Dutzend Textilbetrieben beteiligt, in den anderen Entwicklungsländern sieht es nicht anders aus.

Die westdeutschen Imperialisten haben sich auf diese Weise die Märkte einer Reihe von imperialistischen Ländern erobert und sind zum größten Textillieferanten der Welt aufgestiegen. In dem Versuch, sich aus der imperialistischen Umklammerung zu befreien, haben die Länder der Dritten Welt ihre nationale Industrie auf- und beginnen bei den lebensnotwendigsten Produkten, zu denen die Kleidung gehört.

So ist der Bestand an Webmaschinen in Afrika um 15 Prozent, in Asien um 9 Prozent und in Südamerika um 49 Prozent von 1970 bis 1974 gestiegen. Anfang April machte die „Neue Zürcher Zeitung" die Imperialisten bereits: „Kein Zweifel besteht darüber, daß die Entwicklungsländer zur Deckung ihres Massenbedarfs in immer weniger auf Einfuhren aus den traditionellen Textilexportländern angewiesen sind und auch im Hinblick auf den eigenen steigenden Konsum ihre Textilindustrie stark ausbauen. Unbestritten ist die Tatsache, daß der westeuropäische Textilindustrie durch Exporte aus Entwicklungsländern eine ernst zu nehmende Konkurrenz erwachsen ist."

BRD-Textilhandel insgesamt (ohne Rohstoffe)
in 1000 DM

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1973	1974	1975	1973	1974	1975
Belg./Luxemb.	1519305	1588631	1511856	984281	1047389	1039846
Dänemark	43207	48200	58614	164898	179279	205018
Frankreich	1952808	1980364	195945	1205587	1348833	1280627
Großbritannien	267445	303379	345999	350640	424278	399284
Irland	16991	24578	26681	61019	66558	56326
Italien	2776301	2878965	3350582	772736	837629	637159
Niederlande	1683343	1758860	1711260	2086621	2363985	2391363
USA	196310	233711	223303	368116	258366	171595
Kolumbien	9071	26409	33387	8357	15085	1587
Ägypten	28487	28096	16845	2553	7558	8294
Indien	98367	132314	145896	2207	3188	3048
Marokko	59326	66220	74660	26772	31044	21917
Tunesien	17310	29364	59716	13193	32757	47507
Pakistan	71499	103366	114029	8158	16876	5715
Türkei	75012	109689	120653	14395	27268	22218

Um die Länder der Dritten Welt niederzuhalten, ihre Verschuldung zu verschärfen, haben die EG-Imperialisten jetzt Einfuhrbeschränkungen erlassen, die die Verschuldung der Länder der Dritten Welt in die Höhe schnellen lassen. Im Textilabkommen ist diese Regelung begründet:

„Unter ganz außergewöhnlichen und besonders kritischen Umständen, bei denen die Einfuhren eines oder mehrerer Textilerzeugnisse ... eine schwerwiegende Zerrüttung mit schwer zu behebender Schädigung mit sich bringen würde ..." Die „schwerwiegende Schädigung" läge im Sinken der Monopolpreise, die die Imperialisten diktieren, und so steht es auch im Abkommen: „Eine plötzliche und beträchtliche, tatsächliche oder drohende Steigerung der Einfuhr bestimmter Waren aus bestimmten Herkunftsländern ... Angebot dieser Waren zu Preisen, die erheblich unter denen gleichartiger Waren vergleichbarer Qualität auf dem Markt des Einfuhrstaates liegen ..."

Der Ausplünderung der Völker der Dritten Welt entspricht auf der Kehrseite die Ausplünderung der Arbeiter und Volksmassen in den imperialistischen Ländern über die Monopolpreise, die zusätzlich zu den sinkenden Lohngeldern den Konsum der Massen einschränken. „Die Kunden kaufen nur zögernd, weil es ihnen die Jahreszeit zu kühl ist, weil sie glauben, schon genügend T-Shirts zu haben, teils aber wohl auch, weil in diesem Sommer die modischen Anstöße gefehlt haben", ist die äußerst geistvolle Erklärung der „Frankfurter Allgemeinen". (25.8.77)

Während die EG-Imperialisten Einfuhrbeschränkungen gegenüber den oben aufgezählten Ländern beschlossen haben, haben sie gleichzeitig Zollfreiheit für Island, Finnland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz beschlossen. Es ist die Ankündigung, daß sie ihre Fangarme jetzt über diese Länder ausbreiten wollen. – (Z-Red)

Bourgeoisbegeisterung für den „häßlichen Deutschen"

„Ist Deutschland der ewige Prügelknabe Europas?" „Macht Deutschland nicht so schlecht". Die Bourgeois werfen für dieses Thema die besten ihrer Journalistenkanaillen ins Rennen. Das Hausblatt der westdeutschen Finanzbourgeoisie, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", handelt davon seit zwei Monaten in einer Serie „Das Bild der Deutschen". Die Lumpen sind begeistert, wie weit sie's treiben können. Was sie brauchen, ist das „Deutschtum", die „deutsche Nation". Gehn tut's in Abgrenzung zu den ausländischen Imperialisten. „Haben wir's nötig", fragen die Bourgeois scheinheilig, „wir Deutschen waren doch schon immer die besten und haben überhaupt keinen Grund, uns häßlich zu fühlen", werden die Artikel aus dem Ausland widerlegt. „Deutscher Nationalismus, erwache!", das ist der Ruf der Bourgeoisie, der der Arbeiterklasse überall entgegenschallt. Es ist Vorbereitung auf Verschärfung der imperialistischen Konkurrenzschlachten und Versuch, die Arbeiter in diese Konkurrenzschlachten hineinzuziehen:

Die Deutschen sind tüchtig, wir waren schon immer die Besten

„Man zapft Deutschland Blut ab, amputiert es und macht es dem Erdboden gleich, teilt es sogar. Ergebnis: 30 Jahre später können sich seine Bürger brüsten, die fettesten und reichsten der Erde zu sein." (Spiegel, 22.8.77) „Charaktereigenschaften, die den Deutschen ohne Vorbehalt zuerkannt werden ..., sind Fleiß, Disziplin, Erfindungsreichtum, Ordnungs- und Qualitätssinn." (FAZ, 30.8.77) „Während alle Welt von Inflation und Devisenschulden heimgesucht wird, warten die Deutschen mit der niedrigsten Inflation, mit gewaltigen Leistungsüberschüssen, mit der größten Währungsreserve der Welt auf." (FAZ vom 26. August, Das Bild der Deutschen in Frankreich)

Die Deutschen haben maßgeblich Teil am Weltfortschritt

„Der Beitrag einiger Millionen deutscher Immigranten zur Entstehung der amerikanischen Nation und Zivilisation ist gemeinhin viel größer, als angenommen wird. (...) Ihre
als angenommen wird. (...) Ihre
deutschen Lebens- und Arbeitsgewohnheiten haben sie in der einen oder anderen Form über Generationen weiter vererbt ..." (FAZ vom 30. August)

Der Zweite Weltkrieg war gar nicht so schlecht

„Daß ein Hitler damals gegen die größte Kolonialmacht der Welt zu Felde zog (gemeint ist Großbritannien, die Red.), erfüllt nach wie vor so manchen Inder mit Bewunderung. (...) Schwerer zu begreifen ist indes der immer wiederkehrende stille Vorwurf von indischer Seite an die Adresse deutscher Geschäftspartner, statt einer Bewältigung der Vergangenheit das Wort zu reden, gebühre selbst einem ‚Diktator' ein historisch angemessener Platz." (FAZ vom 9. August)

Die Unterwerfung fremder Völker ist für die Zivilisation gerecht

„Später unter Kaiser Meiji erlangten die Deutschen durch Entsendung von Technikern und Wissenschaftlern eine dominierende Stellung in so unterschiedlichen Bereichen wie der Metallurgie (Deutsche bauten das erste Stahlwerk!), im Maschinenbau, der Elektrotechnik oder etwa im japanischen Verfassungs- und Rechtswesen." (FAZ, 17.8.77)

Und schließlich: alles für die freiheitlich demokratische Grundordnung

„Wir Deutsche können mit Stolz auf die Wiederaufbauleistung blikken, die wir nach 1945 im wirtschaftlichen Bereich sowie im Bereich des Staates und unserer freiheitlichen Verfassung geleistet haben." (Carstens in Bild vom 2.9.77)

„Die BRD gilt als zuverlässigster Partner. Gerade auch wegen ihrer gefestigten demokratischen Strukturen." (Schleyer, Bundesverband der Arbeitgeber, Bild 2.9.77)

„Niemals zuvor gab es in unserem Lande so viele demokratische Freiheiten und Rechte wie heute." (Eugen Loderer, Bild, 2.9.77)

Neues Abfallbeseitigungsgesetz

Am 5. Januar 1977 ist das Abfallbeseitigungsgesetz neu gefaßt worden. Ausgenommen aus diesem Gesetz sind von vorneherein beispielsweise „Kernbrennstoffe und sonstige radioaktive Stoffe im Sinne des Atomgesetzes, Abfälle, die beim Aufsuchen, Gewinnen ... von Bodenschätzen in den der Bergaufsicht unterstehenden Betrieben anfallen, (...) Altöle, soweit sie ... nach dem Altölgesetz abgeholt werden." (§ 1, Ziff. 2 bis 6) Kurz, fast alle Stoffe, mit denen die imperialistischen Monopole zum Zwecke des Profits hantieren; sie fallen unter Sonderregelungen. Erfaßt ist die Ausplünderung der breiten Volksmassen mittels Gebühren und Bußgeldern für den Fall, daß das Auto beispielsweise ohne Nummernschild auf der Straße steht.

§ 3 sieht vor, daß der bürgerliche Staat für die Abfallbeseitigung zuständig ist. Dafür erhebt er Gebühren. Für die Masse der besitzlosen Klassen sind sie zusätzliche Ausplünderung mit Tarifen, die ständig steigen. Für die Kapitalisten gelten Sonderregelungen. Sowieso sind die Kapitalisten nicht an die staatlich verordnete Abfallbeseitigung gebunden: „Die Landesregierungen können ... die Beseitigung bestimmter Abfälle, sofern ein Bedürfnis besteht und eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu befürchten ist, außerhalb von Beseitigungsanlagen zulassen ..." (§ 4, Abs. 4) Es sind die imperialistischen Monopole, die solche „private" Abfallbeseitigung betreiben. Es ist der Profit, der sie dabei leitet – Gesundheit, Leben, was zählt das da schon – nichts!

Für den Bau derartiger Abfallbeseitigungsanlagen durch die Kapitalisten werden die Bourgeois zusätzlich mit den Lohngeldern der besitzlosen Klassen als Investitionen gemästet. Derartige „Investitionsentscheidungen" sind nach dem Gesetz nach „Anhörung" zu treffen. – (Z-Red.)

Überprüfung des Atomgesetzes

Die Massenbewegung gegen den Bau der Atomkraftwerke hat sich zum Ziel gesetzt, das imperialistische Energieprogramm zu verhindern. Mehrere Verwaltungsgerichte mußten die Geschäfte der Bourgeoisie führen. Jahrelange Gerichtsverhandlungen, das ist hinderlich für die Bourgeoisie. Sie will das Programm schnell durchziehen. Nicht die „Berstschutzentscheidung" des VG Freiburg wurmt sie, sondern die Tatsache, daß womöglich drei Instanzen, nämlich Verwaltungsgericht, Oberverwaltungsgericht und Bundesverwaltungsgericht, eventuell sogar noch das Bundesverfassungsgericht angerufen werden können. „In jedes Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke werden inzwischen von vornherein mehrjährige Gerichtsstreitigkeiten eingeplant." (Der Spiegel, 36/77) Für den Höchstprofit und die Autarkiebestrebungen, die sich mit Hilfe des Schnellen Brüters verwirklichen sollen, ist dieser Instanzenzug fatal. Ein Sprecher der Herstellerfirma Interatom (zu 100% Eigentum der KWU, diese zu 100% Siemens): „Konkurrentenländer wie Frankreich, Großbritannien und USA sind teilweise in der Entwicklung Schneller Brüter erheblich weiter als die deutsche Atomindustrie." (Handelsblatt, 22. 8. 77)

Überlegungen, wie das Energieprogramm von „rechtsstaatlichem Ballast" zu befreien sei, um seine Durchsetzung zu beschleunigen, werden im Lager der Bourgeoisie daher allenthalben angestellt. Der Präsident des OVG Münster höchstselbst hat ein einfaches Wegstreichen der ersten Instanz vorgeschlagen: „Möglicherweise liegt in der Modifizierung der Kontrolldichte eine Lösung für das, was zur Zeit so knarrt", hat er sich im „Spiegel" geschraubt ausgelassen. (Der Spiegel, 32/77) Irrläufer kommen hier nicht mehr vor.

Der Regierung genügt diese Versicherung jedoch schon nicht mehr. „Die Entscheidung gehört ins Parlament", so Justizminister Vogel schon Monate vor der OVG-Entscheidung aus Münster, und Kanzler Schmidt: „In entscheidenden Fragen bei Standortentscheidungen für *die* Kernkraftwerke" müßten die Abgeordneten das Sagen haben. (Der Spiegel, 32/77)

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", das gesamte imperialistische Energieprogramm im Auge, hat gleich nachgesetzt. Auch der Bau von Kohlekraftwerken stagniere, wo doch 60000 Arbeitsplätze „zu sichern" seien. (FAZ, 30. 8. 77) „Nehmt auch gleich deren Standortplanung in die Parlamente", soll das heißen, dann sind wir für die imperialistische Expansion noch besser gerüstet.

Ob nun das angerufene Bundesverfassungsgericht erst bemüht wird oder die Regierung dem mit einem neuen Atomgesetz zuvor kommt, Matthöfer hat das Rezept für die größtmögliche Beschleunigung des Energieprogramms schon in der Schublade: der Minister empfiehlt „als Ausweg, Ausnahmeregelungen für den Genehmigungsstopp zu beschließen. Sie sollten beim Eintreten schwerwiegender gesamtwirtschaftlicher Folgen oder beim Auftreten von Versorgungslücken gelten." (Rhein-Neckar-Zeitung, 19.8.77) Die Arbeiterklasse und die Volksmassen haben Erfahrungen mit Notverordnungen. – (Bezirk Oberbayern)

Die Profitgier verwandelt den Rhein in eine Kloake unter freiem Himmel

Rhein-Wasseruntersuchung im Industriegebiet Duisburg

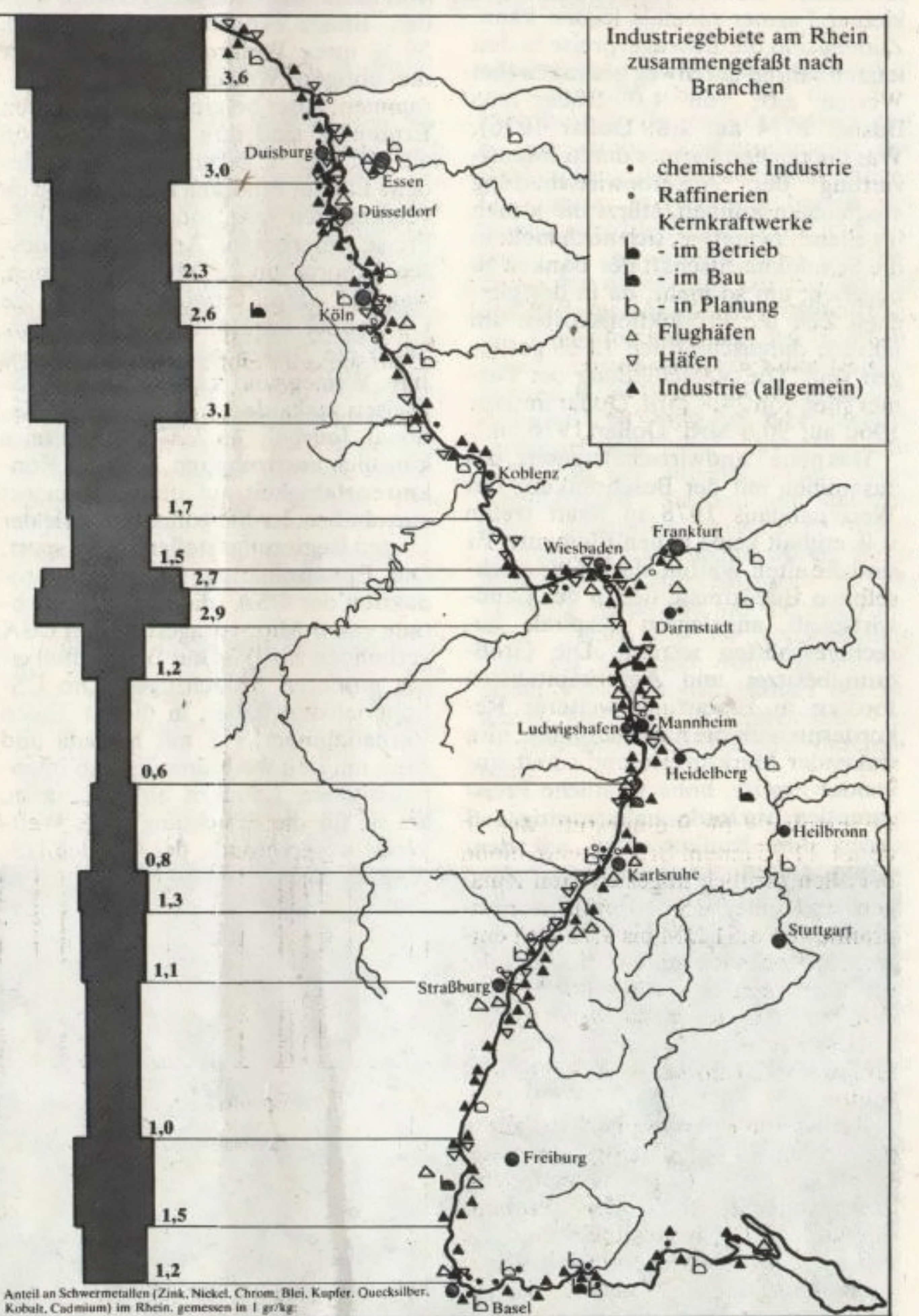
1. Wasserprobe: Ostufer Walsum/Aldenrade ca. 50 Meter entfernt von einem Abwasserrohr. Der Rhein verläßt hier das Industriegebiet Duisburg.
2. Wasserprobe: Ostufer in Laar, Nähe Eisenbahnhafen. Zwischen Stelle 1 und 2 liegt die gesamte Thyssenhütte.
3. Wasserprobe: Westufer in Friemersheim/Eisenbahnsiedlung, Nähe „Die Roos" (alter Rheinarm). Am gegenüberliegenden Ufer liegen Mannesmann und Thyssen, am Westufer kommt Krupp.
4. Wasserprobe: Westufer in Werthausen Nähe Hochfelderputte. Der Rhein hat hier Krupp passiert. Gegenüber liegen die Kupferhütte, die Vereinigten Metallwerke und weiter südlich Thyssen Niederrhein.

Die Proben wurden am 1. September 1977 zwischen 20 und 23 Uhr entnommen.

	1	2	3	4
Temperatur (Rhein-u.Leitungswasser,GradCelsius)	24 – 26,5			
pH-Wert	7,4	7,35	7,4	7,4
Chloridgehalt (mg Cl/l)	184	172	166	165
Gesamthärte	13,4	11,9	12,3	12,0
Bakterien (Keime/ml)	400	2000	1800	4600
Sauerstoffgehalt (O_2/l)	–	8,8	3,3	3,0

Die gemessenen Temperaturen bieten für viele Bakterien die bestmöglichen Wachstumsbedingungen. Durch die Erwärmung wird der biologische Abbau der Verunreinigung stark beschleunigt. Dabei wird der Sauerstoffgehalt schon für die physikalische Löslichkeit herabgesetzt. Eine Massenvermehrung von Algen, Pilzen und krankheitserregenden Bakterien wie Typhusbakterien und Enterokokken (Baterien, Erreger von Darmerkrankungen) ist die Folge. Die gelbliche Farbe der Wasserproben ist ein Zeichen für starke, wahrscheinlich organische Verschmutzung.

Der Chloridgehalt des Rheins ist etwa 70% höher als selbst offzielle Angaben über verunreinigte Gewässer (30–100 mg Cl/l). Übersteigt der Chloridgehalt 270 mg/l, so führt dies durch Chlorophyllentzug schließlich zum Absterben der Wasserpflanzen und damit zu drastischer Sauerstoffverminderung. Für die Landwirtschaft ist dieses Wasser nicht mehr nutzbar.



Die Kapitalisten haben den Rhein in eine Kloake verwandelt. Jährlich fließen 100 Tonnen Cadmium, 50 Tonnen Quecksilber, 2500 Tonnen Blei, 500 Tonnen Nickel, 2500 Tonnen Chrom und 10000 Tonnen Zink den Rhein hinunter. 1/6 bis 1/4 des Rheinwassers wird von den Kapitalisten dem Rhein für die Profitproduktion entnommen und als Abwasser wieder hineingepumpt.
Das Schaubild zeigt den Anteil an Schwermetallen im Rhein von Basel bis zum Ruhrgebiet. Alle chemischen Stoffe, Bakterien und anderer Dreck sind in diesem Schaubild nicht enthalten.

Pflanzen, die damit gegossen werden, gehen ein, denn die Zellen sterben wegen „Versalzung" ab. Der Sauerstoffgehalt ist bei zwei Proben geringer als 30% dessen, was normal ist und weniger als 10% davon, was physikalisch nach Lehrbüchern möglich ist. Dieselben organischen Stoffe, die dem Rhein den Sauerstoff entziehen, wären für die Landwirtschaft nach biologischer Reinigung außerordentlich wertvolle Düngemittel (Phosphate, Nitrate). Bei planvoller Produktion würden sogenannte Abwässer aus einer Gefahr für die Gesundheit der Massen und Zerstörung der Produktionsbedingungen der Bauern zu einem wichtigen Quell, die Fruchtbarkeit des Bodens für die Landwirtschaft zu erhöhen.
– (Bezirk Rhein-Ruhr)

Mannheim: 686 Tonnen Kaliumpermanganat täglich

Mannheim. Rheinvorlandkanal nennen ihn die Mannheimer Kapitalisten, Stinkkanal heißt er bei der Bevölkerung, die dort leben muß. Die Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg (PWA) benutzen ihn, um ihren Dreck, für den sie in der Profitproduktion keine Verwendung haben, in den Rhein zu leiten.

Am 1. September haben wir Wasserproben aus dem Kanal nach Resten des Kaliumpermanganats, das bei PWA in der Produktion eingesetzt wird, chemischem Sauerstoffverbrauch (CSB) und nach dem Anteil von Schwebstoffen und Fasern untersucht.

Der Wert von Kaliumpermanganat liegt mit 2,4 bis 2,6 kg/cbm über 8mal so hoch wie der Durchschnittswert kommunaler Abwässer in Industriegebieten. Der chemische Sauerstoffverbrauch liegt bei 1,25 kg/cbm. Allein im Raum Mannheim/Ludwigshafen steigt der Sauerstoffverbrauch des Rheins um über das Doppelte.

Kaliumpermanganat wird in der holzverarbeitenden Industrie als Bleichmittel verwendet. Die PWA-Kapitalisten haben eine alte Anlage auf Buchenholzbasis laufen und haben dafür vom Regierungspräsidenten die Genehmigung erhalten, täglich 686 Tonnen abzuleiten. Ab 1979 soll der genehmigte Wert bei 286 Tonnen täglich liegen. Dann nehmen die PWA-Kapitalisten eine neue Anlage in Betrieb. Man sieht, daß die Festsetzung von Höchstwerten sich nicht an der „Sauberhaltung der Umwelt" orientiert, sondern an den Profitinteressen der Kapitalisten.

An Schwebstoffen und Fasern leiten die PWA-Kapitalisten durchschnittlich 53 Tonnen täglich in den Rhein. Das bewirkt eine Verschlammung der Gewässer. Kein Wunder, daß es die Bewohner Mannheims nicht hinnehmen, an diesem kilometerlangen stinkenden Kanal leben zu müssen. Die PWA-Kapitalisten und das Regierungspräsidium teilten 56 Bewohnern, die gegen die Verseuchung des Kanals Einspruch erhoben haben, mit: „Entscheidend sind die betriebswirtschaftlichen Gründe". Entscheidend ist zur Sicherung des Profits der PWA-Kapitalisten, sie von allen toten Kosten zu befreien.
– (Bezirk Unterer Neckar)

Imperialistisches Energieprogramm und Wasserwirtschaft

„Das Kernkraftwerk Esenshamm kann in Kürze seinen Betrieb aufnehmen", jubelt die „Hannoversche Allgemeine" (HAZ) am 26. August. Die „Bremer Bedenken" gegen die Inbetriebnahme des Kraftwerkes seien ausgeräumt, es sei ein gemeinsamer Weg gefunden worden, die Probleme zu lösen, für die weitere Industrieansiedlung sei nun Raum geschaffen.

„Bremer Bedenken" hat es nie gegeben. Es gibt den Kampf der Volksmassen gegen das imperialistische Energieprogramm; gegen den Versuch der Bourgeoisie, für ihren Höchstprofit die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen und die für die Konkurrenzschlacht notwenige Energie billig und uneingeschränkt zur Verfügung zu haben; gegen die planmäßige Ruinierung der allgemeinen Lebensbedingungen von Teilen des Volkes; gegen die Ausplünderung über erhöhte Strom- und Wasserpreise. Und es gibt die Absicht der Finanzbourgeoisie, all dies durchzusetzen. Eine ganze Kette von Kraftwerken mit einer Leistung von 6 505 Megawatt wollen die Kapitalisten an der Ober- und Mittelweser errichten, dazu Esenshamm an der Unterweser.

Die „Bremer Bedenken" waren das Vorhaben ortsansässiger Konzerne, ihre Position im Kampf um günstige Standorte für die Expansion und vorteilhaftere Bedingungen bei der kostenlosen Ausbeutung des Weserwassers zu verbessern. Man hat sich jetzt zunächst arrangiert gegen die Volksmassen.

Im Juli meldete der „Weserkurier", daß „die Lebensader Weser von akuter Atemnot" befallen sei. Die Erklärung: „Begünstigt durch die Pflanzennährstoffe Phosphat, Nitrat, Ammonium und gebundener Stickstoff, die jeder bundesdeutsche Fluß im Übermaß mit sich führt, machen sich dann in der Weser winzige Schmarotzer breit. Anders als von der Natur vorgesehen tritt ein extremes Algenwachstum ein. Bei Nacht und in den frühen Morgenstunden verzehren die Kleinstpflanzen den Sauerstoff, den der Fluß zum Leben braucht." (Weserkurier, 2.7.) Im Sommer vorigen Jahres konnte man gar hören: „Preußen-Elektra rettet Weser vor dem Umkippen". Und der Regierungspräsident erklärte: „Die Hitzeperiode der letzten Wochen führte im Bereich zwischen Minden und Hoya zu einer übermäßigen Erwärmung des Flusses. Die Selbstreinigungskraft ... reichte für die Schmutzfracht nicht mehr aus. Örtlich fiel der Sauerstoffgehalt unter 1 Milligramm pro Liter Wasser. Für die Fische sind das tödliche Werte. Der Wachsamkeit der Preußen-Elektra ist es zu verdanken, daß ... die Alarmzeichen einer bevorstehenden Gewässerkatastrophe erkannt wurden ..."

Die Kleinstpflanzen und die Hitze sollen Ursache des drohenden „Umkippens" der Weser sein. Die Kraftwerkskapitalisten stehen da als solche, die sich um die Erhaltung der Natur sorgen. Die bürgerlichen Politiker stellen die Verhältnisse auf den Kopf. Die täglichen Erfahrungen bestätigen dies. Der Klöckner-Konzern leitet seine ganzen Abwässer in die Weser, darunter 360 kg hochgiftiger Zyanide pro Tag. Die Stadt Hameln baute aus dem Volk abgepressten Steuern der „Norddeutschen Hefe- und Spritwerken" eine Kläranlage für 15 bis 20 Millionen DM, die dann nicht einmal den von dieser einen Fabrik eingeleiteten Schmutz bewältigen konnte.

Große Mengen an Kühlwasser werden zum Betrieb der Kernkraftwerke benötigt. Bei der Umsetzung von Wärme in Elektrizität wird ein Anteil von 40 bis 50% vernutzt. Der Rest stellt für die Kapitalisten „Abwärme" dar. Für eine gesellschaftliche Nutzung dieser Abwärme ist ihnen die Profitrate zu niedrig. So entnehmen sie dem Fluß gewaltige Wassermengen und leiten diese aufgeheizt zurück. Für das geplante Kraftwerk Grohnde sollen das bei der vorgesehenen Ablaufkühlung 58,5 Kubikmeter Kühlwasser pro Sekunde sein, mehr Wasser, als die Weser bei durchschnittlicher Wasserführung enthält. Die Aufheizung des Flusses ist bei diesen Verfahren auf bis zu 39 Grad im Sommer und 30 Grad im Herbst geplant.

Große Mengen an Kühlwasser werden zum Betrieb der Kernkraftwerke benötigt. Bei der Umsetzung von Wärme in Elektrizität wird ein Anteil von 40 bis 50 % vernutzt. Der Rest stellt für die Kapitalisten „Abwärme" dar. Für eine gesellschaftliche Nutzung dieser Abwärme ist ihnen die Profitrat zu niedrig. So entnehmen sie dem Fluß gewaltige Wassermengen und leiten diese aufgeheizt zurück. Für das geplante Kraftwerk Grohnde sollen das bei der vorgesehenen Ablaufkühlung 58,5 Kubikmeter Kühlwasser pro Sekunde sein, mehr Wasser, als die Weser bei durchschnittlicher Wasserführung enthält. Die Aufheizung des Flusses ist bei diesen Verfahren auf bis zu 39 Grad im Sommer und 30 Grad im Herbst geplant.

Die Folgen: Die Sauerstoffsättigung des Wassers sinkt, die untere Grenze für das Fischleben wird unterschritten, vorhandene Abwassergifte werden verstärkt, Verödung und Verschmutzung der Flußstrecken tritt ein. Weiter: Der Wasserstand sinkt allmählich, das verseuchte Wasser läßt für die Bauern keine Beregnung ihrer Kulturen mehr zu. Das äußerst knappe Grundwasser muß angezapft werden und ist in aller Regel nur zu Monopolpreisen bei den Wasserwerken zu kaufen. Die Versteppung weiter Regionen wird vorangetrieben, viele der kleinen Bauern, häufig Nebenerwerbsbauern, werden ruiniert. Die Trinkwasserversorgung der Städte Bremen und Vlotho z.B. ist akut gefährdet aufgrund erhöhter Gefahr von Rostbildung im Rohrnetz und von Verkeimung.

Die Bourgeoisie schert das alles einen Dreck. In ihrer Gier nach Höchstprofit zerstört sie die allgemeinen Lebensbedingungen des Volkes. Der kostenlosen Aneignung des Wassers und seiner Monopolisierung durch die Kapitalistenklasse entspricht die verstärkte Ausplünderung. Die Bauern werden mit Gewalt in die staatlichen Wassernetze der jeweiligen Wasserbeschaffungs- und Verteilungsverbände gezwungen. Der Anschluß des Ortsteils Lüntorf an die zentrale Wasserversorgung von Grohnde belastete jeden Haushalt mit 3 550 DM. Die Wasserpreise im Raum Hameln sind sprunghaft gestiegen. 150 Pfennig pro Kubikmeter gegenüber 119 Pfennig noch 1976. Immer noch billiger sei der Kubikmeter Leitungswasser als ein Liter Felsquellwasser, hat so ein Stadtwerksdirektor sich jetzt geäußert. Er hat die Absichten der Bourgeoisie herausgelassen.

Die Verfaultheit des imperialistischen Systems ist konkrete Erfahrung der Bauern im Wesergebiet. Ihre Verbindung mit den Arbeitern zum Sturz des Imperialismus ist möglich und notwendig. – (N-Red)

Rationalisierung in der Stahlindustrie

Mit der analytischen Arbeitsplatzbewertung wird der Lohnraub tariflich abgesichert

Im Blasstahlwerk II bei Mannesmann in Duisburg wird der Stahl nach dem Sauerstoffblasverfahren (LD-Stahlwerk) hergestellt. In das erhitzte Roheisen wird Sauerstoff geblasen, der sich mit dem Kohlenstoff verbindet.

Die Konverter, an denen die Arbeiter diesen Prozeß durchführen, fassen bei Mannesmann 240 Tonnen. Durch Einführung des Sauerstoffblasverfahrens ist es gelungen, die Schmelz- und reine Blaszeit auf 10 Minuten zu reduzieren, während bei den früher gebräuchlichen Siemens Martin-Öfen die Blas-und Schmelzzeit bis zu 10 Stunden dauerte.

Mannesmann hat das Sauerstoffblasverfahren im Blasstahlwerk II im Juli 66 eingeführt, um der „zunehmenden Konkurrenz gewachsen" zu sein. Nach Beendigung des Blasvorganges wird der erzeugte Stahl etwa zu einem Drittel in Kokillen abgegossen. Der restliche Stahl wird im Stranggießbetrieb zu Brammen verarbeitet.

Die verschiedenen Tätigkeiten nutzen die Kapitalisten zur Spaltung der Belegschaft. Dazu haben sie die analytische Arbeitsplatzbewertung eingeführt, um so jede Veränderung im Arbeitsprozeß zur Lohnsenkung zu nutzen.

Die Kapitalisten zerlegen die einzelnen Tätigkeiten in 18 „Bewertungsmerkmale" und belegen diese mit Punkten. Die zweithöchste Punktezahl kann mit 6,5 Punkten unter dem Bewertungsmerkmal „Belastung der Muskel / Arbeitsschwere" erreicht werden. In der Definition heißt es:

„Arbeitsschwere. Die Belastung der Muskeln wird durch die vom Arbeitenden aufzuwendende Kraftanstrengung, durch die Belastungsdauer und durch die zeitliche Verteilung der Belastung auf die tägliche Arbeitszeit bestimmt. Die Höhe der Belastung hängt davon ab, welchen Kraftaufwand die zu bewegenden Werkstücke, Werkzeuge oder Arbeitsmittel erfordern und inwieweit die zur Arbeitsverrichtung notwendige Haltung des Körpers oder einzelner Gliedmaßen ermüdend wirkt. Da die Höhe der Belastung während der täglichen Arbeitszeit im allgemeinen einen ständigen Wechsel unterworfen ist, muß neben der Höhe auch die Dauer der jeweiligen Kraftanstrengung beachtet werden. Ferner ist ausschlaggebend, ob die Belastung auf die gleichen Muskelgruppen wirkt oder ob sie verschiedene Muskelgruppen abwechselnd beansprucht. Auch kommt es darauf an, ob die Verteilung von stärker oder geringer ermüdenden Arbeitsverrichtungen und von Ruhezeiten dem Arbeitenden bereits einen Ermüdungsausgleich gibt oder ob durch ungünstige zeitliche Verteilung die ermüdende Wirkung verstärkt wird. Maßgrößen sind die Höhe, die Art und Dauer der Beanspruchung sowie die zeitliche Beanspruchung in den einzelnen Stufen. Wenn die Höhe (Stufe) der Belastung im Laufe der Arbeitszeit wechselt, muß jede Stufe mit der zugehörigen Dauer einzeln bewertet werden; die Summe dieser Einzelbewertungen ergibt die Wertzahl für Arbeitsschwere."

Unterteilt ist das „Bewertungsmerkmal Arbeitsschwere" dann wieder in 5 Stufen von 0 bis IV.

So bekäme z.B. der 2. Kokillenmann im früher gebräuchlichen Siemens-Martin-Stahlwerk nach den Definitionen die Stufe III, was einer Punktzahl von 4,6 Punkten entspricht.

Verändern die Kapitalisten die Produktionsabläufe, indem sie neue Maschinerie einführen, nutzen sie das direkt, um die Punktzahl zu senken, da ja die Arbeit „leichter" wird. Und die „eintönige Tätigkeit" wird maximal mit 2 Punkten belegt.

Alle „Bewertungsmerkmale" lösen sich dann auf in 20 Lohnstufen (im Tarifvertrag gibt es 9). Von den ca. 106 Arbeitern pro Schicht im Blasstahlwerk II bei Mannesmann sind

3 Arbeiter in Lohnstufe 17
3 Arbeiter in Lohnstufe 16
3 Arbeiter in Lohnstufe 15
5 Arbeiter in Lohnstufe 14
4 Arbeiter in Lohnstufe 13
14 Arbeiter in Lohnstufe 12
16 Arbeiter in Lohnstufe 11
10 Arbeiter in Lohnstufe 10
22 Arbeiter in Lohnstufe 9
15 Arbeiter in Lohnstufe 8
5 Arbeiter in Lohnstufe 7
2 Arbeiter in Lohnstufe 6
3 Arbeiter in Lohnstufe 5 und
1 Arbeiter in Lohnstufe 4

Der Lohnstufe 10 entspricht die Ecklohngruppe 6 des Tarifvertrages. 45,4 Prozent der Arbeiter sind in den Lohnstufen 4 bis 9 eingestuft, was ab dem 1.11.75 einem Bruttostundenlohn bei allen tariflich abgesicherten Zulagen und einer 15-prozentigen Festprämie von 8,51 DM bis 9,75 DM entsprach. Rechnet man auf diesen Lohn die 6-prozentige Lohnerhöhung ab dem 1.11.76 hinzu, so kommen die Arbeiter auf einen Monatslohn bei 173 Stunden von 1 560 DM bis 1 792 DM brutto.

Arbeiter in Lohngruppe 10 arbeiten z.B. in der Stranggießadjustage als 1. Flämmer oder im Konverterbetrieb als Zuschlagvorbereiter oder Probenschmied. In der Lohnstufe 9 sind die Arbeiter im Konverterbetrieb als 3. Schmelzer oder 2. Manganschmelzer eingesetzt; im Stranggießbetrieb als 2. Gießer oder Steuermann Strangzufuhr. In den Lohngruppen 16 und 17, was 5,6 Prozent der Arbeiter ausmacht, sind die Vorarbeiter der verschiedenen Abteilungen eingestuft. Ihr Lohn beträgt bei 173 Stunden, bei allen tariflich abgesicherten Zulagen und bei der 15-prozentigen Festprämie zwischen 2 105 DM und 2 147 DM brutto.

Mit der analytischen Arbeitsplatzbewertung haben sich die Kapitalisten alle Mittel geschaffen, die sie brauchen, um die Einführung neuer Maschinerie, die Steigerung der Ausbeutung und Erhöhung der Arbeitsqual bedeutet, noch zur direkten Lohnsenkung zu nutzen. Ein 1. Schmelzer aus dem Konverterbetrieb im Blasstahlwerk II von Mannesmann berichtet, daß seine frühere Tätigkeit, als noch nach dem Thomas-Verfahren geschmolzen wurde, körperlich viel schwerer war. Der Sauerstoff wird nach dem Thomas-Verfahren von unten durch den Boden in die Thomasbirne geblasen. Der fertige Stahl wird oben durch eine schräge Öffnung herausgekippt. Hier sammeln sich sogenannte „Mündungsbeeren" (erkalteter Stahl an der Öffnungsmündung), der immer wieder weggestoßen werden mußte. „Das war eine körperlich schwere Arbeit". Heute nach dem LD-Verfahren muß er dafür sorgen, daß der Stahl die vorgeschriebene Qualität hat und gibt dem Steuermann die entsprechenden Anweisungen und muß den Abguß beaufsichtigen. Seine Lohnstufe ist die gleiche geblieben, obwohl seine „Tätigkeitsmerkmale" bei der analytsichen Arbeitsplatzbeschreibung eine Lohnabstufung ermöglichen würde. Eine indirekte Lohnsenkung gibt es ohnedies, da die Arbeit zur körperlich „leichter", aber die Arbeitsproduktivität höher ist, die Verausgabung von Arbeitskraft insgesamt höher und damit auch ihre Reproduktionskosten. Daß die Kapitalisten es nicht wagen, dieser indirekten Lohnsenkung eine direkte hinzuzufügen, die ja durch die analytische Arbeitsplatzbewertung gedeckt wäre, liegt am Kampf der Arbeiter bei Mannesmann dagegen. Nicht die konkrete Tätigkeit wird bezahlt, wie es die Kapitalisten immer behaupten, sondern es geht um den Wert der Ware Arbeitskraft, um die Lebensmittel, die die Arbeiter brauchen, um sich zu reproduzieren. Ob die Kapitalisten diesen Wert senken können, darüber entscheidet der Kampf (Mi-Red.)

Zunehmende Spreizung der tariflichen Facharbeiterlöhne

1967 — Landwirtschaft, Metall, Textil, Chemie, Druck, Bauwirtschaft
1972 — Landwirtschaft, Metall, Textil, Chemie, Druck, Bauwirtschaft
1977 — Landwirtschaft, Metall, Textil, Chemie, Druck, Bauwirtschaft
DM 3 4 5 | 5 6 7 | DM 8 9 10
o- - -o Streiktage der Metallindustrie
Ecklohnerhöhung Metallindustrie
DM 1 / 0,5 — Streiktage (1000) 200 / 400 / 600
1966 1970 1975 1977

Die tariflichen Facharbeiter- bzw. Ecklöhne liegen in Industrie und Landwirtschaft inzwischen mehrere Mark auseinander. Diese Spaltung ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik der „möglichst leistungsgerechten Entlohnung". Mit diesem Schlagwort haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer immer die von den Arbeitern und Angestellten erkämpften Lohnerhöhungen als Zulagen, einmalige Sonderzahlungen und betriebliche Lohnerhöhungen mit den Kapitalisten verrechnet, was zu einer immer größeren Streuung der Tariflöhne und einer immer größeren Differenz zwischen dem Effektivlohn und dem tariflich abgesicherten Lohn geführt hat. Sie haben damit ebenso viele Angriffsmöglichkeiten für die Kapitalisten geschaffen. An jedem Groschen, der tariflich nicht abgesichert ist, drehen die Kapitalisten fortwährend und versuchen, ihn als „Krisenopfer" wieder einzustreichen.

Jan. 1977	Brutto-stunden-verdienst	Tarif-lohn	Tarif-lohn in %
Druck	13,34	9,54	71,5 %
Chemie	13,03	9,01	69,1 %
Metall	12,22	7,46	61,0 %
Bau	11,53	9,70	84,1 %
Textil	10,49	8,18	77,9 %

In der Metallindustrie ist die Differenz zwischen dem effektiven Bruttolohn und dem Tariflohn am größten. Anfang 1977 betrug der Unterschied über 4 DM. Alle Lohnerhöhungen haben sich die Metallarbeiter – wie das obere Schaubild zeigt – durch Streiks erkämpft, die Absicherung des erkämpften Lohns durch einen für alle Arbeiter und Kapitalisten verbindlichen Vertrag haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre jedoch an dem Interesse der Kapitalisten an dem niedrigen Lohn ausgerichtet: den Hilfsarbeiter- und Leichtlohngruppen in der Elektroindustrie und der optischen Industrie, wo durch die kapitalistische Rationalisierung die Arbeit inzwischen so zerlegt ist, daß ein Arbeitstakt im Akkord weniger als eine Minute dauert, in der Druck- und Bauindustrie ist die kapitalistische Rationalisierung noch längst nicht so weit fortgeschritten, deshalb konnten die Arbeiter hier den im Gegensatz zu den anderen Gewerken höheren Tariflohn noch halten. Im letzten Tarifkampf hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung den Streik der Metallarbeiter abgewürgt, das Ergebnis von 50 Pfennig auf den Ecklohn ist längst durch Steuer und Inflation aufgefressen. Die Kapitalisten werden nachstoßen – Spiel haben sie durch den niedrigen Tarif genug – und ohne Streik wird für sie kein Halten sein. – (Z-Red.)

Lohnzettelbesprechung bei Klöckner

„Persönliche Leistungszulage" soll spalten

Osnabrück. „Ich weiß gar nicht, wie sich mein Stundenlohn überhaupt zusammensetzt", fragte ein Arbeiter, als wir mit mehreren unsere Lohntüten studierten. Also setzte man sich hin und begann zu rechnen. Doch der in der Lohntüte stehende Stundensatz war nicht rauszukriegen. Etwas mußte sich geändert haben. Nach Anfragen beim Betriebsrat wurde es ans Tageslicht befördert. Die „persönliche Leistungszulage" hat sich bei einigen Arbeitern erhöht. Im Elektrobetrieb bei Klöckner Osnabrück gibt es auf den Tariflohn noch eine „überbetriebliche Zulage" und eine „persönliche Leistungszulage". Diese gab es verschieden mit 5, 10, 15, 20 Pfennig die Stunde. Sie wurde zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat für jeden Arbeiter individuell festgelegt. Sie ist seit Anfang des Jahres für einen Teil der Elektriker auf 25 und 30 Pfennig erhöht worden. Dies hat man jetzt rausgekriegt, denn kaum jemand wußte davon.

Im Herbst letzten Jahres hatte es im Elektrobetrieb scharfe Debatten über die Einstufung in den Lohngruppen mit dem Betriebsrat gegeben. Die jüngeren Arbeiter verlangten eine höhere Einstufung und prangerten die Aufteilung der „persönlichen Leistungszulage" an. Daß der Lohn hinten und vorne nicht reicht, ist klar. Die Elektriker forderten eine Höherstufung, weil ohne Überstunden, Schicht- und Sonntagsarbeit der Nettolohn mager ist. Ein Arbeiter ist gerade auf Conti-Schicht gegangen, weil er bauen will. Dort hat er 300 bis 400 DM im Monat mehr, weil es die Nacht- und Sonntagszuschläge steuerfrei gibt.

Der Betriebsrat sagte im letzten Jahr, daß er versuche, eine Erhöhung der „persönlichen Leistungszulage" zu erreichen. Das Lohngruppensystem werde man nicht ändern können. Der Betriebsrat erreichte bei der Betriebsleitung, daß immer nach festgelegten Zeiträumen eine Umstufung in eine höhere Lohngruppe erfolgen soll.

Das mit den Zulagen kam nicht von ungefähr. Im Werkzeugbau hatten die Arbeiter eine Lohnerhöhung gefordert. Nach mehreren Budenversammlungen und kurz vor dem Hinschmeißen der Klamotten hatten die Klöckner-Kapitalisten der Anhebung der „persönlichen Leistungszulage" von damals höchstens 20 auf 25 Pfennig zugestimmt. Der Betriebsrat machte es nicht bekannt. Er verfolgte die Taktik, diese Erhöhung für die ganze Belegschaft nicht auf einmal, sondern Betrieb nach Betrieb durchzusetzen. Im Elektrobereich wurde für rund 30 Arbeiter eine Anhebung der Zulage erreicht. Ein weiterer Vorstoß ist dann von ganz oben gestoppt worden, konnte man jetzt vom Betriebsrat erfahren. In keiner anderen Abteilung ist was passiert. Die Betriebsräte schweigen sich aus, nur wenn man es ihnen aus der Nase pult oder wie jetzt bei der Lohnzetteldebatte müssen sie antworten. Wir haben diskutiert, was die Erhöhung der „persönlichen Leistungszulage" bewirkt.

Als sie eingeführt wurde vor vier Jahren, hatten die Kapitalisten das Ziel, die Belegschaft noch über die durch das Lohnsystem sowieso vorhandene Spaltung hinaus in zig verschiedene Lohngruppen aufzuspalten. Damals gab es eine große Bewegung im Betrieb, eine betriebliche Lohnerhöhung durchzusetzen. Es wäre fast zu einem Warnstreik gekommen. Die Kapitalisten führten diese „persönliche Leistungszulage" ein, um die Einheit der Belegschaft zu brechen, die im Kampf notwendig ist, um die Forderungen durchzusetzen.

Die sozialdemokratischen Betriebsräte machen da mit, denn sie meinen, durch das Lohnsystem individuell und mit Tricks mehr Lohn für die Arbeiter herausschlagen zu können. Pfennige sind da wohl drin, denken die Kapitalisten, nur die Spaltung muß vertieft werden, damit die Arbeiter bei der nächsten Lohnauseinandersetzung sich über die Höhe zerstreiten. Da tun wir gern individuell was dazu.

Die Jüngeren, die gefordert haben, haben nichts mehr. Angehoben hat man die Schichtführer, Kolonnenführer und Vorarbeiter auf 30 Pfennig. Die älteren Arbeiter in den höchsten Lohngruppen auf 25 Pfennig und die Schichtarbeiter auf 20 oder 25 Pfennig. Die Arbeiter in der Werkstatt und die jungen Arbeiter haben nichts bekommen. Klar, daß der Betriebsrat nicht damit herausposaunt, denn bei derlei Manövern gibt es immer Widerstand, da in den letzten Jahren immer die oberen Lohngruppen angehoben wurden. So die Elektriker I, II und die Elektroniker. Früher waren es zwei Wertzahlen zwischen jeder Stufe, jetzt sind es zwischen E II und E I vier Wertzahlen.

Die Arbeiterklasse fordert einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag. So wird auch die kommende Lohnrunde vorbereitet. Um den Spaltungsabsichten entgegenzutreten, fordern die Arbeiter eine einheitliche Lohnerhöhung. 200 DM müssen es schon sein, dies stand am Schluß von vielen Diskussionen im Betrieb. – (Betriebszelle Klöckner Osnabrück/Georgsmarienhütte)

Sozialdemokraten auf Strategiesuche gegen die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes

Die Lohnkämpfe im kommenden Herbst und der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall am 18. bis 24. September stehen an. Die Sozialdemokraten im DGB bereiten sich darauf gegenwärtig mit Vorstandssitzungen und einer Reihe von Konferenzen vor. In den Stahlbetrieben wird der Kampf um die Aufstellung einer Festgeldforderung von 200 DM Erhöhung des Tarifs geführt. In den Metallbetrieben wird der Kampf um die Einheit für eine Forderung geführt, die der Lohndrückerei der Kapitalisten entgegengeht. Die Anträge aus den Betrieben an den IGM-Gewerkschaftstag dokumentieren, daß sich die Arbeiterklasse auf große Kämpfe vorbereitet.

Gegen die steigende Arbeitshetze in den Betrieben und die Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten ist die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich fester Bestandteil zahlreicher Anträge. Die Opel-Belegschaft fordert die gesetzliche Verankerung dieser Forderung in der Arbeitszeitordnung. Anträge zum Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlicher Systeme, Abschaffung der Nachtarbeit, Verbot von Sonderschichten und Überstunden und Streichung der Leichtlohngruppen haben das Ziel, die Belegschaften in den Betrieben gegen die Kapitalistenklasse zusammenzuschließen.

Die Anträge der Sozialdemokraten zum Gewerkschaftstag richten sich gegen diesen Zusammenschluß. Nicht 7-Stunden-Tag, um den Kampf zu führen gegen die verschärfte Ausbeutung in den Fabriken, sondern „Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Wochenstunden ..., um mittels dieser Maßnahme der zunehmenden Dauerarbeitslosigkeit ... energisch entgegenzusteuern". Ein Appell, die vorhandene Arbeit „gerechter" aufzuteilen – „das Menschenrecht auf Arbeit für jedermann in unserem Lande in der gesellschaftlichen Praxis durchzusetzen", schlagen die Sozialdemokraten zur Beschlußfassung vor.

Das „Menschenrecht auf Arbeit" – das „Recht" des Arbeiters, einen Ausbeuter zu finden – „für jedermann" – das Recht des Kapitalisten, die Arbeiter auszubeuten und sein Recht am Besitz der Produktionsmittel – darauf soll der Zusammenschluß stattfinden.

Die Anträge aus den Betrieben gegen die Mitarbeit in der „Konzertierten Aktion" und die Forderung aus Darmstadt, die Schlichtungs- und Schiedsvereinbarungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen und keine neue Vereinbarung mehr einzugehen, zeigen, mit den Kapitalisten gibt es keine Gemeinsamkeiten. Ohne Kampf wird es nichts geben. Loderer dagegen: „Der Gewerkschaftsvorstand wird sich allen Tendenzen widersetzen, die Mitgliedschaft der Gewerkschaften in der Konzertierten Aktion aufzukündigen. Der Vorstand wird am Institut der zwei sich abwechselnden Schlichter festhalten."

Ihr Ziel ist, die Arbeiterklasse an die Kette der Politik der Bundesregierung zu legen. Sie geben Flankenschutz für das Expansionsprogramm der Kapitalistenklasse. Loderer: „Die IGM würde eine Entscheidung der Bundesregierung, die Steuern nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zur Wirtschaftsbelebung zu senken, begrüßen und die Nachteile in Kauf nehmen, daß besser Verdienende entscheidend höhere Vorteile daraus ziehen würden. Eine schnelle Hilfe für die Konjunktur ist eine doppelte Hilfe." (Frankfurter Rundschau, 26.8.) Sicherung der Höchstprofite für die Kapitalisten und Spaltung des Lohnkampfs der Arbeiter, das ist die „doppelte Hilfe" Loderers.

Daß die Sozialdemokraten bereits jetzt von den „Schwierigkeiten" der „nächsten Tarifrunde Anfang 1978" zu reden anfangen, entspricht der Furcht, die sie vor der Herstellung der Gewerkschaftseinheit gegen die Kapitalisten haben. An den „Schwierigkeiten", in denen sich ihr Vorhaben der Klassenversöhnung befindet, wird auch die ausgeklügeltste „Spaltungsstrategie" nichts ändern, wenn sich die Arbeiter einig gegen die Kapitalisten sind. – (Z-Red.)

Ravens und Kiep: Streit zwischen Betrügern

Ravens, Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahlen in Niedersachsen, hat die niedersächsische Landesregierung „angegriffen“: Sie behindere durch falsche Sparpolitik den Abbau der Arbeitslosigkeit. Mehr Geld soll ausgegeben werden insbesondere zur „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms bei gleichzeitiger Aufhebung der Wiederbesetzungssperre in der Landesverwaltung“. Vor allem sollten „Teilzeitarbeitsplätze und Zeitverträge“ eingerichtet werden. Seine Parteifreunde in Bremen wollen zum gleichen Zweck die Verschuldungsgrenze des Landes ausweiten.

Kiep reagierte prompt. Er kündigte ein „Arbeitsplatzprogramm“ an. Danach sollen „schwervermittelbare ältere Arbeitslose“ auf Zeit eingestellt werden. Ferner sei an eine „Ausweitung des Angebots an Lehrstellen ‚mit weiterführenden Chancen‘ gedacht, auch in Bereichen, wo eine spätere Anstellung nicht möglich sei“. Darüberhinaus sollen die Baukapitalisten mit 260 Mio. DM direkt subventioniert werden. Im übrigen zeigte er sich empört.

Ravens und Kiep geht es um die gleiche Sache. Die Beschäftigung älterer arbeitsloser Arbeiter auf Zeitstellen soll den Lohn der Beschäftigten im öffentlichen Dienst drücken und den Kampf um mehr Lohn und gegen die kapitalistische Rationalisierung spalten. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind ein bedeutender Teil der Lohnabhängigen, deren Kämpfe mit über den Lohn der ganzen Arbeiterklasse entscheiden.

Nach der Niederlage, die die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst durch die Politik der Sozialdemokraten erfahren haben, soll nachgestoßen werden. Damit kann die Verelendung vorangetrieben werden. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen der Vorbereitung der Tarifkämpfe durch die Bourgeoisie. Die wachsende Gebühren- und Steuerausplünderung, mit der diese Programme bezahlt werden, soll die Spaltung zwischen dem beschäftigten und arbeitslosen Teil der Arbeiterklasse vertiefen. Es ist ein Streit zwischen Marionetten des Finanzkapitals, die dazu noch Reklame für die Landtagswahl suchen. Auf solche Schmierenkomödien fliegt die Arbeiterklasse nicht rein.

Maschinenfabrik Zwanger in Pinneberg stillgelegt – Sofortige Auszahlung der Löhne!

Mitte Juli beantragte das Finanzamt Elmshorn den Konkurs für die Firma Zwanger GmbH, die zum „kleinen Abschreibungsimperium“ (Zwangsverwalter Ramelow) der Möller-Consult-Firmengruppe gehört. Zwanger ist mit 2,8 Mio. DM verschuldet, 200 000 DM an Lohngeldern sind nicht gezahlt worden. Das sind fast zwei Monatslöhne für die 105 Beschäftigten.

Vor einer Woche stellte nun die Geschäftsleitung einen Vergleichsantrag beim Amtsgericht. Sie will damit das Konkursverfahren und vor allem die Auszahlung der Löhne verhindern.

Am letzten Dienstag haben 60 Beschäftigte von Zwanger vor dem Büro der Möller-Consult-Firmengruppe in der Hamburger Adolfstraße demonstriert, um Druck auf den Kapitalisten Möller und seinen Geschäftsführer Neumann zu machen: „Möller – Neumann keine Zicken, wir wollen unsere Mücken“, „Neumann keine Tricks, Geld raus und zwar fix“, lauteten unter anderem die Parolen.

Möller und Neumann spielen weiter auf Zeit. Am Montag findet eine erneute Betriebsversammlung statt.

Streik bei VFW-Fokker

Bremen. Am Donnerstag, den 1.9., streikten bei VFW in Bremen 1 500 Arbeiter und Angestellte. Nach einer Demonstration durchs Werk marschierten 800 Arbeiter und Angestellte zum Gebäude der Bremer Bürgerschaft in der Stadt. Streik und Demonstration richteten sich gegen geplante Massenentlassungen bei VFW im Zuge der Fusionierung mit Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB).

Ausgerufen wurde der Streik von der sozialdemokratischen Vertrauenskörperleitung mit dem Ziel, die VFW-Arbeiter im Konkurrenzkampf mit MBB vor den Karren der VFW-Kapitalisten zu spannen, um sie dann um so leichter über die Klinge springen zu lassen. Die Forderungen der Sozialdemokraten verraten diese Absicht: Finanzielle Unterstützung des Landes Bremen, Regionale Streckendienste der Lufthansa mit der VFW 614.

Das Haupttransparent auf der Demonstration: „Wir stehen hinter der Bremer Geschäftsleitung“. Die Arbeiterklasse soll sich im Konkurrenzkampf der imperialistischen Konzerne auf die Seite „ihrer“ jeweiligen Ausbeuter stellen. VFW-Arbeiter gegen MBB-Arbeiter, davon träumen die Kapitalisten. Daraus wird nichts werden. Auf der großen Metallarbeiter-Demonstration vor zwei Wochen haben VFW-Arbeiter die Forderungen erhoben:

– Keine Entlassungen
– Für Arbeitsplätze mit ausreichendem Lohn
– 100 Mark mehr für alle

Den Arbeitern und Angestellten von VFW ist es egal, ob die Geschäftsleitung VFW oder MBB heißt. Sie nehmen den Kampf auf gegen Entlassungen und prüfen die Bedingungen, sich mit den Arbeitern und Angestellten von MBB zusammenzuschließen.

„Wie soll die Vollbeschäftigung aussehen – vielleicht so wie bei Hanomag? Nein!“

Im Kampf schließen sich die Hanomag-Arbeiter auf richtigen Forderungen zusammen

Bremen. Übereifrig ist die Bremer Geschäftsleitung von Daimler Benz darangegangen, die Worte Schleyers: „. . . den Bedarf an Arbeitskräften für eine gegebene Produktionsmenge reduzieren . . . oder eine höhere Produktionsmenge bei gleicher Zahl von Arbeitskräften ermöglichen“ in die Tat umzusetzen. Dabei haben diese Herren sich jetzt aber das Genick gebrochen.

Ca. 450 Transporter stehen noch auf dem Betriebsgelände, die eigentlich schon „an den Mann“ gebracht sein sollten. An allen klebt ein Zettel, auf denen steht: „Fertig, bis auf . . .“. Dann stehen da die Teile, die noch fehlen, weil die Arbeiter aufgrund der Arbeitshetze einfach irgendwelche Teile nicht eingebaut haben.

Wir haben nicht mitgespielt. Die alte Geschäftsleitung ist gescheitert, sie wurde abgelöst.

Das Band, an dem der alte Transporter produziert wurde, lief in Takten. Es transportierte die Wagen von einem Arbeitsplatz an den anderen und blieb stehen, bis die Arbeiter ihre Teile eingebaut hatten. Das neue Band läuft ständig und treibt zur Arbeit. Hebebühnen ermöglichen es, gleichzeitig von unten und von oben am Wagen zu arbeiten. Die viele „Über-Kopf-Arbeit“ zerrt an der Kraft und hat Schmerzen im Rücken und im Nacken zur Folge. Die Karosserie ist so beschaffen, daß im Gegensatz zum alten Transporter Automaten statt Arbeiter eingesetzt werden können. So haben es die Kapitalisten geschafft, innerhalb eines Monats die Stückzahlen von 40 auf 60 Wagen pro Schicht zu steigern. Das bei gleicher Anzahl von Arbeitern. Folge dieser Arbeitshetze ist, daß Arbeiter eben Teile nicht einbauen oder nicht richtig verschrauben, so daß dann, wie neulich geschehen, auf dem Prüfstand Achsen abfallen. Seit dem 15.8.77 wird nun nicht mehr nur in zwei Schichten produziert, sondern es wurde auch eine Nachtschicht eingeführt. Jetzt sollen sogar am Samstag zwei Schichten gearbeitet werden. Arbeiter, die Nachtschicht hatten, mußten anstatt bis 6 Uhr morgens bis 8 Uhr bleiben. Letzten Samstag erschienen um 6 Uhr Arbeiter zur Arbeit, die Freitag abend Spätschicht bis 22 Uhr hatten. Sonntags sollen die fehlenden Teile in die Wagen eingebaut werden. Der niedrige Akkordlohn, bei den meisten 1 300 bis 1 400 DM netto, zwingt, diese Schinderei mitzumachen. Es gibt zahlreiche Arbeiter, die sich bereiterklärt haben, drei Monate lang nur Nachtschicht zu machen, weil sie mit ihrem Normallohn nicht mehr hinkommen. Arbeiter, die bisher in der jetzt aufgegebenen Achsproduktion mit Lohngruppe 8 gearbeitet haben, werden in der Fahrzeugmontage jetzt mit Lohngruppe 7 abgespeist. Der Gruppenakkord ist völlig undurchsichtig. Für eine höhere Arbeitsleistung gibt es keinen höheren Lohn, weil angeblich irgendwo am Band ein paar Arbeiter dazugekommen wären und somit die größere Gruppe auch mehr leisten muß.

Als am Schleifband in der Lackiererei die Ablöser abgezogen werden sollten, wurde 15 Minuten die Arbeit hingeschmissen, Ein eilends herbeigerufener Betriebsrat versuchte, die Arbeiter wieder an die Arbeit zu schicken mit dem Versprechen, er würde für einen Ablöser sorgen. Hartnäckig bestanden diese aber auf ihren drei Ablösern wie bisher, die sie auch durchsetzten, weil die Kapitalisten es sich nicht leisten konnten, länger als 15 Minuten die Wagen unbearbeitet durchs Band laufen zu lassen. Seit der letzten Betriebsversammlung reißt die Debatte darüber nicht ab, wie denn die Verkürzung des Arbeitstages und mehr Lohn durchzusetzen sei. Obwohl die Sozialdemokraten auf der Betriebsversammlung versuchten, die Abstimmung einer Resolution für den Siebenstundentag zu verhindern und schließlich erreichten, daß nur ca. 30 Arbeiter für diese Forderung ihre Hand hoben, ist der Zusammenschluß der Arbeiter gewachsen.

Der Zusammenschluß äußert sich im gemeinsamen Verweigern von Überstunden und im Kampf gegen Pausenkürzungen. In einer Abteilung wurde beraten, ob man auf die Demonstration der IG Metall am 25.8. gehen solle, wo die Sozialdemokraten für das Recht auf Arbeit marschieren lassen wollten. Die Arbeiter meinten: „Gegen Entlassungen, das ist ja richtig, für Vollbeschäftigung auch, aber wie soll die Vollbeschäftigung aussehen, vielleicht so wie bei Hanomag? Nein! Das geht nicht! Beim Kampf gegen Entlassungen muß man gleichzeitig der Ausbeutung Schranken setzen“. Die Forderung: Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! 1 500 DM steuerfrei! Ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag! Verbot der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit! Verbot der Überstunden! haben wir dann auf der Demonstration mitgetragen. Die Sozialdemokraten haben sich nicht getraut, die Transparente aus der Demonstration zu holen, obwohl sie das vorher angedroht hatten. Sie wissen, daß diese Forderungen im Betrieb breite Unterstützung finden. Deshalb müssen diese Forderungen auch auf dem Gewerkschaftstag beschlossen werden, denn sie können nur durch den Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse durchgesetzt werden. – (Zelle Hanomag, Bremen)

Anträge zum 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom 18. bis 24. September 1977 in Düsseldorf

294 Antragsteller: Verwaltungsstelle Saarbrücken

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Wochenstunden mit vollem Lohnausgleich wird gefordert, um mittels dieser Maßnahme der zunehmenden Dauerarbeitslosigkeit hunderttausender Kolleginnen und Kollegen in der Bundesrepublik Deutschland energisch entgegenzusteuern und das Menschenrecht auf Arbeit für jedermann in unserem Lande in der gesellschaftlichen Parxis durchzusetzen.

296 Antragsteller: Verwaltungsstelle Aachen

Der Gewerkschaftstag stellt fest:

Durch die weiterhin anhaltenden Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmer, der ständig steigenden Arbeitsproduktivität, und der damit verbundenen Arbeitshetze in den Betrieben wird Gesundheit und Leben der Arbeitnehmer in unzumutbarer Weise belastet. Entsprechende Unfallzahlen, erschreckende Zunahme der Frühinvalidität, sich häufende Todesfälle vor Erreichung des Rentenalters und kurz danach, sprechen eine deutliche Sprache. (. . .)

Die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages mögen deshalb beschließen:

Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall fordert die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle in der Metallindustrie, im Metallhandwerk und in sonstigen Metallbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

297 Antragsteller: Verwaltungsstelle Darmstadt

Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall wird beauftragt, sich mit Nachdruck für die Einführung des 7-Stundentages (35-Stunden-Woche) bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich einzusetzen.

Darüberhinaus wird der Vorstand aufgefordert, auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß die Arbeitszeitordnung entsprechend geändert wird.

Weitere Anträge zur Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurden gestellt von den Verwaltungsstellen Berlin, Dinslaken, Kassel, Hilden, Göttingen, Lübeck, Gummersbach, Frankfurt.

324 Antragsteller: Verwaltungsstelle Bremen

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die IG Metall setzt sich dafür ein, daß das Akkordsystem und alle akkordähnlichen Systeme verboten werden.

325 Antragsteller: Verwaltungsstelle Bremen

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der Vorstand wird beauftragt, darauf hinzuwirken, daß in den Verhandlungen über neue Manteltarifverträge die Nachtarbeit in der Zeit von 20 Uhr bis 6 Uhr abgeschafft wird.

330 Antragsteller: Verwaltungsstelle Emden

Die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages mögen beschließen:

Sonderschichten sowie Überstunden im Produktionsbereich dürfen in der heutigen Zeit nicht mehr verfahren werden. Bestehende Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, welche beinhalten, daß Arbeitnehmer verpflichtet sind, Sonderschichten sowie Überstunden zu leisten, müssen gekündigt werden.

Manteltarifkommission Chemie: Mit „Grundsatzforderungen“ die Arbeiter schrankenloser Ausbeutung zuführen

Zum 31.12.77 hat die IG Chemie den seit Februar 1973 geltenden Manteltarifvertrag gekündigt. Im geltenden Manteltarifvertrag ist im § 1 zur Arbeitszeit festgeschrieben:

– Unter (1) die Zusammendrängung der Monatsarbeitszeit auf 3 Wochen, Sonntagsarbeit, die Möglichkeit der vollkontinuierlichen Schicht: „. . .Eine Verteilung der Arbeitszeit auf 3 Wochen ist dann zulässig, wenn hierdurch eine längere, mit dem Sonntag zusammenhängende Freizeit ermöglicht wird.“

– Unter (2) Zusatzschichten und bis zu 12 Überstunden an Sonn- und Feiertagen: „. . .Hierbei bleibt es der betrieblichen Vereinbarung überlassen, zur Erreichung zusätzlicher Sonntagsfreischichten Schichten bis zu 12 Stunden am Sonntag einzulegen.“

– Unter III(4) und (5) Verlegung, Kürzung und Streichung der Pausen: „(4) Wird die Arbeit aus technischen Gründen unvorhergesehen unterbrochen, so kann die Pause verlegt werden, . . .(5) Arbeitnehmern in voll- und teilkontinuierlicher Wechselschicht können statt fester Ruhepausen Kurzpausen von angemessener Dauer gewährt werden . . .“

– Unter V Tagesarbeitszeit bis zu 10 Stunden: „. . .Bei gleitender Arbeitszeit kann die tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden betragen.“

Unter § 3, IV die Möglichkeit jederzeitiger Abpressung von Überstunden: „. . .ist notwendige Mehrarbeit, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu leisten. Hierbei ist, abgesehen von betrieblich oder technisch notwendigen Sofortmaßnahmen, das Einvernehmen mit dem Betriebsrat erforderlich.“

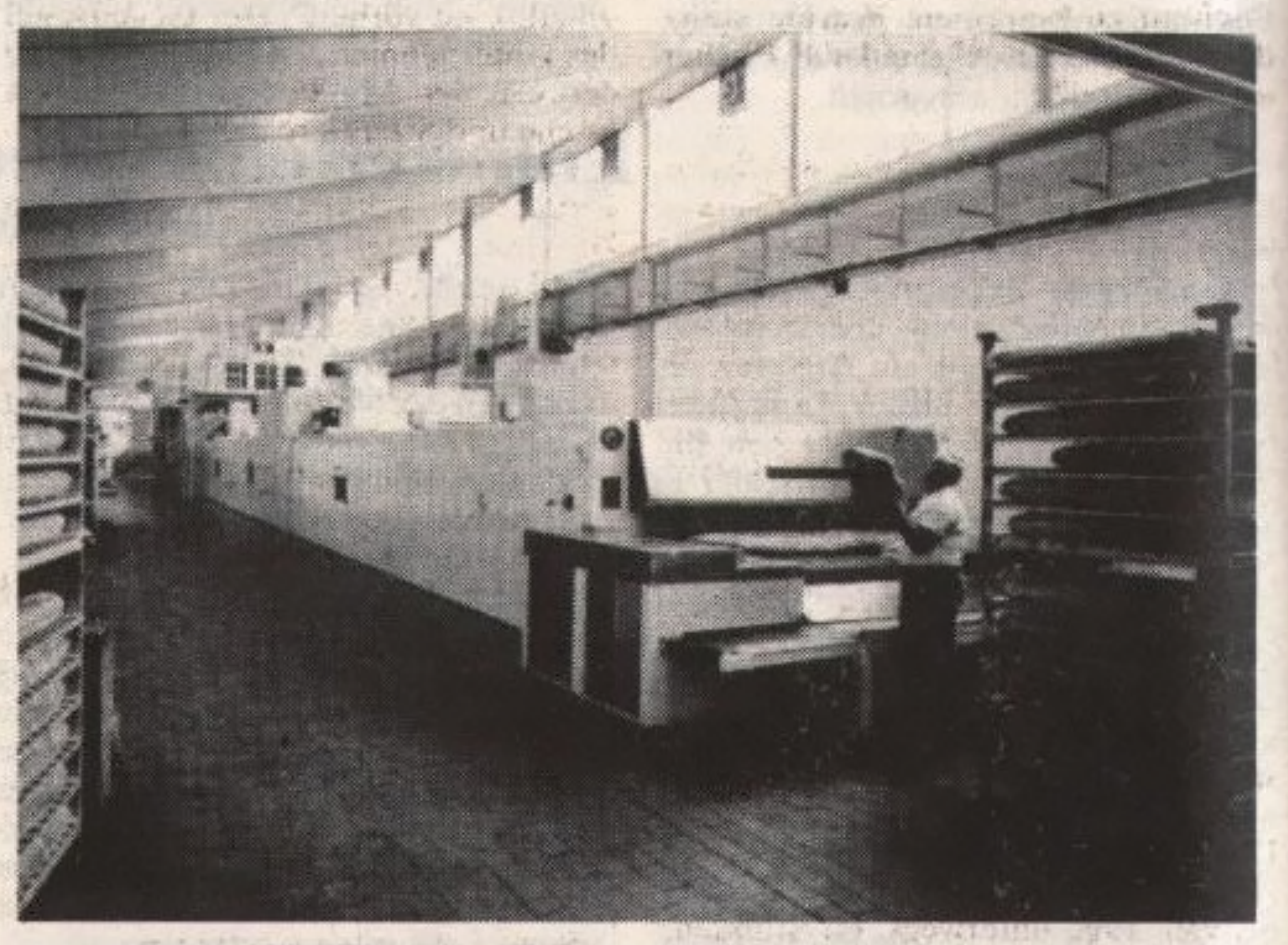
Tatsächlich sind im geltenden Manteltarif im wesentlichen festgehalten die Möglichkeiten für die Chemiekapitalisten, den Achtstundentag zu durchlöchern. Das werden die Chemiekapitalisten mit Zähnen und Klauen verteidigen wollen. Für sie stellt sich die Sache so: Riesige Produktionsanlagen lassen sie von den Chemiearbeitern bewegen. Jede Minute, die die Produktionsanlagen stillstehen, kostet sie, weil die Ausbeutung nicht vorangeht, jede Pause kostet sie.

Am 21. Juli hat die Manteltarifkommission der IG Chemie getagt: Über die Beschlüsse heißt es in der „Gewerkschaftspost“, Augustnummer: „Unter Verzicht auf weitere Manteltarifforderungen sollen die Grundsatzforderungen (. . .) Vorrang haben.“ Grundsatzforderungen? „Die Gewerkschaft weist darauf hin, daß sie diesmal auf eine umfangreiche Umgestaltung des Manteltarifvertrages verzichtet und vor allem mit den Arbeitgebern über Maßnahmen verhandeln will, die zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen könnten. Die Verkürzung der Schichtarbeit wäre hierzu vor allem geeignet, da bei vollkontinuierlicher Arbeitszeit über 24 Stunden hinweg eine Änderung des Dreischichtenbetriebs einen erheblichen Bedarf zusätzlicher Arbeitskraft erfordere.“ (FAZ, 23.7.77)

Mit Grundsatzfragen sind nicht Verbot der Überstunden, Verbot der Sonntagsarbeit, Verbot von Nacht- und Schichtarbeit, Siebenstundentag gemeint. An der Ausbeutungsfreiheit, die der bestehende Manteltarifvertrag den Kapitalisten gibt, soll überhaupt nicht gerüttelt werden; die „Grundsatzfrage“ ist Organisierung der Schichtarbeit entsprechend den Interessen der Profitproduktion, „Auslösung des Dreischichtenbetriebs“. Auflösung der 5-tägigen Arbeitswoche heißt das, Samstags- und Sonntagsarbeit, ohne das Überstunden gezahlt werden müssen, häufigerer Wechsel des Schichtrythmus, in einer Woche Früh-, Spät-, und Nachtschicht, ständiger und mobiler Besatz der Produktion mit Arbeitern. Unter dem Banner von „Arbeitszeitverkürzung“ – von 42 auf 40 Stunden, aber nicht im Achtstundentag – und „Arbeitsplatzbeschaffung“.

Die Gewerkschaftssozialdemokraten sind bereit, unter dem Titel „Grundsatzforderungen“ im neuen Manteltarif festzuschreiben, daß die gesamte Lebenszeit des Arbeiters Arbeitszeit für den Kapitalisten zu sein hat. – (Mi-Red)

Lohnraubabschluß in der Brotindustrie



Landau. Nachdem die Sozialdemokraten in der Führung der Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten (NGG) eine Forderung von 8,6 Prozent aufgestellt hatten, endeten die Tarifverhandlungen für die Brotindustrie in Hessen und Rheinland-Pfalz am 25. August in Mainz mit einem Lohnraubabschluß von 6,3 Prozent. Die Brotkapitalisten hatten schon vorher in den anderen Ländern ähnlichen Lohnraub durchgesetzt. 6,3 Prozent sind 51 Pfennig auf den Facharbeitereckl ohn. Die Konkurrenz unter den Brotkapitalisten ist scharf; in wenigen Jahren ist die Zahl der dem Kapitalistenverband angeschlossenen Brotbetriebe von 450 auf 220 zurückgegangen. Halten können sich die Brotkapitalisten nur durch maßlose Ausbeutung der Arbeiter: Löhne zwischen 8,18 DM und 9,36 DM je nach Tarifbezirk, dauernde Nachtschichten trotz Nachtbackverbot, 220 bis 240 monatliche Arbeitsstunden durchschnittlich, 300 und mehr sind keine Seltenheit. In den Betrieben, in denen wie bei Hofmeister in Landau im Tarifkampf Forderungen von 1,20 DM die Stunde oder 200 DM im Monat aufgestellt wurden, ist unter den Arbeitern klar: Mit diesem Abschluß ist nichts beendet. Es wird beraten, wie der Kampf um den Lohn jetzt fortgeführt werden muß.

„Für diese Ziele werde ich nicht kämpfen!“

Interview mit einem Lehrling vom Bremer Vulkan

Der Bremer Vulkan hat die Generalunternehmerschaft für die Fregatten bekommen, weil die Vulkan-Kapitalisten an der Spitze der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter stehen. Wie gehen sie dabei unter der Arbeiterjugend vor?

Als ich auf dem Bremer Vulkan anfing zu arbeiten, mußten wir mit der sogenannten „Grundausbildung“ beginnen. Der Sinn sei, wie man uns erklärte, daß man ein Gefühl zum Werkstoff entwickelt. Das sieht dann so aus, daß du diesen „Werkstoff“ am liebsten mit ziemlich kräftigem Gefühlsausbruch in die Ecke feuern möchtest, weil man drei Monate hauptsächlich mit der Feile den Stahl schruppen kann. Gelernt habe ich nichts dabei, und das, was ich lernen sollte, nämlich Disziplin und Widerspruchslosigkeit, sitzt auch noch nicht völlig bei mir. Dasselbe will die Geschäftsleitung mit tagelangem Lochbohren von Zinkblechen erreichen. Ich war völlig fertig, wenn es Feierabend war und konnte gut nachfühlen, wie einem Fließbandarbeiter zumute ist. All dies soll dann nach gewisser Zeit glorreich mit einer sogenannten Zwischenprüfung abgeschlossen werden. Hier wird schon mal sortiert, wer schnell und gut, nur schnell oder beides nicht arbeiten kann, sozusagen die erste „Auslese“ wird vorgenommen, und selbstverständlich sind alle Prüfungsarbeiten abhängig von einer bestimmten Zeitdauer. (. . .)

Hast du dich gegen diese Schikane erfolgreich gewehrt oder nicht, kommt schon die nächste Schweinerei auf dich zu mit Namen „Schulbesuchskarten“. Die bekommst du vom Betrieb mit und mußt sie dem Lehrer zur Unterschrift vorlegen und danach wieder – damit man auch ja nachprüfen kann, daß du an dem Schulbesuch teilgenommen hast – dem Werkstattschreiber vorlegen. Tut mans nicht, wird einem der Tag nicht bezahlt und sogar als Fehltag registriert. Und überhaupt, die Schule! Genau das gleiche Siebverfahren, nach der Methode, die Guten, sprich in den meisten Fällen Arschkriecher, ins Töpfchen und die Schlechten ins Kröpfchen. Das heißt, es wird alles durchgehechelt, und entweder du kommst mit oder nicht und wenn zuviele gut mitkommen, dann gibts ja noch die Noten. Eine Fünf für einen „Rebellen“, und für die gleiche Arbeit eine Zwei für einen Genehmen, so wird's gemacht, und so kommen sie auch durch, wenn sie nicht Zunder kriegen von den gesamten Lehrlingen, was oft passiert. (. . .)

Dann geht's wieder rein in den Betrieb, und du stehst sofort wieder vor der verdammten Stempeluhr samt Ausbilder, der genau darauf achtet, daß du fünf Minuten vor Arbeitsbeginn und zu Feierabend umgezogen, meist fünf Minuten nach Feierabend stempelst. Stempelst du mal für einen mit, weil der sich noch umzieht und schnell den Bus haben muß, kriegst du eine viertel Stunde Belehrung über Betrug, Benimm und Anstand zu hören. Außerdem kommst du sofort in Konflikt mit deiner „Prämienkarte“. Hier kann man 50 DM mehr Lohn erreichen. Voraussetzung, du erfüllst alle Bewertungspunkte mit Sehr Gut. Punkt 1 ist Betragen, Punkt 2 Führung des Berichtshefts, Punkt 3 Besuch der Schule, Punkt 5 Arbeitsausführung und Gesamthaltung. Gerade in der letzten Zeit wird es noch schlimmer. Fast alle Lehrlinge arbeiten in Akkordkolonnen. Die Gesundheit wird mit den Füßen getreten, Hauptsache, jeder gewöhnt sich so schnell wie möglich an den Trott. Versucht wird, uns von den Gesellen abzuspalten, indem sie wenig Zeit zum Schreiben für uns kriegen.

Die Vulkan-Kapitalisten sagen, daß die Fregatte Arbeitsplätze sichere und sich das auch auf die Beschäftigung von Lehrlingen auswirkt. Die Bundesregierung spricht von Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wie denkst Du darüber?

Zu den Fregatten, daß sie Arbeitsplätze sichern sollen, das ist eine freche Lüge. Du weißt ja selbst, Hunderte von Kollegen hat der Bremer Vulkan bereits entlassen, und die hohe Zahl von Lehrlingen erklärt sich durch das oben genannte Verfahren der Aussiebung und Abrichtung zu billigen und willigen Lohnsklaven. Ausbildung ist da nicht mehr. Das kann man schon daran sehen, daß der Helgen D umgebaut wird zum Baudock, und wir hatten dort früher unsere Ausbildungsplätze. Der ganze Fregattenauftrag läuft doch nur darauf hinaus, daß wir sie für wenig Lohn bauen sollen und wenn die Pötte schwimmen, dann sollen wir für das Schwarz-Rot-Gold und dieses eben beschriebene Ausbeutersystem auch noch bis zum letzten Blutstropfen kämpfen. Mancher Kollege hat schon gesagt, daß die Dinger wie Schweizer Käse vom Dock laufen sollen, denn dann liegen sie dort, wo sie hingehören: auf dem Grund. Von Freiheit merken wir nicht viel hier auf der Werft und überhaupt. Die ist wohl nur für die Werftbesitzer, für die wir uns kaputtmachen sollen. Für diese Ziele werde ich nicht kämpfen!

Es hat jetzt eine Jugendversammlung stattgefunden. Welche Ergebnisse hat sie gehabt, besonders im Zusammenschluß der Jugend, und was muß Deiner Meinung nach noch angepackt werden?

Ich denke, die Jugendversammlung war ein Schritt hin in Richtung Zusammenschluß. Sie hat aber auch starke Mängel gehabt, z.B. daß man nicht die Forderungen, die von den älteren Kollegen und auch von uns Lehrlingen aufgestellt worden sind, in Beschlüssen festgehalten hat. Außerdem ist die Lohnfrage und in diesem Zusammenhang das Fregattenbauprogramm in seinen Auswirkungen nicht angesprochen worden. Das ist wirklich ärgerlich, weil die Voraussetzungen dafür gut waren und sind. (. . .) Es trat einer auf und erläuterte noch mal die Lage, wie sie sich für uns stellt, indem er nachwies, daß gerade die ganzen Maßnahmen, die ich schon erwähnt habe, ausschließlich dazu nützen, daß die Belegschaft gespalten werden soll.

Wobei wir Jugendlichen als Lohndrükker eingesetzt werden sollen. Er führte aus, daß man sich dagegen zusammenschließen muß und zwar unter den Forderungen des Aktionsprogramms der Vertrauensleute zum 1. Mai, wo es unter anderem heißt: Weg mit der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit, für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, Übernahme aller Lehrlinge ins unbefristete Arbeitsverhältnis und daß man auf die Forderungen der Jugendversammlung wie: Weg mit dem Blockunterricht und für 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen beharren muß. Er schlug vor, diese Forderungen zur Grundlage für die Arbeit des Ortsjugendausschuß zu machen. Er erhielt dafür auch viel Beifall. (. . .)

Leider sind die Forderungen nicht in einem Beschluß festgehalten worden. Lediglich ist verabschiedet worden, daß man den Ortsjugendausschuß auffordert, die Forderung nach 480 Stunden Blockunterricht aufzugeben und für 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen einzutreten. Diesen Fehler wird man aber korrigieren können, wenn man die Resolution nach jetzt sofort 100 DM mehr aus einer Abteilung im Schiffbau auch von den Lehrlingen aus unterstützt und eine Front gegen das Fregattenbauprogramm errichtet. Auch die Meinung vieler Lehrlinge ist, daß der Fregattenbau die Vorstufe zum Krieg für die Kapitalisten ist. Wir werden gegen das Vorhaben der Kapitalisten den Kampf aufnehmen. – (Zelle Bremer Vulkan)

Für die Übernahme aller Lehrlinge

Hannover. Gesamtbetriebsrat und Gesamtjugendvertretung von **VAW Leichtmetall** haben eine betriebliche Regelung abgeschlossen, die regelt, daß die Lehrlinge ein halbes Jahr übernommen werden sollen. Zustandegekommen ist diese Regelung durch den Druck der Arbeiter und Lehrlinge, die die Übernahme aller Lehrlinge fordern. Die Regelung dient zur Spaltung und Unterdrückung des Kampfes für die Übernahme: Bedingung für die halbjährige Übernahme ist, daß keine Gründe, „die in der Person des Auszubildenden“ liegen, dagegensprechen. Die Werksleitung hat schon über den Betriebsrat auf die Forderung der Lehrlinge nach unbefristeten Arbeitsverträgen erklärt, daß sie ja jederzeit von dieser Regelung zurücktreten könne.

Inzwischen ist durchgesickert, daß die Lehrlinge nicht, wie vorgesehen, in die Schlosserei kommen sollen, sondern in der Gießerei und in der Teilpresse auf Akkord und Schicht gesetzt werden sollen.

Auf einer Versammlung der Betriebsjugendgruppe der IG Metall bei Westinghouse, die von der Betriebsjugendgruppe VAW unterstützt wurde, haben Lehrlinge aus über zehn Betrieben einen Brief an die hannoverschen Zeitungen und zum Aushang an den Schwarzen Brettern in den Betrieben verabschiedet, in dem sie die Übernahme aller Lehrlinge fordern. Von den reformistischen und revisionistischen Jugendvertretern von VAW Leichtmetall war erst gar keiner erschienen. Stattdessen erzählen sie für die Kapitalisten: „Ihr wißt ja, daß wir auch die Übernahme aller Lehrlinge wollen. Aber wie sollen wir das durchsetzen, wo so wenig Arbeit für alle da ist?“ Als ein Lehrling einem Arbeiter aus der Abteilung Strangpresse auf die Frage, warum er denn nicht übernommen würde, sagte, daß das mit zu wenig Arbeit begründet wird, schmiß der voller Wut einen Schraubenschlüssel auf den Boden. Die Mittagspause hatten die Arbeiter verschieben müssen wegen einer dringenden Reparatur, auf die Reparatur eines Steuerblocks wartet die Pressenbesatzung schon seit vier Wochen.

Streik gegen Schulstillegung

Nienburg. Seit Anfang des Schuljahres bestreiken die Eltern der Grundschule Pennigsehl-Mainsche den Unterricht. Sie wenden sich gegen die Auflösung der Schule durch den Samtgemeinderat. Er hatte beschlossen, die Kinder aus „Kostengründen“ nach Liebenau zu schicken, das sieben Kilometer entfernt liegt. Der Schulweg verlängert sich dadurch um bis zu zwei Stunden täglich.

zu zwei Stunden täglich.

Die 86 Eltern haben sich mit Unterstützung einer 300-köpfigen Bürgerinitiative zusammengeschlossen und den Widerstand organisiert. Sie haben sich zunächst mit einer Klage an das Verwaltungsgericht Hannover gewandt. Ihre Klage wurde abgelehnt. Sie hoffen jetzt, beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg „Recht zu bekommen“. Gegen den Streik hat der bürgerliche Staat über die Kreisverwaltung Nienburg ein Bußgeld von 318 DM pro Elternteil verfügt.

Mit dem Bußgeld soll der Kampf unterdrückt werden. Das ist bisher nicht erreicht. Wehren die Eltern die Spaltungsversuche ab, nutzen sie den Zusammenschluß zum Angriff auf das kapitalistische Schulwesen und verbinden sie sich dabei mit den Arbeitern, dann werden sie sich in ihrem Kampf durchsetzen können.

Kampf gegen Fahrpreiserhöhung

Kiel. Zum 1. Oktober sollen die Fahrpreise erhöht werden, das dritte Mal innerhalb von vier Jahren. Gegen die von der Ratsversammlung beschlossene Preiserhöhung und gegen die Ausplünderungspolitik des Magistrats wird gegenwärtig eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Rund 2 500 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten haben sich bereits mit ihrer Unterschrift dagegen ausgesprochen, darunter 60 Arbeiter der HDW, 65 Arbeiter der MaK, der beiden größten Betriebe in Kiel und 42 Angestellte der Universitätskliniken.

Der Magistrat reagiert hektisch auf die Organisierung des Kampfes gegen seine Ausplünderungspolitik. In der vorletzten Woche ließ er das städtische Presseamt mitteilen, es werde „psychologischer Terror“ gegen die Mitglieder der Ratsversammlung ausgeübt, aber „Wir lassen uns nicht erpressen“. Verschiedene Ratsherren sind aufgesucht worden und wegen ihrer Zustimmung zu den Fahrpreiserhöhungen zur Rechenschaft gezogen worden. 45 Menschen haben innerhalb von zwei Stunden den Stadtrat Lütgens mit ihrer Unterschrift aufgefordert, sich für die Fahrpreiserhöhung auf einer öffentlichen Veranstaltung zu rechtfertigen. Lütgens, der als Sozialdezernent z.B. dafür verantwortlich ist, daß etwa der Hälfte aller Behinderten der Freifahrtschein für die KVAG in diesem Jahr nicht verlängert worden ist, hat sich nicht getraut zu kommen. 50 Anwesende haben auf dieser Veranstaltung einstimmig eine Resolution beschlossen, in der die nächsten Schritte im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen festgelegt wurden.

Der Magistrat versucht jetzt, den Zusammenschluß mit Polizeigewalt zu verhindern. Während einer Straßenaktion wurden drei Menschen, die ein Transparent gegen die Fahrpreiserhöhungen hielten, von der Polizei als „verbotene Versammlung“ bezeichnet. Die Unterschriftensammlung haben sie jedoch nicht verhindern können. Etwa 20 Bewohner der Straße kamen aus ihren Häusern und verurteilten den Polizeieinsatz.

„Ein Eiswinter, und alle kleinen Fischer sind ruiniert“

Im Winter 60 Stunden Arbeit und kaum Schlaf / Ausplünderung durch Genossenschaften für Banken und Fischfabriken

Im Rahmen des Sommerlagers der Kommunistischen Jugendbünde in Simonsberg an der schleswig-holsteinischen Westküste haben Genossen des KJB Osnabrück die Lage der kleinen Kutterfischer erforscht.

„In Kappeln an der Schlei vereinbarten wir eine Fahrt mit dem Fischkutter. Um 1 Uhr nachts ging's los. Wir berichteten den beiden Fischern vom Ferienlager der KJBs und erläuterten den Zweck der Kundschaft: Daß die Arbeiterjugend und die Schüler aus den Städten wenig über die Lage der Bauern und Fischer wissen und das von der Bourgeoisie genutzt werden kann, um Spaltung zwischen der Arbeiterbevölkerung der Städte und den Bauern und Fischern zu betreiben. Warum steigt der Preis für Fisch? Sind die Fischer daran schuld?

Die Fischer fanden die politische Erkundung richtig. Als erstes erläuterten sie den Produktionsablauf und gaben Daten zu den Produktionsmitteln, den Kuttern. Ihr Kutter sei 14 Meter lang und der kleinste von Kappeln. Früher hatten sie in der Familie zwei Kutter, einen mußten sie verkaufen, er war nicht rentabel genug. Der Kutter hat 80 000 DM gekostet, das war 1958. Heute muß man für einen Kutter bis zu 350 000 DM bezahlen. Gefangen wird Dorsch, mit einem Netz, das dicht über dem Meeresboden gezogen wird. Heringe gibt's hier kaum noch, nur junge. Für den Dorsch bekommen sie 30 bis 90 Pfennig für das Pfund, je nach Größe. Hauptsaison für den Dorschfang sei der Winter, von Dezember bis März. Dann sind sie oft drei bis vier Tage unterwegs, 60 Stunden, haben kaum Schlaf. Zuhause schlafen sie 10 Stunden, dann müssen sie wieder raus. Das Familienleben geht dabei vor die Hunde. Im Winter sieht der Fischer seine Kinder kaum. Der niedrige Abnahmepreis und die Tatsache, daß die Ostsee so gut wie leer gefischt ist, wodurch die Fänge immer unergiebiger werden, zwingt die Fischer dazu, täglich 10 bis 18 Stunden zu arbeiten und im Winter jede Minute für den Fischfang zu nutzen.

Drei bis vier Stunden wurde das Netz geschleppt und jetzt der erste Fang angelandet. Ein jämmerliches Ergebnis. Drei bis vier Kisten voll, der Fischer meint, jetzt im Sommer würden die Betriebskosten weit über den Erträgen liegen, und ohne Winterfischerei gäbe es kein Auskommen. Der zweite Fang war noch magerer: haufenweise Quallen, ganz wenige Dorsche und Schollen. Danach drehen die Fischer ab, es lohnt sich heute nicht. Sechs Kisten Dorsch, 70 bis 80 DM schätzen wir. Im Hafen wird der Fang sofort von der Genossenschaft registriert und abtransportiert.“

„Die Genossenschaft will in erster Linie durch ihre geschäftlichen Einrichtungen die wirtschaftlich Schwachen stärken und das geistige und sittliche Wohl der Genossen fördern“, heißt es in der Satzung der Genossenschaft. Und vorher: „Der Gegenstand des Unternehmens ist die Verwertung der von den Mitgliedern gefangenen Fische und Schaltiere . . .“ Die Genossenschaft ist Mitglied des Raiffeisenverbandes Schleswig-Holstein und Hamburg. Oder im Klartext: Sie ist eine Einrichtung der Banken, worüber die Ruinierung der kleinen Fischer betrieben wird. Der Drang der kleinen Fischer nach Zusammenschluß und Vergenossenschaftlichung ihrer Produktion wird genutzt, um sie auszunehmen. Die Aufnahmegebühr beträgt 2 DM. Ein Pflichtanteil von 200 DM muß sofort aufgebracht werden. Er muß danach auf 2 000 DM aufgestockt werden. Das geschieht darüber, daß solange 60 % der Rückvergütung des Fangs einbehalten werden, bis die 2 000 DM Anteil erreicht sind. Eine sichere Garantie für die Banken, die Fischer von sich abhängig zu machen. Das zwingt die Fischer von vornherein, Kredite aufzunehmen.

Die Genossenschaft winkt mit sogenannten Billigkrediten bei 3 bis 4 % Zinsen. Wer nicht in der Genossenschaft ist, bekommt keinen Billigkredit. So sollen die noch nicht genossenschaftlich organisierten Fischer in diese getrieben werden. Abgesehen von der Ausplünderung durch die Zinsen besteht noch ein weiterer Haken bei diesen Krediten. Sie werden nie als Vollkredite gegeben, d.h. die Fischer müssen einen Teil des Kapitals, um z.B. Reparaturarbeiten durchzuführen, selbst aufbringen. Das beschleunigt die Ruinierung der Fischer.

Daß die Genossenschaft das *geistige und sittliche Wohl* der Fischer fördern soll, ist nur eine geschickte Umschreibung der Tatsache, daß sie keine Versicherung der Mitglieder gegen Krankheit, Invalidität und Tod bietet; die Fischer müssen sich selbst versichern.

Der „Vorteil“ für die Fischer bei der Genossenschaft sei, daß den Fischern die Abnahme ihrer Fänge garantiert werde, sagt der Geschäftsführer der Bank. Der richtige Ausdruck dafür ist: Erpressung. Weil sie das Geld nicht aufbringen können, um ein Vertriebsnetz zu organisieren, sind sie gezwungen, zu Niedrigstpreisen an die Genossenschaft zu liefern. Die verramscht das an die großen Fischfabrikkapitalisten. Am Ende kommt jene Kühlfach-Fisch-Packung auf den Tisch, wo nur noch die Bezeichnung auf der Pakkung an den Fisch erinnert und die sauteuer ist.

Über die Einkommen der Fischer haben wir nichts Genaues herausbekommen. „Das ist ganz unterschiedlich, kann man gar nicht genau berechnen, je nach dem, wie groß der Fang ist und wieviel die Genossenschaft zahlt“, sagte uns die Fischersfrau. Wie die Lage der Fischer ist, könne man daran sehen, daß viele gezwungen sind, anschreiben zu lassen bei den örtlichen Kaufleuten. Ein Eiswinter, und alle Fischer seien ruiniert. Seit 1965 sei die Zahl der Fischer ständig zurückgegangen, bei gleichzeitiger Umsatzsteigerung der Genossenschaft und gleichbleibendem Abnahmepreis. Im Dorf gibt es keine Arbeit, die ruinierten Fischer müssen in die Städte ziehen. Beschleunigt werde dieser Prozeß noch durch die Festlegung der Fangquoten im September: „Da werden wieder einige auf einen Schlag aufstecken müssen.“

Die Lage der Fischer und Arbeiterbevölkerung sei unerträglich, sagt die Fischersfrau, aber sie sehe keine Lösung. Wir sind der Meinung, daß die Ursache dafür die kapitalistische Produktionsweise ist, die von der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und Fischern revolutionär umgewälzt werden muß. Das findet sie richtig. Mittlerweise steht vor dem Geschäft eine ganze Schlange von Käufern, sie muß weiter bedienen, wir verabschieden uns und fahren zurück ins Lager.“ – (KJB Osnabrück)

Staatlich geförderte Ruinierung der Fischer

Fischkutter in Schleswig-Holstein

	1953	1972	1976
Ostsee	485	268	208
Nordsee	417	220	184

(Quelle: Kieler Nachrichten, 28.2.75)

Krabbenfischer in Niedersachsen (95 % der Kutter)

1952	1972	1974
329	171	160

(Quelle: Nolte, Küstenfischerei in Niedersachsen, Göttingen 1976)

Besonders widerlich ist das sogenannte Windhundverfahren: Für den Dorschfang ist für die BRD 1977 eine Fangquote von 18 000 t festgelegt worden. Jeder Fischer kann ohne Einschränkung so viel und so schnell Dorsche fischen, bis die Gesamtfangquote erreicht ist. Danach ist für den Rest des Jahres Fangstopp. Bereits im März dieses Jahres waren 10 000 t Dorsch angelandet. Ist die Quote erreicht, haben die größeren und stärkeren Fangschiffe der Fischfang-Kapitalisten den größten Anteil und fahren anschließend in andere Fanggebiete. 160 große Kutter aus der Nordsee sind in diesem Jahr in der Ostsee mit auf Dorschfang gegangen. Die kleinen küstengebundenen Ostseekutterfischer werden dadurch systematisch niederkonkurriert. Sie müssen nach dem Fangstopp stillgelegt werden, was etwa 1 200 Arbeitsplätze betrifft.

In Niedersachsen gehört ein Drittel der insgesamt 160 Krabbenfischereibetriebe, die 95 % der Kutterbetriebe ausmachen, zur Kategorie der gefährdeten Kutterbetriebe. Sie erzielen Jahresumsätze von höchstens 30 000 DM (ostfriesische und oldenburgische Küste, Cuxhaven), wovon also noch sämtliche Unkosten abgehen. Die meisten dieser Fischer fahren ohne Gehilfen. Bei den übrigen sind die Gehilfen entweder sehr jung oder aber älter, die Altersklasse zwischen 20 und 40 Jahren fehlt fast völlig.

Programmvorschau: Freitag, 9.9.77, 20 Uhr 15, ZDF

„Aktenzeichen XY ungelöst“

1967/1968, als die Bourgeoisie in Reaktion auf die sich entfaltende demokratische Massenbewegung – mit dem weiteren Ausbau ihres Polizeiapparates reagierte, wurden die ersten Sendungen von „XY“ ausgestrahlt. Eduard Zimmermann hat die Ergebnisse seiner Tätigkeit in einem Buch niedergelegt: „Die Polizei leidet in der modernen Massengesellschaft unter einem akuten Mangel an Kommunikationsmöglichkeiten.

(...) Die wachsende Anonymität muß in doppelter Hinsicht – neben manchen anderen Ursachen, wie etwa der Armut und falscher Erziehung, für den Aufstieg des Verbrechens in den hochzivilisierten Ländern verantwortlich gemacht werden: Sie fördert den Zerfall der sozialen Moral, sie senkt die Wirksamkeit der Polizeikräfte. Auch sie bewegen sich in geschlossenen Autos und verschanzen sich in riesigen, aktengespickten Hauptquartieren... Der Bildschirm kann die Anonymität an sich zwar nicht beseitigen, aber er kann in konkreten Fällen eben doch die notwendigen Kontakte zwischen Bürgern und Schutzorganen herstellen, die zum Beispiel für die Verbesserung der Verbrechensbekämpfung notwendig sind.“ (Seite 43)

Die Tatsache, daß die bewaffneten Formationen der Bourgeoisie von den Massen vollständig isoliert sind, sie sich verschanzen müssen und ihre Wirksamkeit gering ist, läßt die Bourgeois nervös werden. Die Sendung „Aktenzeichen XY ungelöst“ ist der ideologische Versuch, Denunziantentum und Spitzeltum zu propagieren.

Die Vorstellung, die Volksmassen für das Geschäft der Unterdrückung direkt einzusetzen, läßt es den Bourgeois warm ums Herz werden. Der Polizeisheriff Zimmermann: „Das Sicherheitsbedürfnis der Bürger ist nur sehr mangelhaft befriedigt. Insbesondere das materielle Eigentum wird als bedroht angesehen.“ (Seite 132)

Man weiß gleich, wer gemeint ist. Wo 99 % der besitzlosen Klassen vollständig von „materiellem Eigentum“ durch die kapitalistische Ausbeuterordnung befreit sind, ist es das Luxusleben der Bourgeois und ihres Anhangs, um das diese verrottete Klasse fürchtet. Und „sicher“ wird's ihnen auch nicht werden trotz fieberhafter Aufrüstung ihres Gewaltapparates – am 1.9. haben sie nach langem Palaver im Kabinett durch die Bundesregierung weitere Millionen für den Ausbau des Bundeskriminalamtes beschlossen. Buback, als die Kugel ihn noch nicht verwischt hatte, hat die Sache mit Zimmermann betrieben. „Auf dem Weg zum Fernseh-Interpol“ heißen die Pläne, die sie verwirklichen wollen.

Alle Polizeistationen in 3 Ländern der BRD, Schweiz und Österreich an einem Abend in Alarmstufe versetzt, das sind Manöverübungen, die anläßlich von „XY ungelöst“ durchgeführt werden. Da soll schon einiges abfallen – gegenwärtig reden sie im Parlament viel von Zentralisierung des Polizeiapparates – Rebmann, Bubacks Nachfolger, führt sich mit dem Vorschlag eines bundesdeutschen FBI ein.

Die Volksmassen sollen sich gegenseitig bespitzeln und denunzieren, alles unter der Fahne des freiheitlichen Rechtsstaates. „Ein gesundes Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Polizei... stärkt den freiheitlichen demokratischen Staat. Die Gefahr, daß die von Kriminalität geplagten Bürger nach jenem unheilvollen starken Mann rufen, der neue Ordnung verspricht...“ (Seite 139) So tölpelhaft wollen sie's unter Dach und Fach bringen. Die Stärkung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, das ist die „Stärkung“ der verschärften Ausbeutung, die „Zustimmung“ zu den Ausbeutern, sie werden sie sich nicht holen über „Aktenzeichen XY ungelöst“. Der Traum der Bourgeois von Arbeitern, die sich gegenseitig vom bewaffneten Aufstand abhalten und es Herrn Zimmermann melden, ist lächerlich. – (Z-Red.)

Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst findet Unterstützung

„Aktion Bürgerfreundlichkeit“ fehlgeschlagen

Westberlin. „Stobbe, dem ein forscher Arbeitsstil nachgesagt wird, will nun auch seine Bediensteten in Pflicht nehmen. Und wenn jene dieser immer, oder wenigstens meistens, nachgekommen sind, brauchen sie auch nicht zu bangen.“ (Tagesspiegel, 13.8.)

Es geht um die „Pflicht“ der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die Volksmassen zu bespitzeln, schikanieren und unterdrücken.

Die Staatstätigkeit ist in den vergangenen Jahren ausgeweitet worden: „Ohnehin hat der Publikumsverkehr in Berlins Behörden stark zugenommen. 1971 hatte nach der Senatsumfrage jeder dritte Berliner persönlichen Kontakt mit den Behörden, 1975 schon jeder zweite. Der Umfang des Schriftverkehrs zwischen Verwaltung und Bürger steigerte sich um 9 %, der Telefonverkehr um 15 %. Von dem Bürgerboom waren die Verwaltungen für Arbeit und Soziales mit einem Plus von 50 % und für Finanzen mit einem Anstieg um 25 % am stärksten betroffen.“ (Berliner Morgenpost, 30.8.) Diese Zahlen drücken die Ausweitung der Steuer- und Gebührenerhebungen und die wachsende Verelendung der Volksmassen aus, gleichzeitig die Steigerung der Arbeitshetze für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Ohne jeglichen Widerstand sollen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Tätigkeiten für das Finanzkapital vollziehen. Dazu ist in den Behörden und Ämtern selbst Unterdrückung und Kontrolle notwendig, denn die Angestellten und unteren Beamten dort haben selbst kein Interesse an dieser Unterdrückertätigkeit, sind sie doch als Lohnabhängige Teile des Volkes.

Um die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst in „Pflicht“ zu nehmen, wollte der Westberliner Senat 1972 die gleitende Arbeitszeit in Verbindung mit Stechuhren einführen. Von der gleitenden Arbeitszeit hat er sich die „Kosteneinsparung durch den Rückgang der Überstunden aufgrund einer besseren Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall“, „eine Personalkapazität unterhalb des Durchschnitts“ und eine „Kostenersparnis durch die Abnahme von Fehlzeiten“ (Schüt, „Gleitende Arbeitszeit“) versprochen. Mit großem Gerede von „Eigenverantwortlichkeit“ und zunehmender „Bewegungsfreiheit“ ist es dem Senat gelungen, in einigen Bereichen eine Mehrheit bei den Abstimmungen über die Einführung der Gleitzeit zu finden. Wer zum Beispiel Kinder zu versorgen hat, ist sowieso auf die Öffnungszeiten der Kindergärten und -horte angewiesen und muß seinen Arbeitsanfang später legen.

Der Plan, mit der Gleitzeit gleichzeitig Stechuhren einzuführen, ist jedoch am Kampf der Beschäftigten gescheitert. Im Klinikum Steglitz mußte 1973 im Bereich Haus- und Grundstückverwaltung die bereits eingeführte Stechuhr wieder abgeschafft werden. Ende 1975 startete die Geschäftsleitung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte den Versuch, die Einhaltung der Kernarbeitszeit durch Aufpasser an den Eingängen überwachen zu lassen. Diesen Figuren war auch nur ein kurzes Gastspiel vergönnt.

Jetzt geht der Westberliner Senat mit einer großen Pressekampagne daran, die Stechuhren im öffentlichen Dienst endlich durchzusetzen, um durch die lückenlose Kontrolle der Beschäftigten die verschärfte Arbeitshetze durchzusetzen und damit auch den Staatsapparat auszurichten.

Dazu müssen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst ideologisch unter Druck gesetzt werden und von der Arbeiterklasse und den übrigen Teilen des Volkes abgespalten werden. Der Innensenator Ulrich schreibt an die Gewerschaft ÖTV, daß es nur darum ginge, „Offenheit und Ehrlichkeit des öffentlichen Dienstes gegenüber dem Bürger zu beweisen.“ Der Direktor der Abgeordnetenhausverwaltung Winfried Fest: „Angesichts der Sicherheiten, die der öffentliche Dienst bietet, und angesichts hoher Arbeitslosenzahlen muß im Prinzip jedermann bereit sein, sich kontrollieren zu lassen.“ (Tagesspiegel, 24.8.) Und die „Berliner Morgenpost“ bringt am 30.8 einen Artikel mit der Schlagzeile: „50 % der Berliner schimpfen über die Behörden“ mit dem Untertitel: „Innensenator startet Aktion Bürgerfreundlichkeit“. Was heißt das anderes, als daß der bürgerliche Staat im Volk verhaßt ist. Gedreht wird das jetzt gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und als Lösung die Einführung der Stechuhren sowie die Einrichtung einer speziellen Behörde „Förderung der Bürgerfreundlichkeit in der Verwaltung“, die Durchführung von speziellen Schulungen von Beamten und Angestellten und ein Senatswettbewerb über die beste Verwaltung angegeben.

Gegen diese Absichten gibt es Kampf. Er ist gerecht, dient er doch der Zersetzung des Staatsapparates, und schafft er Raum für politische Enthüllungen über die Staatstätigkeiten, was im Interesse der Arbeiterklasse und der Volksmasssen ist.

Daß dieser Kampf von den Volksmassen unterstützt wird, mußte die „Berliner Abendschau“ unfreiwillig enthüllen: Bei einer Direktübertragung von der Funkaustellung am 30.8. ließ der Senat die dort Versammelten Zustimmung oder Ablehnung über die Einführung der Stechuhren im öffentlichen Dienst über die Länge des Klatschens ausdrücken. Für die Einführung gab es 13 Sekunden lang Beifall. Gegen die Einführung mußte der Moderator den Beifall nach 20 Sekunden abblocken und zu einem anderen Thema übergehen. – (Zelle BfA, Westberlin/N-Red.)

Ersatzlose Streichung des § 218

Antrag 303 des Landesbezirks Baden-Württemberg an den 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier

„Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich für die ersatzlose Streichung des § 218 einzusetzen.

Begründung: Die Fristenlösung ist keine Verbesserung. Immer fügt sie dem Zwang der Abtreibung die Bestrafung hinzu. Aufgabe der Gewerkschaften kann es nicht sein, die Bestrafung zu fordern – sei es auch eine Abtreibung nach drei Monaten –, sondern sie müssen sich ausschließlich gegen die Verhältnisse wenden, die zur Abtreibung zwingen.

„Wenn die Gewerkschaften das machen, dann kann es gehen.“

Celle. Bei der Firma Gehe, pharmazeutischer Großhandel, arbeiten 13 Kraftfahrer bei einem Stundenlohn von 8,31 DM brutto. Von bisher sechs erreichten Fahrern haben vier den Brief der Komitees gegen den § 218 an den IG Metall-Gewerkschaftstag unterschrieben. Ein Arbeiter hat vertreten, daß heute jeder Kinder großziehen kann, wer will. „Du spinnst wohl, kannst Du mir erzählen, wie man das bei 8,31 die Stunde machen soll, da weiß man ja so schon gar nicht mehr, wie man hinkommen soll!“ so ein anderer Arbeiter. „Na, einschränken mußt Du Dich schon, wenn Du nicht aufgepaßt hast.“ Ein dritter Arbeiter dazu: „Nee, das ist es nicht. Der § 218 muß weg. Vor kurzem mußten Bekannte von mir erst nach Holland fahren. Das mit dem Aufpassen ist doch Blödsinn!“

Wie es durchgesetzt werden kann, daß der § 218 fällt, da waren wir uns schnell einig. „Wenn die Gewerkschaften das machen, dann kann es gehen.“ Deshalb ist es richtig, daß diesen Brief viele Gewerkschafter unterschreiben. „Gib mir mal eine Liste mit, ich sammle noch bei mir im Verwandten- und Bekanntenkreis weiter“, meinte der eine Arbeiter dann.

Bremen. Am 27.8. veranstaltete der Bremer Frauenausschuß in und vor dem Regierungspavillon „Lebendiger Staat“ am Ansgarikirchhof einen „Tag der Frau“. Frauen aus dem Kreisfrauenausschuß, dem Hausfrauenbund, dem Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen und solche wie die Rechtsanwältin Stieringer waren aufgefahren worden, um „Fragen zu beantworten“.

Damit diese unter sich bleiben und die bürgerliche Ideologie von den duldsamen und bittenden Frauen verbreiten konnten, war der Initiative gegen den § 218 die Genehmigung für einen Stand telefonisch entzogen worden. Der Stand war aber dennoch da. Von ihm aus wurde eine Wandzeitung mit Beschlüssen der IG Druck und Papier am Pavillon befestigt. Mitglieder der Initiative konfrontierten die Damen mit ihren Erfahrungen, wie einem der Staat hilft, wenn man mit einem Kind allein dasteht. „Geben Sie uns Ihre Adresse“, war alles, was sie zu sagen hatten.

Als die Polizei sich das erste Mal am Stand blicken ließ, zog die Hälfte der Zuhörer forthin, um auszudrücken, daß sie nichts gegen den Stand hatten. Kein Wunder: Viele hatten Broschüren oder Zeitungen mitgenommen, 14 den offenen Brief an der Gewerkschaftstag der IG Metall unterzeichnet.

Beim zweiten Einsatz konnte die Polizei zwar den Tisch und ein Stellschild erbeuten. Die Agitation der Gegner des § 218 ging aber um so heftiger weiter mit dem Ergebnis, daß die Diskussion am Regierungsstand durch den Aufruf beendet wurde: „Der § 218 muß weg, nur das Volk kann darüber entscheiden – unterschreibt den offenen Brief an die IG Metall.“

Dafür gab es Beifall und die offiziellen Frauen mußten eine Stunde früher einpacken als geplant.

Rekordumschlag durch gesteigerte Ausbeutung der Hafenarbeiter

Senator Brinkmann: „Bremen liegt gut im Rennen“

„Bremen liegt gut im Rennen“, freut sich der Geschäftsführer der Bremer-Hafen-Kapitalisten, Senator Brinkmann. „Das Jahr 1977 hat den bremischen Häfen bisher zufriedenstellende Ergebnisse beschert. (...) 11,4 Millionen Tonnen im ersten Halbjahr 1977, von denen 7,4 Millionen Tonnen Stückgüter waren, und Zuwachsraten von 8,3 % im Gesamtumschlag, um 17,3 % im Stückgutverkehr...“ (Weserkurier, 19.8.) Beim Containerverkehr eine Steigerung um 34 %. Der Jubel ist groß, weil die „Konkurrenten an Schelde, Maas und Elbe ein solches Wachstum nicht verzeichnet hätten.“ Ursache dieses Rekordumschlags ist die gesteigerte Ausbeutung der Hafenarbeiter. Entsprechend mörderisch sind die Arbeitsbedingungen. Besonders deutlich wird das an der Entwicklung des Pensums (die im Hafen übliche Akkordarbeit). Bisher arbeiteten sechs Mann im Gang (Arbeitsgruppe), die 2 200 Sack Kaffee löschen mußten. Jeder Sack hat ein Gewicht von 70 kg. Gegenwärtig versuchen die Kapitalisten durchzusetzen, daß nur noch mit vier Mann im Gang dasselbe Pensum gearbeitet wird. Schaffen sie es, haben sie die Arbeitsintensität um 33 % gesteigert. Um die Gangbesetzung im Kaffee gibt es gegenwärtig einen heftigen Kampf zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten.



Immer wieder verweigern Arbeiter die Aufnahme der Arbeit, bis ihr Gang aus sechs Mann besteht.

In den Fässern ist es vor kurzem den Kapitalisten gelungen, das Pensum von 850 auf 1 000 Fässer hochzutreiben. Die Fässer wiegen zwischen 190 und 250 kg. Am Ende der Schicht ist man schweißgebadet. Eine gängige Redeweise im Hafen ist, daß ein Hafenarbeiter nie friert und keine Sauna braucht.

Ein Arbeiter, der vor kurzem eine Pensum-Schicht im Torf (2 000 Ballen mit vier Mann) machte, hat sich vor Beginn der Schicht den Puls gemessen. 82 Schläge pro Minute hat er gezählt. Kurz vor „Anbiet“ (Pause) waren es 138 Schläge. Und Osswald Brinkmann, von der Bourgeoisie ausgehaltener Profitbüttel Marke Hafensenator, erdreistet sich zu behaupten, daß die Tätigkeit des Hafenarbeiters trotz höherer Umschlagsleistung körperlich nicht mehr so schwer wie früher sei. „Es ist also keineswegs mehr so, daß besonders derjenige für die Arbeit im Hafen prädestiniert ist, den die Natur mit breiten Schultern und hartem Bizeps ausgestattet hat.“ (WK 19.8.77) Arbeiter wollten ihn einladen zu einer Kaffee-, Torf- oder Faßschicht. Man war sich einig, daß er es nicht überlebt, was allerdings keiner bedauerte. Der mörderischen Arbeitshetze entspricht auch die Zahl der Unfälle. Unfallhäufigkeit nach Betrieben: Keinen Unfall hatten bei der Bremer-Lagerhaus-Gesellschaft (BLG, arbeiten nur an Land) 19 %, Gesamthafenbetrieb (GHB, arbeiten am Land und auf dem Schiff) 12 %, Stauereienarbeiter (nur auf dem Schiff) 7 %. Mindestens einen leichten Unfall: BLG 69 %, GHB 68 % und Stauereien 71 %. Mehrere Unfälle, darunter mindestens ein schwerer pro Arbeiter: BLG 12 %, GHB 19 %, Stauereien 22 %.

In diesen Zahlen drückt sich die systematische Verstümmelung der Arbeiter aus, die von den Kapitalisten auf der Jagd nach Höchstprofiten betrieben wird. Es ist nur die ganz offensichtliche Form der Zerstörung der Gesundheit der Hafenarbeiter. Die Arbeit in der Halle oder in der engen Luke, in die ständig von den eingesetzten Gabelstaplern Abgase gepumpt werden, bis man schließlich nach zwei bis drei Stunden wahnsinnige Kopfschmerzen hat, das Einatmen von Zement-, Torf-, Mehl- und Asbeststaub, dies ist die andere Form der Zerstörung der Gesundheit. Häufig kommt es vor, daß hochgiftige Güter verladen werden. Um sich vor den notwendigen Maßnahmen zu drücken, wie z.B. der Stellung von Schutzkleidung, Masken, die Berücksichtigung der Sicherheitsvorschriften und die Zahlung von Schmutzgeld, versuchen die Kapitalisten die Arbeiter über die Gefährlichkeit der Güter im Unklaren zu lassen.

In der letzten Woche wurden z.B. Fässer verladen. Am Ende der Schicht meinte der Vorarbeiter, wir sollten unsere Hände ordentlich waschen. Erst dort erfuhren wir, daß in den Fässern hochgiftiges Pflanzenschutzmittel war. Durch die vermehrte Schweißauspressung der Arbeiter hat die BLG für das Jahr 1976 eine Dividende von 10 % ausgeschüttet. Die Anteilseigner der BLG, die zu über 50 % dem Bremer Senat gehört, bekommen auf zwei alte Aktien mit dem Nennwert von je 100 DM eine neue Aktie mit dem Nennwert von 100 DM geschenkt, zur Aufstockung des Grundkapitals. „Zufriedene Minen der Aktionäre“, schreibt der „Weser-Kurier“ vom 1.9.77.

Die Hafenarbeiter kommen ohne Doppelschichten mit ihrem Lohn nicht hin. 7 500 DM hat einer der jungen Hafenarbeiter, der jetzt heiraten will und mit seiner Frau gleich ein Kind bekommt. Wie er das alles schaffen soll?

Mehr Lohn muß man sich holen, 220 DM werden im Hafen diskutiert. Die zufriedenen Mienen sollen den Kapitalisten schon vergehen. Die kommenden Betriebsversammlungen werden von uns zum Zusammenschluß genutzt. – (Zelle Hafen, Bezirk Bremen-Unterweser)

Schinderei für die Banken

Interview mit einem Winzer am Kaiserstuhl

Du bist Winzer am Kaiserstuhl. Wie sieht Dein Arbeitstag aus, wie sind die Arbeitsbedingungen?

Der Arbeitstag geht bei uns von morgens 6 Uhr bis es dunkel wird. Im Sommer müssen wir schon um 5 Uhr raus. In den Reben gibt es immer Arbeit; Sommer wie Winter. Spritzen wir einen Tag zu spät, haben wir den Pilz an den Reben. Traktorputzen oder im Haus was reparieren passiert abends. Die Kirschen, die wir noch haben, wurden letztes Jahr am Sonntag gepflückt. Also Sonntag oder freier Samstag gibt es bei uns in der Sommerszeit nicht. Urlaub haben wir noch nie gemacht. Damit wir überhaupt fertig werden, müssen die Kinder nach der Schule und nach den Ferien voll mitarbeiten. Das ist für sie hart, sie werden in der Schule schon genug beansprucht. Die Frau muß nebenher auch noch den Haushalt machen. Wenn meiner Frau mal schlecht ist, kann sie sich zwar mittags mal hinlegen, muß aber am nächsten Tag alles nachschaffen.

Viele Frauen haben die Gicht in den Fingern, weil bei Regenwetter und im Winter alles feucht und naß ist. Im Dorf ist eine Winzerin, die abends kaum die Finger mehr bewegen kann. Die sind wie eingeschlafen. Am schlimmsten sind die Spritzmittel, die machen den Körper langsam kaputt. Am Anfang merkt man nicht viel; erst wenn man älter wird. Früher wurde mit Arsen gespritzt, und mit E 605. In der Hetzerei bekommt man immer was ab. Vor ein paar Jahren war ich in Freiburg zur Untersuchung. Wegen der Leber. Der Arzt hat gesagt, da können Sie machen, was Sie wollen, solange Sie das Zeug spritzen, werden Sie nicht gesund. Ich produziere zwar die Trauben für den Wein, aber trinken darf ich den Wein nicht. Das würde meiner Leber den Rest geben. Ischias und Rheuma, das sind die Krankheiten, die fast jeder Winzer hat. Das geht auch nicht weg, weil wir ja dauernd wieder raus müssen. Wenn man jung ist, geht das, aber in unsrem Alter ist das noch mehr Schinderei. Neulich haben wir auf dem Kartoffelacker den Pflug selber gezogen, weil wir kein Vieh und keine Maschine haben.

Die Banken haben die Genossenschaften in der Hand. Filbinger sagt: „Die Genossenschaften fördern unsre freiheitliche und soziale Marktwirtschaft". Wie sieht das aus?

In der Genossenschaft müssen wir drin sein, weil wir ja sonst unsre Trauben nicht los kriegen. Wer in der Genossenschaft ist und nebenher verkauft, fliegt raus. Ein Winzer aus dem Dorf hat mal in den Reben von einem auswärtigen Winzer geschafft, der nicht in der Genossenschaft war und privat verkauft hat. Deshalb ist der Winzer aus unsrem Dorf aus der Genossenschaft rausgeflogen. Jeder Winzer ist mit Geschäftsanteilen an der Genossenschaft beteiligt. Den bekommt er aber nur zurück, wenn er den Hof abgibt. Jeden Herbst müssen wir bei der Raiffeisenbank unsre Bestellung für das abgeben, was wir an Spritzmitteln, usw. brauchen. Die Preise sind salzig gestiegen, und weiß schon, was er genau im nächsten Jahr braucht. Weil wir gezwungen sind, laufend die Qualität zu verbessern, damit wir einen anständigen Preis bekommen, brauchen wir natürlich laufend Material, um neue Reben anzulegen. Das Geld dafür müssen wir leihen bei der Bank. Auf dem Kontoauszug kann man dann sehen, wie sie die Zinsen abziehen.

Die großen Weinbauern können bessere Qualität machen. Die arbeiten wissenschaftlich. Sie lassen z. B. Bodenproben machen. Damit kann man feststellen, was der Pflanze an Nährstoffen fehlt. Das setzen die dann chemisch dazu. Das können wir uns gar nicht leisten. Zinslose Darlehen bekommen auch nur gewisse Leute.

Für die Massen wird guter Wein immer teurer. Die bürgerliche Presse behauptet, der Wein sei deshalb so teuer, weil die Weinbauern zuviel verlangen. Ein ordentlicher Riesling kostet z. B. in Freiburg im Supermarkt 6 DM im Durchschnitt. Was bekommt Ihr für die Trauben?

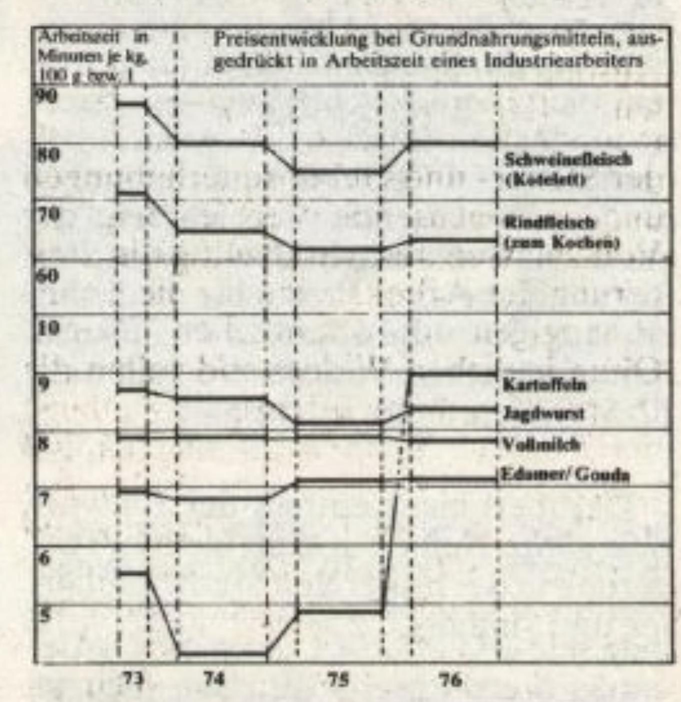
Die Weinpreise macht der Handel, nicht der Winzer. Wir bekommen das Geld nach dem Öchslegrad (Grad des Zuckergehalts der Trauben; ist Maßstab für Qualität -Red.) und nach dem Gewicht. Danach richtet sich der Erzeugerpreis. Der Öchslegrad ist abhängig von der Lage des Geländes und von der Pflege. Bei den Rebumlegungen bekommen die Winzer bessere oder schlechtere Plätze. Die Kleinen meistens die schlechten. Die Rebumlegungen sind ein Druckmittel des Staates. Viele können das Geld dafür nicht bezahlen und müssen verkaufen. Für 3 1/2 Pfund Riesling, das entspricht einem Liter, bekommen wir im Durchschnitt 70 Pfennig. Werden die Mindestöchslegrade nicht erreicht, werden die Trauben zu Tafelwein verarbeitet, wodurch der Winzer ca. 50 % Verlust hat.

Für Beerenauslese (besonders teure Weinsorte - Red.) haben wir zu zweit 2 Tage gearbeitet, um einen Eimer voll zu bekommen. Getrunken haben wir den Wein noch nie. Den können sich nur die Reichen leisten, wir nicht. – (Zelle Kaiserstuhl, Südbaden)

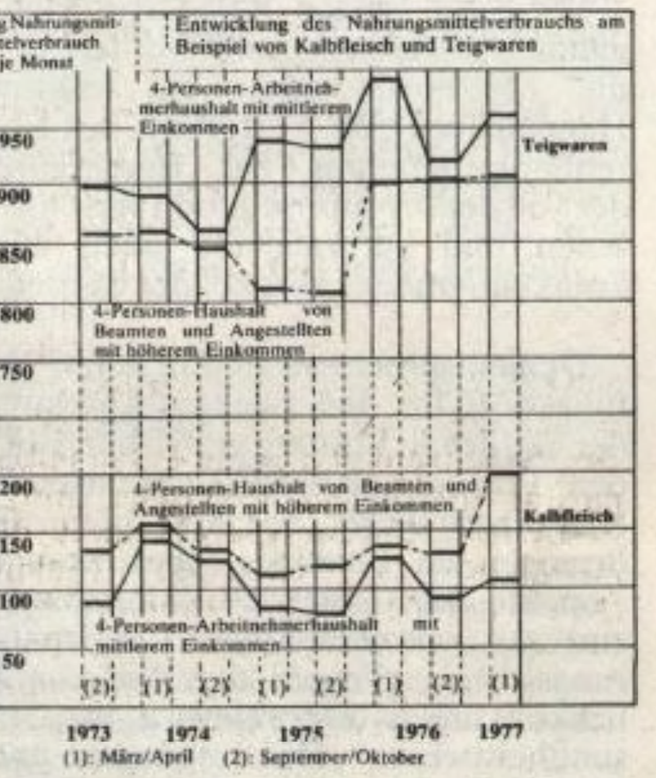
Weinernte im Großbetrieb. Ausbeutung der Landarbeiter und Maschineneinsatz sichern den Großgrundbesitzern ihre Profite

Preisentwicklung und Nahrungsmittelverbrauch

Wird der Lohn gedrückt, so sinkt die dem Arbeiter zur Verfügung stehende Masse oder/und Qualität an Lebensmitteln. Werden die Waren verteuert, so wird der Arbeiter hintenherum betrogen. Beide Methoden der Kürzung der Reproduktionsmittel des Arbeiters sind in dem oberen Bild dargestellt. Für verschiedene Nahrungsmittel ist berechnet, wieviel Minuten des Arbeitstages einer Menge von 100 g bzw. 1 kg entsprechen. Durchweg bei allen Nahrungsmitteln ist 1975 ein Knick zu sehen. Tatsächlich bedeutet dies, daß der Arbeiter für die Bezahlung eines 8-stündigen Arbeitstages weniger von ihnen bekommt.



Das untere Schaubild zeigt den Verbrauch von Teigwaren und Kalbfleisch von zwei verschiedenen Haushaltstypen der amtlichen Statistik. Deutlich ist der Unterschied zwischen dem Haushalt mit mittlerem Einkommen zu dem mit höherem Einkommen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dieses mittlere Einkommen bedeutend über den unteren Lohngruppen liegt und der Haushalt mit höherem Einkommen kein reiner Bourgeoishaushalt ist. In Wirklichkeit sind also die Gegensätze noch viel schroffer. Jedoch zeigt auch schon diese Abbildung erstens, daß der Haushalt mit mittlerem Einkommen mehr Teigwaren verbraucht, wogegen es beim Kalbfleisch umgekehrt ist. Zweitens sieht man, daß Anfang 1975 gleichzeitig der Fleischverbrauch sinkt, dafür werden mehr Nudeln verspeist. Drittens sieht man eine scharfe Auseinanderentwicklung der beiden Haushaltstypen in der Krise – und namentlich zu Beginn 1977. – (Z-Red)



„Was bedeutet eine Handvoll Jäger und Fischer, wenn die Interessen einer Großmacht auf dem Spiel stehen?"

So höhnte kürzlich ein hoher Beamter des US-Imperialismus im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Bau einer Gaspipeline von Alaska durch Kanada in die USA.

Nach jahrhundertelanger „Befriedung" leben heute nur noch einige hunderttausend Indianer in Kanada, dazu einige zehntausend Eskimos; sie leben weitgehend in Reservaten, wo sie sich hauptsächlich von der Jagd und dem Fischfang ernähren. Noch. Die kanadische Bourgeoisie und die US-Imperialisten sind gemeinsam dabei, zu vollenden, was ihre Vorgänger seit 400 Jahren betrieben: die Vernichtung der Lebensgrundlagen der kanadischen Ureinwohner.

Da ist z.B. der US-Plan der Gas-Pipeline, die u.a. durch das Yukon-Gebiet und das Mackenzie-Valley führen soll. Die Indianer und Eskimos dieser Gebiete – rund 26 000 im Nordwesten und rund 12 000 im Mackenzie-Valley – bekämpfen den Bau, von dem sie wissen, daß er ihre Existenz zerstören, ihre Kultur vernichten und sie aus dem Land treiben wird. Sie fordern ihre Unabhängigkeit: „*Wir wollen keine Pipeline in den nächsten zwanzig Jahren und auch später nicht, bis wir die Kontrolle über unser Land erhalten und unsere eigene Regierung haben.*"

Da gibt es weiter das Projekt, den Churchill-River in den Nelson River umzuleiten, um die Wasserkraft für ein riesiges Wasserkraftwerk zu gewinnen. Große Landstriche sollen überflutet und die Indianer des Manitoba-Gebietes aus ihrem Reservat vertrieben werden. Auch hier haben die US-Imperialisten ihre Hand direkt im Spiel: sie beziehen wachsende Energieimporte aus Kanada; 1976 waren es 3 226 Mio kw/h, gegenüber 256 Mio kw/h im Jahr 1967. Der Rat der Ureinwohner Kanadas (NCC) hat die kanadische Regierung inzwischen gewarnt: die Indianer würden ein solches Verbrechen auf keinen Fall hinnehmen. Sie erinnern sich nur zu gut des sogenannten James Bay-Abkommens vom November 1975, durch das rund 10 000 Angehörige des Cree- und des Inuit-Volkes im nördlichen Quebec gezwungen wurden, 262 Mio Morgen Land samt Mineral- und Schürfrechten für ein Spottgeld von 86 cents pro Morgen abzugeben – 14 cents sogar noch weniger als nach dem Abkommen zwischen den britischen Kolonialisten und den Ureinwohnern in Manitoba aus dem Jahr 1880. Weiteren 10-15 000 Indianern aus Nordquebec wurden im Zusammenhang mit dem Bay-Abkommen ihre Landrechte sogar ohne jede „Entschädigung" entrissen.

Die Verbrechen der kanadischen und US-amerikanischen Finanzbourgeoisien an den Ureinwohnern Kanadas beschränken sich keineswegs auf Landraub: Der Nahrungsmittelkonzern Red Paper z.B. verseuchte den English-Wabingoone-River in Ontario dermaßen mit Quecksilber, daß alle Fische ausgerottet wurden und den indianischen Fischern ihre Existenzgrundlage geraubt wurde. Gegenwärtig beabsichtigt die kanadische Regierung, dem Konzern 18 000 Quadratmeilen Waldland, auf dem tausende Indianer leben, zu „schenken".

Auch der Ontario-See ist inzwischen durch den Fluorausstoß des US-Bundesstaates New York so vergiftet, daß die Fischerei eingeschränkt und teilweise ganz verboten wurde. Die 30 000 Angehörigen des Cree- und des Ojibway-Volkes im nördlichen Ontario-Gebiet fordern, wie ihre Stammesbrüder im Nordwesten Kanadas, ihre Unabhängigkeit. In einer Unabhängigkeitserklärung an die kanadische Regierung erklären sie: „*Ihr habt uns den größten Teil unseres Landes geraubt, unseren Glauben und unsere religiösen Bräuche verboten, einen großen Teil unserer Tiere vernichtet und unserer Wälder zerstört, ihr habt unsere Entwicklung behindert, den Gebrauch unserer eigenen Sprache verboten und uns einzureden versucht, daß unsere Musik, unsere Tänze, unsere Kunst barbarisch sind.*"



Seit einigen Jahren nimmt der Kampf der kanadischen Ureinwohner erneut einen großen Aufschwung; wiederholt haben Indianerstämme zur Verteidigung ihres Landes und ihrer Rechte zur Waffe gegriffen. Die kanadische Regierung reagiert mit der Verschärfung der rücksichtslosen Unterdrückung. Die kanadischen Gefängnisse sind mit Indianern und Eskimos überfüllt: Eine Kommission veröffentlichte im Juni, daß rund 24 Prozent der Jugend der kanadischen Ureinwohner unter 25 Jahren im Gefängnis sitzen, und 18,3 Prozent der Erwachsenen. – (Z-Red)

Wer will behaupten, Ehrenberg sei kein Schreibtischmörder, Versicherungsschwindler, Dieb, Hehler, Zwangsarbeitsminister, Erpresser und Lohndrücker, Endlöser und Sterbehelfer des Finanzkapitals?

Seit Freitag vorletzter Woche läßt Herbert Ehrenberg „die Rechtsabteilung seines Hauses über die Frage nachsinnen, ob Kommunisten ihn ungestraft als ‚Schreibtischmörder' beschimpfen dürfen", berichtet „Die Welt" in ihrer Hamburger Ausgabe am 27. August.

„*Er sei zwar, wie ein Sprecher seines Ministeriums auf Anfrage erklärte, ‚erbost über die infame Art und Weise', in der über ihn hergezogen wird, doch fürchte er andererseits, die Beleidiger durch einen Prozeß ‚aufzuwerten'. (. . .) Das Plakat zeigt einen im Krankenbett liegenden, schwer kranken Mann, der – laut Text – an Überarbeitung leidet, und den Minister – als ‚Schreibtischmörder Ehrenberg' ausdrücklich gekennzeichnet –, der versucht, die Medikamente von der Tischplatte wegzunehmen.*" (*Die Welt*)

Herbert Ehrenberg, der sich jetzt „erbost" zeigt und damit die Getroffenheit bestätigt, ist in direktem Zusammenhang mit einem großangelegten politischen *Betrug* auf den Ministersessel gehoben worden. Seitens der herrschenden Klasse bestand die Absicht, die Regierung erklären zu lassen, daß die vor den Wahlen zugesicherten Rentenerhöhungen für den Juli 1977 abgesetzt werden sollten. Dieses Betrugsmanöver konnte die Regierung gegen den Widerstand der Arbeiterklasse nicht halten, Ehrenberg als Mann mit „Erfahrung in der Wirtschaft" wurde auf den Sessel gehoben.

Als ehemaliger Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung beim Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden mit allen Wassern der Klassenversöhnungspredigt gewaschen, hat Ehrenberg in den knapp 9 Monaten Amtszeit im Solde des Finanzkapitals *Versicherungsschwindel* und *Diebstahl* an Arbeiterlöhnen begangen, wie kaum ein Minister in langer Amtszeit zuvor.

Gewöhnlicher Versicherungsschwindel und Erschleichung von Lohngeldern zum Beispiel ist die Aufhebung der Krankenversicherung für diejenigen Rentenbezieher, die erst nachträglich in die Rentenversicherung eingezahlt hatten aufgrund des Rentenreformgesetzes von 1972.

In Ausübung der staatlichen Kontrolle über die Sozialversicherungen der Lohnabhängigen und ihre Gelder hat Ehrenberg einen Betrugsplan in Szene gesetzt, nach dem die Arbeiter, die die Sozialversicherungsbeiträge aufgebracht haben, um einen gewissen Schutz vor den Folgen der Ausbeutung durch die Kapitalisten zu erreichen, zum zweiten Mal bezahlen sollen, wenn sie in Rente gehen: so durch Rentenkürzung, Streichung der Versicherungsdeckung zum Beispiel für den vollständigen Zahnersatz oder die kieferorthopädische Behandlung, Einschränkung der Familienversicherung für die Frau oder die Kinder bei mehr als 370 DM Einkommen oder durch Einführung der Rezeptgebühr von 1 DM pro verordnetem Medikament.

Als *Hehler* wirkt Ehrenberg mit diesen gesetzlich gefaßten Plünderungsmaßnahmen im großen Stil, wenn er scheinheilig von „Sanierung" der Sozialversicherungen redet: es geht um Deckung der Milliardenbeträge, die sich das Finanzkapital aus den Versicherungskassen über den Staatsapparat als billigen Kredit oder gleich als Subvention der Profitmacherei angeeignet hat. Und es geht darum, die Möglichkeiten für diese Bereicherung des Finanzkapitals an den Versicherungsgeldern zu erweitern.

Als *Zwangsarbeitsminister* des Finanzkapitals hat sich Ehrenberg mit einer der ersten Gesetzesvorlagen dieser Regierung eingeführt: dem Änderungsgesetz zum Wehrpflicht- und Zivildienstgesetz.

Mit diesem Gesetz und dem vm seinem Ministerium geführten Amt für Zivildienst ist Ehrenberg Wegbereiter und erster Verwalter von direkter Zwangsverpflichtung der lohnabhängigen Arbeitskraft, die sich von der rechtlosen Lage der Lohnabhängigen im Soldatenröck nur dadurch unterscheidet, daß ihre Zusammenfassung zur disponiblen Arbeitskräftereserve in Kasernen erst noch durchgesetzt werden soll.

Mit einem flammenden Appell zur Verbesserung der „Arbeitsverwaltung" betätigt sich Ehrenberg als gemeinschaftlicher *Erpresser* und *Lohndrücker* für die Kapitalistenklasse gegenüber der Arbeiterklasse: In Ausübung der Kontrolle der Kapitalistenklasse über die Arbeitslosenversicherung der Arbeiter veranlaßt Ehrenberg den Kapitalisten Erstattung von Lohngeldern aus der Versicherungskasse für „Arbeitsbeschaffung"; versucht die arbeitslosen Lohnabhängigen über die „Zumutbarkeitserklärung" von Niedrigstlöhnen in Werkzeuge der Spaltung und Lohnsenkung zu verwandeln und betreibt den systematischen Ausbau dieser Erpressung durch die Vorlage des „Arbeitsvermittlungsförderungs- underleichterungsgesetzes".

Seinen Namen hat sich Dr. rer. pol. Herbert Ehrenberg nach steiler und kurzer Beamtenkarriere von weniger als 10 Jahren gemacht als *Endlöser* der Rentnerfrage und *Sterbehelfer*. Obwohl sein bisheriges Hauptwerk „Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz" noch lange nicht in allen Paragraphen in Wirkung ist, ist die Abgefeimtheit dieser Schurkerei bereits Erfahrung von Hunderttausenden lohnabhängiger Beschäftigter in den Krankenhäusern. Auf sie wächst der Druck, notwendige Maßnahmen zur Erhaltung der Lebenskraft der Rentner systematisch zu unterlassen. Jeder Rentner, der auf diese Weise früher ins Grab gebracht wird, bedeutet „Entlastung" der Versicherungsvermögen von „Kosten" und damit Erleichterung der Plünderung dieser Vermögen durch das Finanzkapital. Das ist die Devise, die Ehrenberg den Lohnabhängigen an den Kliniken aufzuzwingen versucht.

Das entscheidende Hindernis für die Bourgeoisie in Verfolgung dieser verbrecherischen Pläne gegen die Lohnabhängigen besteht im Zusammenschluß der Arbeiter in der Industrie mit den Beschäftigten in den öffentlichen Diensten, die diese Pläne ausführen sollen, und in der Verbindung und gegenseitigen Unterstützung in ihren Kämpfen. Ehrenberg als Mann mit Erfahrung in Sachen Klassenversöhnung weiß, daß diese Verbindung sich nicht erschöpft in der gegenseitigen Unterstützung des Lohnkampfes, sondern daß von seiten der Arbeiter in der Industrie noch jede Anklage und jedes Vorgehen der Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten gegen die reaktionären Absichten der öffentlichen Dienstherren mit Interesse und Unterstützung aufgenommen worden ist.

Verständlich, daß Ehrenberg jetzt „erbost" ist und Furcht davor hat, diesen Zusammenschluß der Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten mit den Arbeitern in der Industrie in der Vorbereitung des Lohnkampfes und gegen die Durchsetzung der Politik des Finanzkapitals, die er als Schreibtischmörder federführend betreibt, durch einen Prozeß „aufzuwerten". – (Z-Red.)

Literaturliste mit 60 Titeln abgeschafft

Braunschweig. Die Examenskandidaten im Fachbereich Geschichte der PH haben für die Semesterferien regelmäßige Treffen vereinbart, um sich gemeinsam auf die Prüfungen vorzubereiten und der Vereinzelung in den Prüfungen entgegenzuwirken. Das hat sich bewährt. Als der Dozent Harstick für zwei Klausurthemen eine Zahl von 60 Buchtiteln verlangt hat, haben die Examenskandidaten ihn in einem gemeinsamen Brief aufgefordert, das zurückzunehmen. Auf ihrem Treffen einigten sie sich auf drei Buchtitel, die Grundlage für die Prüfung sein sollen. Von dem Zusammenschluß der Examenskandidaten überrascht, ging Harstick sofort auf diese Forderungen ein. Für die Klausur werden nur die drei festgelegten Buchtitel verlangt.

Suspendierung von Götz Rohwer: Der Rektor mußte den Rückzug antreten

Osnabrück. Die Universitätsleitung kommt mit der noch für die Semesterferien geplanten Suspendierung des kommunistischen Dozenten Götz Rohwer, wie es von Wissenschaftsminister Pestel angeordnet wurde, nicht voran. Am Montag, dem 22.8. wurde der Rektor erneut von Studenten und Beschäftigten der Universität besucht und aufgefordert, die Suspendierung nicht auszusprechen. Der Rektor versuchte noch einmal, den Eindruck zu erwecken, er habe doch versucht, sich für Götz Rohwer einzusetzen. Aber anhand von Dokumenten wurde ihm nachgewiesen, daß er aktiv zur geplanten Suspendierung beigetragen hat. Der anwesende Kanzler der Universität versuchte den Universitäts-Beschäftigten mit dem Beamtenrecht zu drohen und deutete Disziplinarverfahren gegen weitere Beschäftigte an. Es gelang ihm nicht, die einheitliche Front gegen politische Disziplinierung mittels Beamtengesetz und Disziplinarordnung zu spalten. Am Schluß mußte die Universitätsleitung den Rückzug antreten und sich bereit erklären, den Suspendierungserlaß des Ministers zu „remonstrieren", d.h. Einspruch einzulegen. Das ist geschehen. Der Rat des Fachbereichs I, wo Rohwer tätig ist, hat das mit einer einstimmig gefaßten Resolution unterstützt. In den Semesterferien wird dem Ministerium die bereits für den 15. August geplante Entlassung nun nicht gelingen. Wenn im Herbst das Semester beginnt, werden die Bedingungen dafür, Götz Rohwer aus der Universität zu entfernen, noch schlechter werden.

Keiner darf durchfallen!

Hannover. 14 Examenskandidaten im Fach Germanistik an der TU Hannover haben am 30.9. einen offenen Brief an alle Prüfer und Examenskandidaten in der Germanistik geschrieben. Die Studenten wehren sich gegen die Bedingungen, unter denen sie gezwungen werden, die Prüfungen zu absolvieren: Klausuren ohne vorherige Bekanntgabe des Themas, Verbot, Hilfsmittel zu benutzen und zusammenzuarbeiten, Zensurengebung mit dem einzigen Kriterium: die Arbeiten würden gegeneinander abgewogen, damit die Studenten sich gegenseitig ausstechen sollen und daß den Vertretungsorganen der Studenten jedes Kontroll- und Einspruchsrecht verwehrt wird. In dem offenen Brief heißt es: „Wir halten es für äußerst unklug, sich diesem Auslesemechanismus allein zu unterwerfen und auf milde Herren zu hoffen. Der Willkür müssen Schranken gesetzt werden." Die Prüfungskandidaten sollen sich zusammensetzen und die Prüfer sollen zu diesem Termin erscheinen, zu Sinn und Zweck der Prüfungen Stellung nehmen und Zensurenkriterien und Notenschnitt der vergangenen Semester offenlegen. Die Studenten fordern: Der Themenbereich der Klausur muß vorher bekannt und klar eingegrenzt sein! Keiner darf durchfallen!

Ca. 600 000 DM vom BAFöG-Amt vorenthalten

Göttingen. Das Studentenwerk hat ungewollt herausgelassen, welche Unsummen in den ersten vier Monaten dieses Bewilligungszeitraumes den Göttinger BAFöG-Empfängern vorenthalten wurden durch die Nichtauszahlung der Erhöhungen durch das 2. BAFöG-Änderungsgesetz. Der Durchschnittsbetrag an ausgezahlten Geldern betrug im Mai 410 DM, im Juli 427 DM und im August 435 DM. Diese Differenzen kamen zustande durch die beschlossenen Erhöhungen. Nach unseren Kenntnissen wurden die Erhöhungen aber erst im Juli nach der neuen Berechnungsgrundlage gezahlt. Angeblich würde der Computer nicht so schnell funktionieren, also im April und im Juni der Durchschnittsbetrag bei 410 DM gelegen haben muß. Jedem BAFöG-Empfänger sind im April glatte 25 DM im Durchschnitt vorenthalten worden. Das gleiche in den Monaten Mai und Juni. Durch die beginnenden Anzahlungen nach den Neuberechnungen im Juli waren es noch 8 DM. In der Summe macht das pro BAFöG-Empfänger 83 DM. Insgesamt haben wir an der Universität 6 270 BAFöG-Empfänger. Also sind insgesamt ca. 600 000 DM den Studenten vier Monate lang vom Studentenwerk vorenthalten worden.

„Neues aus dem Bundesgesundheitsministerium"

Referentenentwurf zur Verschärfung der Prüfungen vor und nach dem PJ

Im Mai dieses Jahres ist von den Medizinstudenten der Bundesrepublik drei Wochen lang zur Durchsetzung eines Tarif- und Ausbildungsvertrages im Praktischen Jahr gekämpft worden. Mit einem „Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte" präsentiert die Bourgeoisie jetzt die Quittung dafür, daß der Streik abgebrochen worden ist, ohne die Forderung durchgesetzt zu haben.

Ärztetag und Westdeutscher Medizinischer Fakultätentag, die während des Streiks der Medizinstudenten viel Verständnis geheuchelt haben für die „materiellen Sorgen" der Studenten, verbunden mit der Aufforderung, den Streik doch abzubrechen und ihnen die Sache zu überlassen, haben zusammen mit dem Wissenschaftsrat an diesem Entwurf mitgewirkt.

In dem Entwurf seien auch die Schwierigkeiten, die bei der Durchführung des Praktischen Jahres aufgetreten seien, berücksichtigt worden, hieß es in der „vorläufigen Begründung" des Entwurfs. Gemeint ist unter anderem der Boykott des vorverlegten Beginns des Praktischen Jahrs noch vor Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse im Mai dieses Jahres. Das Praktische Jahr wird verkürzt auf 48 Wochen statt 12 Monaten, heißt es deshalb.

Darüberhinaus enthält der Entwurf eine ganze Reihe einschneidender Änderungen des bisherigen Studienablaufes und -inhalts.

Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen soll sichergestellt werden, daß die Medizinstudenten zu willigen Handlangern und Vertretern des Ehrenbergprogramms zur Beseitigung der von der Profitproduktion verschlissenen und verbrauchten alten und kranken Arbeiter ausgebildet werden.

Dementsprechend sind in dem Prüfungsstoff für den zweiten Abschnitt der ärztlichen Prüfung gestrichen worden: Präventivpädiatrie (vorbeugende Kinderheilkunde), neu aufgenommen dagegen die Punkte: „Internistische Aspekte der Geriatrie" (Altersmedizin) und „spezielle Diätetik" (Ernährungslehre), „Fragen der Wirtschaftlichkeit und Kostenrelevanz im Gesundheitswesen", Dokumentation und Statistik (bekanntlich sollen die Krankenkassen nach dem Kostendämpfungsgesetz ein umfangreiches Bespitzelungsregister anlegen) und Schwangerschaftsabbruch. Schon an der Aufzählung dieser neu aufgenommenen Punkte wird klar, in welche Richtung es gehen soll.

Des weiteren werden zwei neue Pflichtkurse eingeführt: Medizinische Soziologie und Allgemeinmedizin, wo den Studenten beigebracht werden soll, „daß jeder übergewichtige Mitbürger und jeder starke Raucher ein Schädling innerhalb unserer Gesellschaft ist", und daß es nur gerecht ist, wenn jeder die Kosten für die „selbst verschuldeten" Schäden selbst trägt.

Und schon lange jammern die Bourgeois, welche Kosten verursacht werden, weil immer mehr Patienten gleich zum Facharzt gehen und nicht beim kostengünstigeren praktischen Arzt verbleiben. Um die Indoktrination der Studentenmassen für diese Aufgaben zu gewährleisten, müssen die Kurse unbedingt Pflicht werden.

Ebenso soll in Zukunft der Besuch der Vorlesungen der Professoren zur Voraussetzung der Teilnahme an praktischen Übungen gemacht werden können. Im Klartext: Wiedereinführung von Pflichtvorlesungen mit Anwesenheitskontrollen, weil die Praktika zur Ausbreitung der reaktionären Theorien der Professoren offenbar nicht reichen und die Professoren den Widerspruch der Studenten in den Vorlesungen leichter unterdrücken zu können glauben.

Die Famulatur soll von zwei auf drei Monate, davon mindestens zwei in einem Krankenhaus, erweitert werden, damit „der Student frühzeitig ans Krankenbett herangeführt und mit den Verhältnissen eines Krankenhauses vertraut gemacht" werden kann (aus der Begründung des Entwurfs), er bereits in die Praxis der Rentnerbeseitigung eingeführt und seine Arbeitskraft systematisch ausgenutzt werden kann.

Die Bourgeoisie weiß, daß all diese Maßnahmen nur durch Zwang gegenüber den Studenten durchgesetzt werden können. Auch hier hat sie sich eine Reihe von Maßnahmen einfallen lassen: Für die Medizinstudenten soll die verbindliche Regelstudienzeit eingeführt werden, das heißt „entsprechende Pflichten für die Meldung zur Prüfung" werden geschaffen (Begründung des Entwurfs).

Geschieht dies nicht, so können Sanktionen verhängt werden, die noch im einzelnen von den Länderregierungen ausgearbeitet werden sollen.

Gekrönt wird das ganze schließlich von einer Ausweitung der Prüfungen selbst. Durch Verlegung eines Teils des Stoffes des schriftlichen Teils des dritten Staatsexamensabschnitts auf den zweiten Abschnitt (60 Fragen) solle „der letzte Abschnitt der ärztlichen Prüfung entlastet werden". Die „Entlastung" besteht in der Ausweitung der Professorenwillkür und Schikane im mündlichen Teil der Prüfung. „Durch die Änderung solle klargestellt werden, daß der Prüfling nicht nur an einem, sondern, wie es wünschenswert ist, an mehreren Patienten seine Kenntnisse und Fähigkeiten demonstriert" (Begründung), da wird sich schon bei einer Prüfung, die über den gesamten Stoff des Medizinstudiums geht, ein für die Absichten des Professors geeignetes Thema finden lassen.

Noch engmaschiger soll das Netz des Medizinstudiums geknüpft werden, um die Abrichtung der Medizinstudenten zu Verfechtern des Ehrenbergprogramms voranzutreiben.

Doch gerade beim Streik für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag hat die Bourgeoisie die Kampfkraft der Medizinstudenten zu spüren bekommen. Deshalb die Unterdrückungs- und Spaltungsmanöver gegen einen erneuten bundesweiten Streik im Wintersemester. Die Medizinerfachschaften der BRD wollen sich auf einem Kongreß zum Praktischen Jahr am kommenden Wochenende in Göttingen inhaltlich rüsten dagegen, um den Kampf im Wintersemester bis zum Erfolg führen zu können. – (Bezirk Holstein/N-Red.)

Medizinstudenten gegen zentrale Prüfungen

Heidelberg. Vom 23. bis 31. August fanden für die Medizinstudenten die Zentralen Prüfungen statt. An dem Prüfungsgebäude war zu lesen: „Keiner darf durchfallen". Zweimal wurde während der Prüfung in aller Eile die Forderung entfernt, doch am nächsten Tag stand sie wieder da.

Die Studenten des 6. Klinischen Semesters, die am 3.10. mit dem Praktischen Jahr beginnen sollen, führten am Anschluß an die Prüfung eine Versammlung durch, an der sich 30 Studenten beteiligten. Die Prüfungsfragen wurden diskutiert und es wurde beschlossen, am Tag nach der Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse eine erneute Versammlung durchzuführen, um zusammen mit den Studenten, die durchgefallen sind, zum Prüfungsamt nach Stuttgart zu fahren, Einsicht in die Prüfungsunterlagen zu verlangen, gegen bestimmte Fragen Einspruch zu erheben und gegen die Prüfung zu protestieren. Weiter wurde auf der Versammlung die Lage im PJ beraten. Diskutiert wurde der Vorschlag, am 3.10. das PJ mit einer Veranstaltung zu beginnen. Es wurde beschlossen, Ende September eine Semesterversammlung einzuberufen, auf der über Streik gegen das Praktische Jahr beschlossen werden soll.

Münster. An der Anästhesieabteilung ist es vorgekommen, daß ein PJ-Student gezwungen worden ist, an fünf Wochentagen 12 Stunden hintereinander zu arbeiten, und das mehrere Wochen lang. Er könne nichts lernen, wenn er nicht voll am Dienst teilnehme. An den Universitätskliniken ist es gang und gäbe, daß im Quartal etwa 180 Überstunden gemacht werden. Der Dienstherr bezieht die Medizinstudenten im Praktischen Jahr vollständig in den Routinedienst ein.

Die PJ-Gruppe bereitet ein Puppentheaterstück vor, das sie in der Mensa und an Stellen, wo viele Studenten beisammen sind, aufführen will. Weiter wird vorbereitet ein gemeinsamer Besuch des Prozesses der Krankenpflegeschüler am Evangelischen Krankenhaus, wo der Unterkurs kein Geld mehr bekommt, sondern auf BAFöG runtergesetzt worden ist. Der Prozeß findet im Laufe des Septembers statt. Geplant ist eine öffentliche Diskussion am Ende der Semesterferien.

Frankfurt. Die AG Praktisches Jahr hat zu den zentralen Prüfungen ein Info herausgebracht. Sie ruft auf, jetzt die Vorbereitungen des Streiks anzupacken. „Der Ausbildungs- und Tarifvertrag ist notwendiger denn je. Denn erstens, wenn an der Uniklinik 444 1/2 Stellen gestrichen werden, dann kann von Ausbildung nicht mehr die Rede sein. Pflegearbeiten müssen von Studenten mit übernommen werden, und auch die für die Ausbildung notwendigen Ärzte fehlen."

Hannover. 15 Teilnehmer der ärztlichen Vorprüfung an der Medizinischen Hochschule (MHH) haben folgenden offenen Brief an das Landesprüfungsamt unterzeichnet: „Wir, Teilnehmer an der ärztlichen Vorprüfung am 30. und 31.8.1977 in Hannover, erklären zu dieser Prüfung:

Entgegen allen Behauptungen, die Prüfung diene dem Unterbeweisstellen eines Mindestmaßes an Kenntnissen, die für die Gesundheitsversorgung erforderlich seien, hat diese Prüfung den bloßen Zweck der Schikane, Selektion und Abrichtung. Das IMPP (Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen) nennt dies „notwendigen Druck auf das Lernverhalten". So wurden – insbesondere in Physik und physiologischer Chemie – massenhaft Nebensächlichkeiten, Spitzfindigkeiten und das Kleingedruckte aus den Lehrbüchern abgefragt, Dinge, die sich zu Recht kaum ein Student merkt. So sollen wir in Psychologie und Soziologie – laut Skript der MHH – darauf festgelegt werden, daß Krankheit ein „deviantes Verhalten" sei, was mit Verbrechen verglichen werden kann. Wie immer das Ergebnis der Prüfung aussehen mag, sind wir der Meinung, daß aus diesen Gründen keiner durchfallen darf."

Vor den zentralen Prüfungen ist die MHH offensichtlich auch nachts bewacht worden – das Prüfungsgebäude war taghell erleuchtet und ein ziviler Wagen bewegte sich die Nacht hindurch auf dem Gelände. Vor den Prüfungen war überall ein Plakat verklebt worden, das die Abrichtung durch diese Prüfungen auf das Ehrenbergprogramm enthüllte und forderte: Keiner darf durchfallen! Diese Plakate sind noch in derselben Nacht wieder heruntergerissen worden. Jedoch umsonst. Am nächsten Morgen hingen sie erneut, diesmal in den Gebäuden.

Kiel. In Kiel fanden in der letzten und vorletzten Woche die schriftlichen Mediziner-Prüfungen statt. Wurden sie bisher noch in der Universität durchgeführt, organisierte die Prüfungsaufsicht sie diesmal weitab davon im landeseigenen Kieler Schloß. Die Studenten sollten isoliert werden. Das Kultusministerium hatte deshalb dort jegliches Plakatieren, Verteilen von Flugblättern und das Betreten der Vorräume verboten. Als die Zelle Medizin Flugblätter verteilte und das zentrale Plakat aufhängte, ließ der Prüfungsvorsitzende die Polizei holen, die dann jeden Prüftag anwesend war. Trotzdem wurden die Flugblätter verteilt, Stelltafeln mit einem Angriff auf die Prüfungen und Enthüllungen über ihren Zweck aufgestellt und die Forderung „Keiner darf durchfallen" propagiert. Unter den Studenten gab es Diskussionen. Die meisten stellten fest, daß die Fragen schwerer geworden waren und letzlich der Aussiebung dienen.

Südostasien-Woche in Tübingen

„Wie Asien die Aufgabe eines friedlichen Zusammenlebens und einer beschleunigten und ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung löst, wie die asiatischen Länder ihrer großen Verantwortung für die Welt insgesamt gerecht werden, davon hängt für uns alle, auch gerade für uns Europäer, Wesentliches ab. Das erklärt den hohen Stellenwert, den Asien in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland hat", so Genscher im ZDF aus Anlaß der Eröffnung der Südostasienwoche in Tübingen.

Wird der Vormarsch der Revolution, der Vormarsch des bewaffneten Kampfes gegen die Imperialisten, weitergehen, oder werden sie es schaffen, ihn zu bremsen? Werden die ostasiatischen Länder der Dritten Welt sich gegen die imperialistische Ausplünderung weiter zusammenschließen, oder werden sie völlig dem Profitstreben unterworfen werden können? Das ist die bange Frage aller Imperialisten. Wie kann es gelingen, billige und reichhaltige Rohstoff- und Lebensmittelquellen zu behalten bzw. zu ergattern, wie über weiteren und stärkeren Kapitalexport fremde Arbeitskraft auszubeuten – das ist für sie wesentlich.

Die westdeutschen Imperialisten betreiben deshalb schwungvoll die Ausweitung ihres Einflußgebietes nach Südostasien.

Bestandteil der imperialistischen Außenpolitik ist die Südostasienwoche in Tübingen. Nicht umsonst findet sie im „Rahmen der Feierlichkeiten zum 500jährigen Bestehen der Eberhard-Karls-Universität Tübingen" statt, wird sie nicht direkt von der Bundesregierung veranstaltet, sondern von einem „Horst Erdmann, Verlag für Internationalen Kulturaustausch", „in Verbindung mit der Universität Tübingen, dem Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart, dem Institut für Asienkunde Hamburg und dem Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik". Dem ganzen soll der Geruch des „Kulturaustausches" anhaften, der „friedlichen" Vorführung asiatischer Tänze, der Ausstellung „Die schönsten Orchideen Südostasiens", der friedlichen Besichtigung von Hohenzollernburgen. Tatsächlich sollen intensive Verbindungen der westdeutschen Monopolkapitalisten zu einer Anzahl auserlesener bürgerlicher Politiker, Generäle und Professoren aus den ASEAN-Ländern geknüpft werden, von denen die westdeutschen Monopolkapitalisten annehmen, sie für ihre Ziele marschieren lassen zu können. Angetreten sind zu diesem Zweck Genscher, Filbinger als Politiker, mehrere Ministerialräte, eine große Anzahl Professoren, Lumpenjournalisten wie Peter Scholl-Latour „als Moderatoren". Das Programm ist entsprechend: Empfang durch das Auswärtige Amt, Begrüßung durch Filbinger, Abendempfang der Botschafter der beteiligten Staaten usw. Vor allem aber: Vorträge, Debatten, drei Arbeitsgruppen („Kultur, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft"). Man braucht nicht zu raten, was als Ergebnis der Arbeitsgruppen herauskommen soll: Einverständnis über den günstigsten Weg, der Revolution in Südostasien zu begegnen. Eindringliche Warnungen der deutschen „Arbeitsgruppenteilnehmer" davor, sich etwa in der OPEC zu stark zu beteiligen oder den ASEAN-Staatenblocks als Zusammenschluß gegen die imperialistische Ausplünderung zu benutzen. Planung von Kapitalexport und Rohstoffplünderungsprogramm.

Die Volksmassen sollen durch „Kulturwochen" für die imperialistischen Ziele des Finanzkapitals gewonnen werden. Der Reaktion ist die Unterstützung der Befreiungskriege in Indochina noch gut in Erinnerung, sie fürchtet Ähnliches für den bewaffneten Kampf in Ost-Timor, Thailand und Burma.

Der RCDS fliegt in diesem Jahr mit seinen leitenden Funktionären auf Studienreise nach Thailand. Mit 140000 Mark von der Bundesregierung im Jahr wird er für solche staatstragende Tätigkeit, die Reaktion an der Hochschule zu propagieren und der Bourgeoisie dort feste Stützpunkte zu sichern, bezahlt. Nicht zufällig fährt der RCDS nach Thailand, und nicht zufällig findet eine Südostasienwoche „im Rahmen der Feiern zum 500jährigen Bestehen" einer Universität statt. Die Reaktionäre wollen die Hochschulen zu Horten der Reaktion machen, um die Arbeiterklasse in der Durchführung ihrer revolutionären Aufgaben zu isolieren. – (Z-Red.)

Carters strategische Devise: „Vorneverteidigung" –

Beruhigung für die BRD-Imperialisten. Drohungen gegenüber den Völkern

In Kürze muß die US-Regierung den ersten Militäretat der imperialistischen Supermacht unter dem Kriegspräsidenten Carter vorlegen. Aus diesem Grund hat zur Vorbereitung drei Wochen lang ein Schauspiel in vier Akten stattgefunden. Zweck dieses Schauspiels: Der US-Imperialismus will seine Verbündeten stärker heranziehen, für die Kriegskasse zu zahlen und die Kriegsvorbereitung aktiver zu betreiben. Gleichzeitig soll der geplante Einsatz taktischer Atomwaffen in Europa propagandistisch vorbereitet werden. Schließlich will Carter die Volksmassen in den USA zur Unterstützung seines Kriegsvorbereitungs-Etats gewinnen.

Die Vorneverteidigung besteht nach NATO-Vereinbarung darin, daß die verbündeten Imperialisten „Schulter an Schulter" in jeweiligen Gebietsstreifen an der Grenze zur DDR und zur CSSR „verteidigen". Der *erste Akt* bestand in der Veröffentlichung (durch angebliche Indiskretion) einer geheimen Denkschrift des Regierungsapparats. Vier Möglichkeiten habe man, heißt es in der Denkschrift, einen Angriff des Sozialimperialismus abzuwehren. Man habe die Möglichkeit der Vorneverteidigung an den Grenzen der BRD; einen Rückzug mit nachfolgendem Gegenangriff; den Einsatz von taktischen Atomwaffen; und Angriffe auf sowjetische Einrichtungen außerhalb Europas. Sofort setzt großes Pressegezeter ein über den angeblichen Rückzugsplan. Der demokratische Kongreßabgeordnete Lee Aspins erklärt, die „Vorneverteidigung" sei zu teuer: „Dreißig Milliarden auszugeben, um jeden Grashalm gegen eine fernliegende Bedrohung zu verteidigen, ist eine Unsinnsstrategie und eine grobe Fehlausgabe der Dollars des Steuerzahlers." Die Presse der verbündeten Imperialisten heulte über „Treulosigkeit". Tatsächlich geht es den US-Imperialisten nicht darum, den Rückzug zu planen. Es geht ihnen auch nicht darum, eine „Alternative" zur Vorneverteidigung zu entwickeln. Schließlich ist es diese „Vorneverteidigung" als Strategie, die die Kriegsziele des US-Imperialismus – Hegemonie über *ganz* Europa – gegen den sozialimperialistischen Profithunger überhaupt verwirklichbar machen können. Es geht nicht um Alternativen, es geht um *Ergänzungen* zur „Vorneverteidigung". Diese Ergänzungen bestehen im geplanten Einsatz taktischer Atomwaffen und in der sofortigen Ausweitung des Krieges um Europa zu einem Weltkrieg. Denn nichts anderes bedeutet die Äußerung der Denkschrift, „Angriffe auf sowjetische Einrichtungen außerhalb Europas" durchzuführen. Die Entfaltung des Pazifikkrieges, Überfall auf Kuba, Einmarsch in Angola – verschiedene Möglichkeiten dieser angeblichen Alternative kann man sich vorstellen.

Der *zweite Akt* des gleichen Schauspiels sieht wieder den gut instruierten Parteifreund Carters, den Abgeordneten Aspins, in einer Hauptrolle. Just zu dem Zeitpunkt, als der amerikanische Nachrichtendienst die Verbesserung der Rüstung des sozialimperialistischen Rivalen um die Weltherrschaft bekannt gibt, erklärt Aspins, Tests hätten gezeigt, daß der neue US-Panzer XM-1, der ab 1979 eingesetzt werden soll, „im Ernstfall eine Chance von weniger als 50 : 50" hätte, um ohne Panne vom Standort des 7. US-Armeekorps in Stuttgart-Möhringen bis zur Grenze zu rollen. Aus Versuchen hätte sich ergeben, daß alle 160 km eine Panne passiere. Die Armee und der Hersteller Chrysler erklären, dies sei nur bei Prototypen so.

Diese Erklärung Aspins, verbunden mit den entsprechenden Berichten über die sozialimperialistische Aufrüstung, soll es Carter leichter machen, seine schönen Worte über notwendigen Schutz der Freiheit durch Verbesserung der Waffensysteme an den Mann zu bringen.

Carter liefert gleichzeitig den *dritten Akt* des Schauspiels. Er empfängt den Westberliner Regierenden Bürgermeister Stobbe. „Das amerikanische Volk steht geschlossen für Berlin ein" und ähnliche Worte findet Carter. Er erklärt, bei seinem Besuch in Westdeutschland auch Westberlin zu besuchen. Der Besuch riecht jetzt schon nach Frontstadt-Besichtigung. Der Schlußpunkt von Stobbes Besuch besteht darin, daß Carter Stobbe und der ganzen westdeutschen Finanzbourgeoisie noch einmal deutlich klar machte, worum es gehe bei der „Vorneverteidigung": Finanzminister Blumenthal wird in Marsch gesetzt und soll am 3. November in Westberlin über die Abschaffung von Doppelbesteuerungen für amerikanische Kapitalisten verhandeln. Profit aus der



Durch britische Panzer zerstörtes Gelände in Lüneburg. Die Bauern fordern den Abzug der Truppen.

Ausbeutung der Arbeiterklasse in den westeuropäischen Ländern, Ausweitung der Basis dieser Ausbeutung, das ist der Zweck dieser Politik und Zweck der US-Truppen in Westdeutschland und Westberlin.

Der *vierte Akt des Schauspiels* findet statt, indem Carter eine *Weisung zur Verteidigungspolitik* billigt. Keineswegs werde er Teile der BRD kampflos aufgeben, erklärt er. die Kampfbereitschaft der amerikanischen Truppen in Westdeutschland müsse gestärkt werden. Er werde, falls die „NATO-Partner" mitziehen würden, den Verteidigungsetat um 3% erhöhen. Mehr in die Kasse, mehr für die Vorbereitung des Krieges von den „Verbündeten".

Das ist eine beabsichtigte Wirkung des Washingtoner Theaters gewesen. Werbung für den Kriegshaushalt im eigenen Land die andere. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der „niedrigen" Prozentzahl kann man lesen, Carter habe selbstverständlich 3% zusätzlich zum „Inflationsausgleich" gemeint. Die BRD-Imperialisten haben gleich begriffen. Die „Frankfurter Allgemeine" stellt sofort nach den angeblichen Rückzugsüberlegungen fest, daß daraus nichts werde, man aber stärker aufrüsten müsse, um selbstbewußter auftreten zu können.

In der letzten Woche war von „Rückzugsüberlegungen" nichts mehr zu spüren. Da begannen wieder ernsthafte Übungen. 130 000 US-Soldaten wurden nach Westdeutschland eingeflogen im Rahmen des Manövers „Reforger". Schon vor drei Wochen hatte NATO-Oberbefehlshaber Haig erklärt, NATO-Operationen müßten nicht auf NATO-Gebiet begrenzt bleiben. (Interview in der „Welt" vom 16.8.) Genau das wird geprobt. – (Z-Red.)

Offenherzige imperialistische Flottenpropaganda

Offenherzige imperialistische Flottenpropaganda

In einer Veröffentlichung des Presserats des Bundesministeriums für Verteidigung (ohne Datum) äußert sich der Führungsstab der Marine über

„Fregatten – ihre Rolle in der modernen Marine".

Über diese Rolle erfährt man unter anderem:

„Fregatten sichern die Verbindungswege der Bundesrepublik Deutschland in der Nordsee zu ihren atlantischen Verbündeten und tragen so zur Freiheit der Meere und des Handels arbeitsteilig schon im Frieden bei. Ohne die Freiheit der Meere könnte ein Industriestaat wie die Bundesrepublik nicht existieren."

„Fregatten können ihre Aufgaben unabhängig von Wind und Seegang über einen langen Zeitraum erfüllen."

„Die Rolle der Fregatten in der Friedenssicherung. (...) Solidarität ist keine Einbahnstraße! Amerikaner und Briten als die klassischen großen Seemächte des Bündnisses müssen den sowjetischen ‚Eskadras' dorthin folgen, wo diese sich zeigen, in die Karibik, vor die amerikanische Küste, in den Persischen Golf und den Indischen Ozean – überall dorthin, wo die Handelsstraßen der Welt sich bündeln und die Rohstoffe, auf die die Staaten des Bündnisses angewiesen sind, das Erz und Rohöl, verschifft werden. Auch dort kann die Bundesrepublik Detuschland in ihrer Existenz bedroht werden, denn wie stände es im Frieden um die Lebensqualität und im Verteidigungsfall um die Überlebensfähigkeit, wenn Industrie und Handel erlahmen?

Deshalb muß die deutsche der amerikanischen und britischen Marine helfen, auch mit dieser Bedrohung fertigzuwerden. Wenn die deutsche Marine ihnen auch nicht auf die Weite der Ozeane folgt, so muß sie doch im nordeuropäischen Raum mit dafür sorgen, daß die NATO präsent bleibt. (...)"

„Die Fregatte als Mittel der Krisenbewältigung. (...)

Geht es im Frieden – oder im Zustand der latenten Konfrontation – darum, ganz allgemein Wille und Fähigkeit zur Selbstbehauptung deutlich zu machen, so kommt es in einer Krise ganz besonders darauf an, die eigene Auffassung nicht nur mit Worten, sondern auch mit Maßnahmen zu signalisieren, die die beabsichtigte Haltung der politischen Führung in einem akuten Fall verdeutlichen und zugleich beweisen, daß Wirkung nicht nur beabsichtigt, sondern gegebenenfalls auch durchsetzbar ist."

„Was können Fregatten dabei tun? Es genügt wohl zu fragen, was können Fregatten tun, um an der Bewältigung einer Krise mitzuhelfen. Im wesentlichen zwei Dinge. Einmal können sie durch ihre Anwesenheit und Verhalten mittelbar und unmittelbar Bürger, ihr Eigentum und Rechte der Bundesrepublik Deutschland am Krisenort schützen. Zum anderen aber können sie in einer Krise durch demonstratives Auftreten oder Wegbleiben, durch Maßnahmen oder Unterlassungen deutlich machen, wie die politische Führung eine Krise bewertet, ob sie sich betroffen fühlt, und, wenn sie sich getroffen fühlt, wie entschlossen sie ist, sich zu engagieren. Warum können das gerade Fregatten? Weil sie im Gegensatz zu Schnellbooten jeden Krisenort bei jedem Wetter erreichen können, weil sie im Gegensatz zu U-Booten nicht zu übersehen und weil sie im Gegensatz zu Flugzeugen eindeutig zu identifizieren sind. Darüberhinaus sind sie groß genug, um Menschen und Güter aufzunehmen, schnell genug, um jedes Handelsschiff einzuholen, und stark genug, um sich notfalls ihrer Haut wehren zu können."

„Fregatten im Verteidigungsfall. (...)"

„Einmal geht es darum, die Warschauer-Pakt-Marinen davon abzuhalten, die die Meerengen beherrschenden Küsten der Bundesrepublik Deutschland und Dänemarks in einer amphibischen Operation in Besitz zu nehmen. (...) Zum anderen geht es darum, gleichzeitig die NATO-Seeherrschaft in der Nordsee zu gewährleisten, damit dringend benötigte Verstärkung herangeschafft, die Versorgung der Bevölkerung Nordeuropas und der kämpfenden Truppe sichergestellt und – last not least – das Weiterfunktionieren der auf Im- und Export ausgerichteten deutschen Wirtschaft ermöglicht werden kann. Für die zweite Aufgabe braucht die Marine Seekriegsmittel mit ausreichender U-Jagd- und Flugabwehrbewaffnung, die den 60 bis 100 Handelsschiffen, die täglich die Nordsee passieren müssen, damit Bevölkerung und Truppe leben und weiterkämpfen können, ausreichenden Schutz bieten. Das können in der Weite der Nordsee mit ihren rauhen klimatischen Bedingungen eben nur Fregatten zusammen mit U-Jagdflugzeugen."

Abschaffung des Gelöbnisses! Kündigungsrecht für Zeitsoldaten! Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige!

Die offenherzige imperialistische Propaganda des Führungsstabs der Marine ist weder neu noch originell. Sie findet sich schon bei dem ersten politischen Vertreter der imperialistischen Interessen der deutschen Bourgeoisie, Kaiser Wilhelm II.

„Es konnten aber vor allen Dingen die Entwicklung von Handel und Seefahrt nur dann diese Größe annehmen, wenn hinter ihr des Reiches Schutzwehr stand und vor allen Dingen eine gute respektable deutsche Kriegsflotte." (20. Juni 1911)

„Ich stehe hier vor Ihnen, meine Herren, in dem Gewande des Seemanns, das ist das Kleid des Kindes meiner Schöpfung und was dazu dienen kann, jetzt und in Zukunft dem deutschen Kaufmann, der, vom Hansageist beseelt, im Auslande das Deutschtum vertritt und für Deutschland arbeitet, die nötige Stärkung und den nötigen Schutz zu verleihen, damit er den ihm zustehenden Platz an der Sonne behauptet, das soll geschehen. Ich schütze den Kaufmann. Sein Feind ist mein Feind."

„Sie haben es empfunden im Laufe Ihrer Entwicklung, was es heißen soll, wenn mit einem Male an fremden Gestaden die deutsche Flagge entfaltet wird und der Respekt vor den deutschen Kriegsschiffen bei der Bevölkerung der berührten Länder erwacht. Für Sie ist notwendig, daß eine starke, mächtige Flotte die Handelsflotte beschirmt, damit sie ihre Erzeugnisse überall absetzen können." „Ich bin der festen Überzeugung, daß mit jedem Kriegsschiff, welches den Stapel verläßt, die Sicherheit und Ungestörtheit des Friedens zunehmen wird und damit auch die Sicherheit für Ihre Arbeit."

Die Geschichte hat gezeigt, was von Friedensgesängen der Imperialisten zu halten ist. Sie hat auch gezeigt, welche Konsequenz die Völker aus dem Versuch der Imperialisten ziehen müssen, sie in den Krieg zu hetzen für die kapitalistischen Profitinteressen. Am Ende des Ersten Weltkrieges stand die erste siegreiche proletarische Revolution.

Leserbrief von sieben Arbeitern der Stephan-Werke Hameln an die „Metall"

„Für 15 Monate werden jugendliche Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten zur Bundeswehr gezogen. Mit einem Hungersold von 165 DM werden sie weit von ihrem Heimatort weg in den Kasernen gehalten. Von ihrem Lohn müssen die Eltern den fehlenden Lebensunterhalt, die Fahrtkosten und Kleidung bezahlen. Viele Soldaten machen Schulden.

Die Rechte, die sich die Arbeiter erkämpft haben, werden den Soldaten genommen. Durch das Prinzip von Befehl und Gehorsam (gehorchen oder Bestrafung) sollen sie gefügig gemacht werden und den Kampf für ihre Interessen aufgeben. Die Rechtlosigkeit der Soldaten dient allemal nicht den Arbeitern. Dies wird erhärtet durch Gesetze, die auch beinhalten, daß Soldaten gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden können. Aus diesen Gründen unterstützen wir den Kampf der Soldaten und begrüßen die Teilnahme in Uniform an den Demonstrationen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften. Wir sind für das Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung für Soldaten, Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten." – (Aus Volksmiliz, Zeitung des SRK Hannover)

Soldaten und Vertrauensleute fordern Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht

Lübeck. Am 30. August haben zwei Vertrauensleute, drei stellvertretende Vertrauensleute und 20 weitere Soldaten der Trave-Kaserne Lübeck den folgenden Aufruf beschlossen:

„Wir, Unterzeichner dieses Aufrufs, rufen auf zu Diskussionsveranstaltungen in den einzelnen Städten Holsteins. Bei diesen Diskussionsveranstaltungen sollen die Kollegen aus den Betrieben und Kasernen die Möglichkeit haben, den Politikern und den Vertretern der Soldaten- und Reservistenkomitees Fragen zu den Forderungen der Soldaten zu stellen. Die Forderungen der Soldaten sind gerechte Forderungen. Deswegen fordern wir die Bundestagsabgeordneten, Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte auf, sich für die Forderungen der Soldaten nach Lohnfortzahlung in der Armee, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Berufssoldaten, nach Verweigerung durch einfache Willenserklärung, nach freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung in der Armee einzusetzen. Ferner fordern wir, daß Strafen, die gegen Soldaten ausgesprochen worden sind, die sich für ihre Kollegen eingesetzt haben, sofort zurückgenommen werden."

gesprochen worden sind, die sich für ihre Kollegen eingesetzt haben, sofort zurückgenommen werden."

Öffentliche Vereidigung mußte aufgegeben werden

Buxtehude. Am 2.9.77 plante die Bundeswehrführung das Gelöbnis von 3 000 jungen Rekruten öffentlich in Buxtehude in einem Fußballstadion durchzuführen. Geplant war eine Parade der Soldaten durch Buxtehude zum Platz des Gelöbnisses. In der Ausbildungskompanie 11/3 haben revolutionäre Arbeiter eine Erklärung gegen dieses Söldnergelöbnis verfaßt und in ihrer Einheit Unterschriften dafür gesammelt. Das Soldaten- und Reservistenkomitee Hamburg-Unterelbe hat die Aktion der Soldaten unterstützt und die Erklärung als Flugblatt und Plakat bekanntgemacht. Das hat die Offiziere offensichtlich durcheinandergebracht und sie dazu veranlaßt, das Gelöbnis hinter Kasernenmauern zu verlegen. So wurden die Rekruten in Bussen herangekarrt und unter Bewachung in die Kasernen gebracht. Wir haben trotzdem eine große Zahl von Flugblättern an die Arbeiter verteilen können, was auf großes Interesse gestoßen ist.

„Strammer Max" wurde gefeuert

Wildeshausen. Oberstleutnant Duchateau wurde versetzt. Er war der meistgehaßte Mann in der Wittekind-Kaserne. In ganz Norddeutschland wurde er bekannt, als die KVZ enthüllte, wie er sich im letzten Manöver exakt zu Sonnenaufgang einen Strammen Max servieren ließ, während die Mannschaften mit dünner Suppe und teilweise verschimmelten Käse abgespeist wurden.

Der Kampf der Soldaten gegen die Unterdrückung hat die Versetzung erzwungen.

Die Soldaten schrieben in mehreren Batterien Beschwerden gegen die schikanösen Auslegungen der Innendienstvorschriften durch Duchateau. Oft wurde der Dienst boykottiert und unterlaufen.

Die Batteriechefs setzen jetzt auf feinere Methoden. Haben sie sich aber bisher hinter dem Rücken Duchateaus versteckt, treten sie jetzt selbst mit Haarapellen, Spind- und Schuhputzkontrollen als Unterdrücker auf. Das trägt zur Klärung der Fronten in den Batterien bei.

Letzter Anlaß des Rausschmisses waren mehrere Beschwerden der Batteriechefs gegen ihren Kommandeur. Da die Einsatzbereitschaft des Bataillons gefährdet war, wurden außer Duchateau auch der Brigardekommandeur, Oberst Wachter, und einige Batteriechefs versetzt.

Der Kampf der Soldaten geht weiter voran. Vor drei Wochen haben die Vertrauensleute aller Batterien einen einheitlichen Vorschlag über die Gewährung von Sonderurlaub für heimatfern einberufene Soldaten gemacht und beraten jetzt Vorstöße zur Frage des Dienstausgleichs, wachfrei und der Kantine vor. Die notwendigen Kämpfe werden entfaltet. Daran wird auch der neue Kommandeur Lindig nichts ändern.

BRD-Imperialisten wollen aus Bahro Kapital schlagen

In der vorigen Woche hat der „Spiegel" Auszüge aus dem Buch „Alternativen" des SED-Funktionärs Rudolf Bahro abgedruckt. Bahro war über 20 Jahre in mehreren wichtigen Funktionen für die SED tätig und war zuletzt Abteilungsleiter für „wissenschaftliche Arbeitsorganisation" in einem Gummikombinat in Berlin.

Das Buch erscheint in diesen Tagen und enthält Bahros Kritik an der ökonomischen Entwicklung der DDR. Das ist erfreulich. Zeigt es doch den Grad der Zersetzung der Herrschaft der neuen Bourgeoisie in der DDR. Zehn Jahre hat er geschrieben. Zwei Tage nach Bekanntwerden des Erscheinens des Buches bei der „Europäischen Verlagsanstalt", die dem DGB gehört, wurde Bahro in der DDR unter dem Vorwurf der Spionage festgenommen.

Die Bourgeoispresse aber ist schon vorher groß eingestiegen und steigerte nach der Verhaftung. „Sicher ist, daß es viele Bahros gibt..." (Süddeutsche Zeitung). „Doch denken eben viele in der DDR wie der 41jährige..." (Frankfurter Rundschau) „Er ist aber kein Einzelfall... Andere SED-Funktionäre denken wie er." (Die Welt) Und „Die Welt" stellt eine Galerie von 10 „Oppositionellen" zusammen von Anton Akkermann und Paul Merker bis Havemann und Bahro und überschreibt das: „Selbst in der Parteispitze der ‚DDR' hat es seit 1949 immer wieder politische Opposition gegen den herrschenden Kurs gegeben."

Diese Linie des westdeutschen Finanzkapitals ist nicht neu. Sie will Bahro als Wegbereiter eines Übergangs der DDR in das Lager der BRD-Imperialisten vereinnahmen. Ähnliche Blickrichtung hat sie bei Honnecker beobachtet. An Honneckers 65. Geburtstag wurde ein Gipfel erreicht, als der oberste politische Kopf der Ausbeuter in der DDR mit „menschlichen Zügen" dargestellt wurde, nach seiner saarländischen Heimat blickend, die er gern wieder besuchen würde. Im übrigen sei er eigentlich ein vernünftiger Mann, der auch vieles ändern wolle, aber von stalinistischen Teilen der SED und der Sowjetunion gehindert werde.

Die Propaganda hat eine deutliche Richtung. Die Propaganda der westdeutschen Imperialisten hat das Ziel, die Zersetzung in den Reihen der neuen Bourgeois in der DDR zu fördern, die Widersprüche zur sozialimperialistischen Hegemonialmacht
perialistischen Hegemonialmacht
Sowjetunion zu nutzen und auf die eigenen Mühlen zu lenken. Langfristig angelegt hat diese Politik das Ziel des Wechsels der DDR-Bourgeoisie ins „westliche Lager" und damit den offenen Zugriff des westdeutschen Finanzkapitals auf die DDR.

Außerdem hat die Propaganda einen zweiten, nützlichen Effekt für die westdeutschen Imperialisten. Die ideologische Kriegsvorbereitung wird um eine wichtige Komponente bereichert. Selbst die SED-Funktionäre sind schon gegen das System – die „Befreiung" der DDR ist mit Sicherheit heimlicher Bestandteil der gegenwärtigen Herbstmanöver der Bundeswehr und der NATO-Truppen.

Äußerst passend kommt in diese Kampagne der westdeutschen Finanzbourgeoisie die Tatsache, daß sich anläßlich der Leipziger Messe die Schwierigkeiten der Neuen Bourgeoisie der DDR deutlich zeigen. Die räuberisch erhöhten Öl- und Erdgaspreise der Sowjetunion schlagen jetzt vollständig durch und verschärfen die Widersprüche in der DDR. Durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter in der DDR soll ja der an die Sowjetunion so abgeführte Teil des Profits wieder hereingeholt werden. Zu einer noch weiteren Steigerung der Ausbeutung braucht die DDR-Bourgeoisie Maschinen, die sie zum größten Teil nur in den westlichen kapitalistischen Ländern kaufen kann – gegen teure Devisen, die sie sich nur schwer aus dem Export erlöst. Dabei wird die ökonomische Infiltration gesucht von der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

Der ideologische und ökonomische Versuch, die DDR für die eigene Profitmacherei zu öffnen und dem Sozialimperialismus zu entziehen, hat keinerlei „friedlichen Charakter". Er zeigt die gesteigerte Schärfe der Konkurrenz bei der imperialistischen Profitjagd. – (Z-Red)

Großbritannien und das internationale Finanzkapital bauen faschistische Mobilisierung auf

Lügenpropaganda über „streikmüde" Arbeiter

Die britischen Imperialisten lassen die Faschisten aufmarschieren. Am 13. August machte die faschistische National Party eine Demonstration durch den Stadtteil Lewisham, der hauptsächlich von schwarzen Arbeitern bewohnt wird. Die rassistische Hetze bestand vor allem in der Forderung „Stoppt die Raubüberfälle" und der Behauptung: „85 Prozent aller Überfälle werden von Schwarzen durchgeführt." Bereits vor der Demonstration hatte sich eine breite Aktionseinheit, in die die Labour Party und auch die Kirchen eingeschlossen waren, gebildet, die das Verbot der Demonstration forderte. Die Demonstration wurde von einer Gegendemonstration mehrerer tausend Menschen aufgehalten. Die Polizei versuchte die Zerschlagung der Faschistendemonstration zu verhindern, es kam zu Verhaftungen und Verwundeten. Zwei Tage später führten die Faschisten eine vorher breit angekündigte Veranstaltung in einer Schule in Birmingham durch. Die Schule, die von der Polizei abgeschirmt war, wurde von 500 bis 600 Menschen umlagert. Aus Wut über den Polizeischutz zog eine Demonstration vor das Polizeirevier und belagerte dies. Erneut ging die Polizei gegen die Demonstranten vor.

Beides ereignete sich kurz vor der Parlamentswahl in Ladywood (es handelte sich um eine Nachwahl für das britische Parlament in Westminster). Die Ergebnisse der Wahlen sind: Labour 8 227 Stimmen (53,1% der abgegebenen Stimmen), Conservative 4 402 Stimmen (28,4%), National Front 888 Stimmen (5,7%), Liberal 776 Stimmen (5,0%), Socialist Unity 534 Stimmen (3,44%), Independent 336 Stimmen, Socialist Workers 152 Stimmen (1%). 42,6% der Stimmberechtigten gingen zur Urne.

Bei den Kommunalwahlen in London im Mai dieses Jahres hat die faschistische National Front in 32 von 89 Fällen, wo sie und die Liberalen kandidierten, die Liberalen auf den vierten Platz geschoben, im Stadtteil Hackney wurde die National Front die zweitstärkste Partei. In zehn Bezirken Ostlondons erhielten die Faschisten mehr als 10 Prozent der Stimmen.

Wie die rassistische Hetze betrieben wird, wurde aus dem Stadtteil Chingford bekannt, wo überwiegend höhere Angestellte mit eigenem Haus wohnen, die überwiegend in Banken und Versicherungen arbeiten. Von der Stadtbehörde wurde in Chingford verbreitet, daß ein Teil der schwarzen und asiatischen Arbeiter aus der Innenstadt nach Chingford umgesiedelt würden, und eine Bewegung „Schwarze raus" entfacht. Der Aufmarsch der Faschisten in London ist begleitet von einer breiten faschistischen Propagandawelle. Die „Times", die ein Interview mit dem faschistischen Parteiführer John Tyndall abdruckte, verbreitete, daß man den Faschisten die Möglichkeit geben müsse, sich zu äußern, dann bräuchten sie auch nicht mehr zu demonstrieren. Von einem Journalisten des „Guardian" ist ein Buch erschienen, in dem



unter dem Titel „Die Nationale Front" die Auffassungen der Faschisten bekanntgemacht und verbreitet werden.

Mit der faschistischen Propaganda und dem Aufmarsch der Faschisten geht einher die Verschärfung der Reaktion. Das Faschingsfest der westindischen Bevölkerung im Stadtteil Notting Hill fand faktisch unter Polizeibewachung statt, am letzten Abend des Festes hielten sich Tausende von Polizisten in diesem Stadtteil auf, wogegen sich die Bevölkerung zu Recht zur Wehr gesetzt hat. Zum ersten Mal wurden auf englischem Boden Polizeitruppen in der Ausrüstung der in Irland eingesetzten Polizeitruppen eingesetzt. Es wird eine Gesetzesänderung vorbereitet, die den Gerichten größere Möglichkeiten zur Verhängung von Gefängnisstrafen insbesondere gegenüber Jugendlichen einräumen sollen.

Während die britische Bourgeoisie faschistisches Gedankengut streut, macht sie lauthals Propaganda über die angebliche Streikmüdigkeit der Arbeiter. Eigentlich sind die Arbeiter doch vernünftig, sagt sie, außer einigen Ruhestörern. So versucht sie auch hier Spaltung zu betreiben und die Arbeiterklasse für ihre rassistische Hetze zu gewinnen. Tatkräftig werden die britischen Imperialisten dabei unterstützt von den übrigen Imperialisten der Welt, und nicht zuletzt von den westdeutschen Imperialisten. Was daran wahr ist?

Seit acht Wochen streiken die 1200 Werkzeugmacher des Luka-Konzerns (Elektrobranche), die Flughafenassistenten stehen, obwohl die Lotsen den Streik abgebrochen haben, weiter im Streik um Lohn, in London streiken die Hafenarbeiter und die Arbeiter der Großbäckereien, die Angestellten von BBC haben ebenfalls den Streik angedroht. Die unteren und mittleren Polizeibeamten fordern eine Lohnerhöhung von 78 bis 104 Prozent und fordern die Auszahlung der Erhöhung ab 1. September. Die Gewerkschaften haben durch den Sozialpakt es den Kapitalisten ermöglicht, bereits große Teile der englischen Arbeiterklasse unter das Existenzminimum zu drücken. Der Kampf der Arbeiter ist unbedingt notwendig, und er ist schwierig, denn der Druck durch die hohe Arbeitslosigkeit, die mit 1,64 Millionen arbeitslosen Arbeitern und Jugendlichen den höchsten Stand seit Kriegsende erreicht hat, lastet auf den Kämpfen, und es fehlt die Partei der Arbeiterklasse, die diese Kämpfe führen und organisieren kann. – (Z-Red.)

Europäische Krisenprogramme

Dänemark. Das Parlament hat eine einwöchige Sondersitzung abgehalten, um 31 Gesetzesvorlagen der Regierung Jörgensen abzustimmen. Rasch sind sich die vier alten Parteien einig geworden, die Nettolöhne durch Steuererhöhungen um runde 7,2 Milliarden DM zu senken. Die Mehrwertsteuer soll am 3. Oktober von 15 % auf 18 % erhöht werden, Post und Eisenbahn sollen teurer werden, die Schachtel Zigaretten wird um 56 Pfennig teurer werden, ein Auto von der Größe eines VW-Golf um knapp 1000 DM. Im Juni ist die Mehrwertsteuer erhöht worden. Daraufhin ist der Umsatz im Einzelhandel um 15 % gefallen. Das ist ganz im Sinne der Regierung, heißt es. Die geraubten Lohngelder sollen den Kapitalisten für „Arbeitsbeschaffung" in den Rachen geworfen werden.

werden.

Schweden. Die neue schwedische Regierung, die die Sozialdemokraten erstmals ablöste, war angetreten mit zwei Versprechen: erstens keine Kernkraftwerke mehr zu bauen, zweitens die Steuern zu senken. Das erste Versprechen ist noch in der Wahlnacht geplatzt. Im Juni wurde dann die Mehrwertsteuer auf 20,63 % erhöht, dafür wird jetzt den Kapitalisten die Lohnsummensteuer gleich um die Hälfte gesenkt, ehe sie ganz gestrichen wird. Dafür erhalten sie Subventionen für den Export.

Niederlande. In den Niederlanden sind sich die Sozialdemokraten mit den anderen bürgerlichen Parteien rasch einig geworden über das Einfrieren der Tariflöhne, Bodenreform zur Konzentration des Bodens, eine Art betriebliche Vermögensbildung und selektive Investitionslenkung. Nicht einig geworden sind sich den Uyl und van Agt, wie scharf sie das Verbot des Schwangerschaftsabbruches durchsetzen sollen.

Portugal. Die ausländischen Banken haben u.a. eine Erhöhung der Benzinpreise um 25 % sowie eine Abwertung des Escudo um ein Viertel gefordert. Einen Großteil seines Goldes mußte Portugal bereits verpfänden. Jetzt läßt es seine Währung floaten. Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt dazu: „Dies dürfte ein Kompromiß sein zwischen den Abwertungswünschen der ausländischen Gläubiger und Kreditgeber und der innenpolitischen Kritik an einer solchen Maßnahme.

Auch dies ist ein Imperialisten gemeinsam: die Furcht vor dem entschieden geführten Klassenkampf der Arbeiterklasse.

Die „Währungsschlange" hat ausgedient für die westdeutschen Imperialisten

Die „harte Mark" bringt Höchstprofit und Wucherzins

Die jüngste Währungskrise hat die europäische „Währungsschlange" um ein weiteres Mitgliedsland dezimiert. Einst war dieser Währungsverbund gegründet worden, damit die westeuropäischen Imperialisten ihre Währungen gegeneinander in festen Austauschverhältnissen halten und sich gemeinsam gegenüber dem Dollarkurs bewegen. Nach und nach sind Italien, Großbritannien, Frankreich und nunmehr Schweden ausgeschieden. Das Schlagetot-Verfahren der imperialistischen Konkurrenz hat die Währungsschlange gesprengt, und übriggeblieben ist ein Verbund, der eindeutig von den westdeutschen Monopolbourgeois beherrscht wird. Ihre Mark ist hart geworden, und darüber reiben sie sich die Hände.

Alle Tatsachen sprechen dafür, daß die Abwertung der schwedischen Krone um 10% von den westdeutschen Imperialisten erzwungen wurde. Nicht nur daß sie sämtliche Finanzminister und Notenbankpräsidenten ins Haus der Bundesbank nach Frankfurt zitiert haben, sie haben ihre Absicht auch unverhohlen lange im voraus veröffentlicht. In den Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen über die schwedische Wirtschaft stand zu lesen, daß eine „weitere Abwertung der schwedischen Krone für die Herbstmonate in der Größenordnung von 10% vorhergesagt" wird. Wie der Zufall will, ist es genauso eingetreten. Beschlossen an der Sitzungstafel der Deutschen Bundesbank. In der Folge mußten auch Norwegen, Dänemark (beide Länder bleiben im Währungsverbund) sowie Finnland abwerten. Sie sind stark von den schwedischen Monopolen abhängig, und daher ist es für die westdeutschen Imperialisten entscheidend, die schwedischen Konkurrenten zu schlagen, um an ganz Skandinavien heranzukommen.

Im vergangenen Jahr ist es den westdeutschen Imperialisten gelungen, mehr als doppelt soviel Waren nach Schweden zu exportieren wie Schweden nach Westdeutschland geliefert hat. Hauptsächlich mit Maschinen und Fahrzeugen wurde Schweden überschwemmt, und damit ist den westdeutschen Monopolen ein entscheidender Durchbruch gelungen. Erstens haben sie ihre Stellung als mit Abstand größter Lieferant Schwedens ausgebaut, zweitens – und das ist entscheidend – haben sie die schwedischen Bourgeois gezwungen, westdeutsche Kredite aufzunehmen. Womit sonst hätten diese zahlen sollen? Dem Zufluß an Kreditgeldern folgt aber ein Abfluß an Geldern für Zinszahlungen der hohen schwedischen Auslandsschulden, und so wird das Loch, das gestopft werden sollte, in Wirklichkeit rasch doppelt aufgerissen – es sei denn, es gelingt ein Gegenschlag. Ausrichtung der Reaktion und ein Kurs der verschärften Ausbeutung durch den Regierungswechsel war ein Versuch der schwedischen Bourgeoisie hierzu, der jedoch bislang ein Schlag ins Wasser war.

Für die westdeutschen Imperialisten ist die Abwertung der skandinavischen Währungen in jeder Hinsicht günstig. Die Hälfte bis zwei Drittel ihrer Einfuhren aus diesen Ländern sind Rohstoffe. Und die werden durch die Abwertung billiger. Für denselben Betrag an Mark bekommen sie in Zukunft statt einer Tonne Kiruna-Erz nun 100 Kilogramm gratis dazu. 1976 wurden aus Schweden 5,3 Millionen Tonnen Eisenerz für 281,4 Millionen Mark eingeführt, dazu 267 161 Tonnen Bau- und Nutzholz für 168,7 Millionen Mark. Allein bei diesen beiden Posten sahnen die westdeutschen Aufwertungsgewinnler runde 45 Millionen Mark ab. Und zwar ohne jedes Risiko, denn zwar wird das schwedische Holz und Eisenerz billiger, aber Konkurrenz müssen die westdeutschen Imperialisten hier ja keine fürchten. Andererseits werden ihre eigenen Maschinen usw. für die schwedischen Kapitalisten teurer. Da sie einen großen Teil des Marktes beherrschen und die Kreditschraube ziehen können, brauchen die westdeutschen Exporteure auch hier keine Konkurrenz dritter Marktstrategen zu fürchten und damit können die höheren Preise und damit ihren Extraprofit voll kassieren. Dies ist der eine Vorteil der schwedischen Abwertung für die westdeutschen Finanzbourgeois. Der andere besteht darin, daß die Abwertung der schwedischen Währung die Auslandsschulden mit einem Schlag um 10% erhöht, entsprechendes gilt für Dänemark und Norwegen, die noch weit mehr verschuldet sind. Die Kredite, die sie in DM aufgenommen haben, müssen sie auch in Mark zurückzahlen. So müssen sie für denselben Betrag in Mark nunmehr eine größere Summe schwedischer, dänischer oder norwegischer Währung hinlegen.

Mit der Gründung der europäischen Währungsschlange hatten die westdeutschen Imperialisten im Sinn, einen Abschirmung des westeuropäischen Marktes gegen die USA-Imperialisten zu bilden. Nun hat dieser Schirm ausgedient. Mit jedem weiteren Verfall des Währungsverbundes steigt der Wert der westdeutschen Währung gegenüber den anderen Währungen gestiegen. Hochbewertete Währung gegenüber anderen bedeutet zwar einerseits Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit, andererseits ist es aber Ausdruck davon, daß es dieser Imperialistenklasse gelingt, am Weltmarkt nicht nur vorübergehend einen Extraprofit zu realisieren, sondern auf Dauer Höchstprofit zu machen. Man muß es so sehen, daß die westdeutschen Imperialisten ihre hohen Preise durchsetzen können. Es ist offensichtlich, daß dies nur gelingen kann, wenn die Kreditschraube und der Zinswucher für einen ständigen Druck auf die Zahlungsbilanz und die „schwache" Währung sorgen. Norwegen beispielsweise, dessen öffentliche Verschuldung gegenüber dem Ausland im ersten Halbjahr 1977 um rund 36% gestiegen ist, muß aufgrund dieser Verschuldung allein in westdeutscher Währung folgenden Schuldendienst leisten (in Millionen norwegische Kronen):

1977	1978	1979	1980	1981	1982
82	149	395	412	461	532

Dies war am 30. Juni. Da die Kredite auf DM lauten und die norwegische Krone inzwischen um 5% abgewertet ist, ist der Schuldendienst nochmal um 5% gewachsen.

Zu einem der größten Gläubiger des Erdballs zu werden, Geld zu verleihen, um mehr Geld zu bekommen, dies ist der widerwärtige Wunschtraum der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Die „Mark" soll immer härter werden. (Z-Red.)

Die palästinensische Revolution wird die Schlacht fortsetzen

Der Siedlerstaat hat Mühe, die Mannschaft zusammenzuhalten

Die Schläge des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker gegen den Siedlerstaat Israel zeigen Wirkung und treiben seine Zersetzung voran. Die Zionisten haben Mühe, ihre Mannschaft zusammenzuhalten und zu erneuern. Siedlernachschub ist aber eine Lebensfrage für Israel. Seinen USA-Besuch nutzte Begin zu einem Aufruf an die amerikanischen Juden, nach Israel zu kommen. Die Entwicklung läuft aber anders. „In New York City", so ein persönlicher Berater Begins, „gibt es 60 000 Israelis, die Israel verlassen haben und Papiere besitzen, die sich als Touristen ausgeben oder als zeitweilige Besucher. Eine Hälfte will erst abwarten, wie sich die Lage entwickelt. Die anderen sagen klar, daß das Leben in Israel unmöglich geworden ist." Gleichzeitig laufen den Zionisten aus der Sowjetunion kommende Juden immer häufiger davon. Seit zwei Jahren übersteigt die Zahl der Auswanderer aus Israel die der Einwanderer.

Die Zionistenführung hat Schwierigkeiten, den Karren am Laufen zu halten. „Kein Land, wo Milch und Honig fließen", lautet eine Überschrift in der „Zeit"

Der Siedlerstaat ist ein Besatzerstützpunkt der USA-Imperialisten. Er wurde auf Raub, Mord und Vertreibung der palästinensischen Volksmassen gegründet und ist heute Ausgangspunkt für die Interventionsabsichten der USA-Imperialisten im Nahen Osten. Jahr für Jahr bekommt der Stützpunkt Kredite aus den USA, um überhaupt existieren zu können und seine Unterdrückungsmaschinerie zu unterhalten. Eine eigenständige Wirtschaft hat der Siedlerstaat kaum, eine kleine Zulieferindustrie für die Imperialisten, einzig bedeutend ist der Zitrusfrüchteexport, ansonsten gehören die meisten Betriebe der Rüstungsindustrie an, von den USA-Imperialisten unterhalten. Die Direktinvestitionen der Imperialisten sind im letzten Jahr sogar zurückgegangen auf 75 Millionen Dollar im Jahr 1976, das sind 40 Mio. weniger als im Jahre 1975. Israel hat aufgrund der riesigen Kreditsummen, die es als Militärstützpunkt nie zurückzahlen kann, die höchste Verschuldung der Welt, 94 Mrd. Dollar. Die Inflationsrate beträgt mittlerweile über 40 %.

Gleich zu Anfang ihres Amtsantrittes hat die Regierung Begin einen neuen Finanz- und Wirtschaftsplan bekanntgegeben, der das ganze Ausmaß des Zerfalls des Siedlerregimes deutlich macht. „Danach werden die privaten Haushalte Preissteigerungen von 25 % bei allen Gebrauchsgütern und Dienstleistungen zu verkraften haben." (Neue Zürcher Zeitung). Diese Entwicklung führt zur erheblichen Verschlechterung der Lage der Werktätigen in Israel, wobei in erster Linie die unterdrückten palästinensischen Volksmassen betroffen sind, darüberhinaus die jüdischen Arbeiter, insbesondere die orientalischer Abstammung. Der Wirtschaftsplan Begins beinhaltet auch die Straffung des riesigen Unterdrückungsapparates der Zionisten. Für die im Staatsapparat Beschäftigten, darunter die Postangestellten und Krankenschwestern, wird ein generelles Streikverbot vorbereitet. 100 000 Angestellte sollen aus dem Apparat abgezogen und in die „Exportindustrie gesetzt werden".

Der Ausbau der Wehrdörfer auf den Westbanks und auf dem Golan, der gegenwärtig von den Zionisten heftig vorangetrieben wird, dient u.a. diesem Zweck, die Zitrusfruchtproduktion für den Export auszubauen. Die Landstriche sind besonders fruchtbar und jahrhundertelang von den Palästinensern zum Ackerbau benutzt worden. So greift eins in andere, alles zu dem Zweck, den Untergang des Siedlerstaates aufzuhalten.

Dabei verschärfen sich die Klassenwidersprüche rasch. Schon im letzten Jahr haben Streiks und Demonstrationen in Israel einen Aufschwung genommen (vgl. KVZ 9/77). Teile der Mannschaften des Siedlerregimes laufen davon in die USA und nach Europa, oder zurück zu den russischen Sozialimperialisten. Die Verschlechterung der Lage ist auch Ursache einer wachsenden Kriminalität insbesondere unter der Jugend in Israel. Die wachsende Kriminalität ist Ausdruck der Fäulnis des Zionistenstaates, dessen ganze Führungsbande aus Verbrechern besteht und der gar nichts weiter als ein zusammengeraubtes Gebilde ist. So schreibt die „Zeit" vom 1.7.77:

„Am hellichten Tag dringen Jugendbanden regelmäßig in Wohnungen ein, stehlen, was ihnen unter die Finger kommt, und verkaufen es an gutorganisierte Hehlerbanden, deren Auftraggeber im Ausland sitzen. Jahr für Jahr kommt es so zu 36 000 Einbrüchen, der Wert des Diebesgutes beläuft sich auf 50 Millionen Mark."

„Wie die Banden jugendlicher Einbrecher zentral gesteuert und eingesetzt werden, so werden Zeugen der Staatsanwaltschaft, die einer Hehlergruppe gefährlich werden können, kaltblütig liquidiert, so müssen Ladenbesitzer regelmäßig Schutzzölle bezahlen, so werden 16-jährige Mädchen zu Gelegenheitsprostituierten, um sich Geld für eine Fingerspitze Opium zu beschaffen."

Gleichzeitig versucht das Zionistenregime unter dem Stichwort „Jugendkriminalität" die Jugend zu bespitzeln und ihre Rebellion gegen den Zionistenstaat brutal zu unterdrücken: „Rund 50 000 Jugendliche, die nach dem Sozialreport besonders gefährdet sind und die ausschließlich aus den orientalischen Slumgebieten stammen, (gelten) fast alle als kriminell . . .. Seit 1970, so der Regierungsbericht, stehen jedes Jahr 5 500 Kinder vor dem Jugendrichter, 3 000 von ihnen, weil sie rückfällig geworden sind."

Die Regierung Begin versucht, diese innere Entwicklung durch verschärfte Unterdrückung der Palästinenser und durch Aggressionsvorbereitungen gegen die arabischen Völker zu überdekken. Die Besiedlungsaktionen sind dabei wichtiger Bestandteil dieser Politik. Der Plan der USA-Imperialisten ist, für die Palästinenser ein Reservat zu errichten, nach dem Vorbild der Indianerreservate in den Staaten. Sie wollen mit einer Gruppe palästinensischer Intellektueller eine Spalter-„Alternative zur PLO" aufbauen und damit die Reservatsverwalter heranziehen, ganz nach dem gleichen Vorbild. Zusammen mit den Zionisten sollen solche Gruppen dann die Unterdrückung der Volksmassen bewerkstelligen. Dieser Versuch wird scheitern am bewaffneten Kampf der Palästinenser in dem besetzten Palästina. So wurden in den letzten Monaten wiederholt verschiedene bewaffnete Kampfaktionen durchgeführt, weit hinein nach Palästina. Palästinensische Guerillas haben z.B. in der Nähe der Radiostation Jerusalem einen Militärlastwagen mitsamt Besatzung in die Luft gesprengt und in der Nähe Tel Avivs zwei israelische Panzer zerstört.

„Die palästinensische Revolution wird die Schlacht fortsetzen", hat der PLO-Vorsitzende Arafat am 8. August erklärt. Die Wirkung zeigt sich Woche für Woche. – (Z-Red)



Jugoslawien, Griechenland, Türkei: Zufuhr von Arbeitskräften für das Kapital in Westdeutschland und Direktinvestitionen der westdeutschen Imperialisten (Stand: Ende 1976)

UN-Konferenz in Lagos: Niederlage für die Imperialisten, Sieg der Völker Afrikas

Wie zerrupfte Hühner sind die BRD-Delegierten von der „Weltkonferenz gegen Apartheid" in Lagos in die BRD zurückgekehrt.

Sind sie noch, wie die EG-Staaten, mit großartigen Erklärungen „gegen Apartheid" und „Verantwortung für Afrika" in die Konferenz hineingegangen, so sind sie mit ganz anderen Erklärungen wieder herausgekommen, die ihnen von den Völkern Afrikas aufgezwungen wurden.

In dem Dokument wird der UN-Sicherheitsrat aufgefordert, alle im Kapitel 7 der UN-Charta vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen, um die volle Anwendung des gegen Südafrika verhängten Waffenembargos zu gewährleisten.

Zum Wirtschaftsboykott heißt es: „Die Konferenz ist sich der dringenden Notwendigkeit von universell anzuwendenden wirtschaftlichen und anderen Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid bewußt." Die Vereinten Nationen werden aufgefordert, bei allen Regierungen und multinationalen Wirtschaftsunternehmen auf Wirtschaftssanktionen einschließlich der Aufkündigung von Krediten und den Verzicht auf Investitionen in Südafrika zu drängen. Gegen diese beiden Bestandteile der Erklärung von Lagos meldet die BRD Vorbehalte an. Widerspruch erhob sich aus dem westlichen Lager auch gegen die Aufforderung, „jegliche Unterstützung und Zusammenarbeit einzustellen, die Südafrika zu einem Nuklearpotential verhilft". (Die Welt, 29.8.77)

Staatsminister von Dohnanyi, Delegationsleiter von BRD, versuchte mit dem lächerlichen Argument, daß ausländische Investitionen den „armen Schwarzen" helfen würden, die Interessen der BRD-Imperialisten zu retten. Das hat ihm keiner geglaubt. Die Resolution wurde verabschiedet. Zu Hause angekommen, hat Dohnanyi sogleich eine drohende Haltung eingenommen. „Wenn in Südafrika", ließ er in der „Welt" vom 29. August verbreiten, „ein friedlicher Wandel nicht bald eingeleitet werde, könnte Waffeneinsatz unvermeidlich werden." Ihre Interessen wollen die BRD-Imperialisten militärisch verteidigen. Für sie soll dies Dokument, das in Lagos von Vertretern von 68 Nationen verabschiedet wurde, nur ein Fetzen Papier sein.

„Joaquim A. Chissano, Außenminister von Mozambique, sagte, daß die Apartheid die Frucht der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mit Unterstützung des internationalen Imperialismus sei, deshalb muß der Kampf gegen die „Apartheid zuerst ein Kampf aller Antiimperialisten sein. Wir in Mozambique tun alles, was wir können, den Kampf für Freiheit in Afrika zu unterstützen."

H.O. Wijegoonawardena, Vertreter von Sri Lanka: „Es ist ein Kampf, der durch die Rassisten nicht gewonnen werden kann, wie mächtig sie auch immer bewaffnet sein mögen. Sie werden verlieren, nicht, weil sie nicht genug Waffen hätten, sondern einfach deshalb, weil ihre Sache ungerecht ist."

Eteki Mboumaoua, Generalsekretär der OAU, griff das Vorster-Regime und die Länder, die es unterstützen, scharf an. „Wir tragen eine historische Pflicht, das Volk von Südafrika zu unterstützen, damit es eine harmonische und sichere Zukunft . . . erhält."

In seiner Rede prangerte der Präsident des Pan Africanist Congress Labello die abscheulichen Verbrechen des Vorster-Regimes gegen das afrikanische Volk an. Er stellte fest, daß das Apartheid-Regime systematisch das südafrikanische Volk seiner fundamentalen Rechte und Freiheiten beraubt hat, es vom Grund und Boden enteignet hat und es ausplündert. „Die weiße Minderheitsregierung in Azania kann nur durch den bewaffneten Kampf zerschlagen werden. Der Befreiungskampf ist die einzige Linie, die zum Sieg führen kann."

Der Präsident des African National Congress sagte, die Linie des Volkes von Azania sei „Sieg oder Tod". Es sei entschlossen, die Apartheid, Rassismus und Kolonialismus zu zerschlagen, welchen Preis auch immer es koste.

Joshua Nkomo, Vertreter der Patriotischen Front Zimbabwes, sagte: „Die Gewalt der Apartheid kann nur durch die Gegengewalt des Volkes beseitigt werden." (Z-Red)

Die „Fukuda-Doktrin" – Neuer Name für die alte Politik

Die Imperialisten geben sich zur Zeit in Südostasien und dort vor allem in den ASEAN-Staaten Indonesien, den Philippinen, Thailand, Malaysia und Singapur gegenseitig die Tür in die Hand. Die BRD-Imperialisten schwärmen nach verschiedenen Besuchen in und aus Südostasien von einer „Wende in der Bonner Asien-Politik" und schicken flugs die Staatsministerin Hamm-Brücher los, um die „Kontakte fortzusetzen": mit 320,3 Mio DM sind die westdeutschen Direktinvestitionen in den ASEAN-Staaten gegenüber 75 zwar um über 12 % gestiegen, entsprechen aber noch längst nicht der Gier nach Höchstprofiten, die die BRD-Imperialisten aus der Ausplünderung Südostasiens rauszuschlagen gedenken. Noch in diesem Monat werden Vertreter des US-Finanzkapitals in die ASEAN-Länder reisen, um ihrerseits ebenfalls die Möglichkeiten verstärkter Ausplünderung zu sondieren; es folgen, eben zu demselben Zweck, Abordnungen der EG und der kanadischen Bourgeoisie. Während diese imperialistischen Mächte und Zusammenschlüsse um größtmöglichen Anteil an den Reichtümern Südostasiens ringen, hat Japan, das Ende August Ministerpräsidenten Fukuda zur ASEAN-Rundreise losgeschickt hatte, bereits einige – vorläufige – Fortschritte beim Ausbau seiner Position in dieser Region zu verzeichnen.

„Herz-zu-Herz-Beziehungen"

Die Erfahrungen seines Vorgängers Tanaka in frischer Erinnerung – dem's widerfuhr daß er bei einem Besuch 1974 in Indonesien durch gewaltige Demonstrationen der indonesischen Volksmassen als verhaßter Imperialist aus dem Land getrieben wurde –, verkündete Fukuda zu Beginn seiner Reise eine „neue japanische Politik gegenüber Südostasien", die Entwicklung von „Herz-zu-Herz-Beziehungen", genannt die „Fukuda-Doktrin". Er erklärte feierlich den „Verzicht" des japanischen Imperialismus, jemals wieder die Rolle einer nach Hegemonie strebenden Militärmacht in Asien spielen zu wollen. Er sicherte zu, daß Japan „als wahrer Freund" die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Südostasien verbessern wolle, „um ihm „zu helfen, sich selbst zu stärken". Und er kündigte an, daß Japan eine „Mittlerrolle" zwischen den ASEAN-Staaten und den kommunistischen Staaten Indochinas einnehmen wolle. Er schwenkte die „Freundschafts"fahne, um den Völkern Südostasiens ihre Erfahrungen mit dem japanischen Imperialismus aus dem Gedächtnis zu vertreiben und den Weg zur erneuten Vorherrschaft über Asien freizuräumen.

Verzicht auf Militärmacht? Niemals werden die Völker vergessen, wie der japanische Imperialismus seit 1931 zielstrebig versucht hatte, sich Asien zu unterwerfen und ihre Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen mit dem Militärstiefel zu zertreten. Niemals nehmen sie ihm seine „Läuterung", seinen „Verzicht" ab. Zielstrebig baut das japanische Finanzkapital seine imperialistische Armee auf, wobei es, nach dem Vorbild der deutschen Imperialisten mit dem verlorenen Ersten Weltkrieg, den Schwerpunkt auf die Ausbildung eines Offizierskaders, der militärischen Kaderstruktur der Armee legt, die, wenn's drauf ankommt, schnell aufgefüllt werden soll aus der hochqualifizierten und hochorganisierten japanischen Arbeiterklasse, die zudem durch die japanischen Kapitalisten in jährlichen Wehrübungen, durch Werkssport u.ä. ständig „trainiert" wird. Wann und wo hätte es das auch jemals gegeben, daß die Imperialisten ihre Interessen, die den Interessen der Arbeiterklasse und der Völker so grundlegend widersprechen, von ihnen so unversöhnlich bekämpft werden, die zudem mit den gleichgearteten, entgegengesetzten Interessen der Konkurrenten immer schärfer aneinandergeraten, letztlich anders als mit militärischen Mitteln durchsetzen wollen?

Die „Frankfurter Allgemeine" hat sich als Blatt eines imperialistischen Konkurrenten Japans, der selbst ins südostasiatische Geschäft will, mit dem Interesse des japanischen Finanzkapitals, „zum Schutz seiner lebenswichtigen Interessen in Südostasien aktiv zu werden", auseinandergesetzt. „Durch Südostasien ziehen sich die Wasserstraßen auf denen Supertanker mittelöstliches Öl nach Japan bringen. Ihre Blockade wäre für Japan katastrophal. Die Asean-Länder . . . sind reich an Rohstoffen und Lebensmitteln. Japan braucht beides zur Versorgung seiner Industrie und seiner Bevölkerung. Obendrein ist die südostasiatische Gemeinschaft mit 230 Mio Menschen ein zunehmend lukrativer werdender Absatzmarkt für die Erzeugnisse der japanischen Industrie."

Vor allem aber reizt das riesige Heer billiger Arbeitskraft die Profitgier. Heute werden bereits 18,1 % aller japanischen Auslandsinvestitionen in den ASEAN-Ländern getätigt; 47,8 % der offiziellen „Entwicklungshilfe" des japanischen Imperialismus fließen hierhin, v.a. Kredite, durch die diese Länder der Abhängigkeit vom Imperialismus unterworfen werden sollen. Zielstrebig hat der japanische Imperialismus in den Schlüsselindustrien dieser Länder eingenistet (vgl. Kommunismus und Klassenkampf 7/77), um von dort aus, in erbitterter Konkurrenz v.a. mit dem US-Imperialismus, sich nach und nach alle Produktionszweige zu unterwerfen. Fukudas „Mitbringsel" (Handelsblatt) auf seiner ASEAN-Reise signalisieren die verstärkten Bemühungen. Am meisten „bedacht" wurde Indonesien, wohin Japan bisher Kapital in einer Höhe von 1,77 Mrd. Dollar exportiert hat und das 1976 Waren, v.a. Rohöl, Holz, Kautschuk, Nahrungsmittel im Wert von 4,1 Mrd. Dollar nach Japan exportiert hat. Es erhält im nächsten Jahr Kredite in einer Höhe von 180 Mio. Dollar, mit denen sich die japanischen Imperialisten v.a. in der Nahrungsmittelindustrie festsetzen wollen. Thailand, die Philippinen und Burma (das dem ASEAN nicht angehört) erhalten je 100 Mio-Dollar-Kredite, Malaysia 80 Mio, mit deren Hilfe die jeweiligen auf den Export nach Japan ausgerichteten Industrien japanischer Kontrolle unterworfen werden sollen. Mit allen Ländern wurden „steigende japanische Investitionen und die Entsendung von (japanischen) Experten vereinbart."

In die fünf geplanten gemeinsamen ASEAN-Industrieprojekte, Kunstdüngerfabriken in Malaysia, Indonesien und den Philippinen, einer Natriumkarbonatfabrik in Thailand und einer Fabrik für Dieselmotoren in Singapur, will Japan 1 Mrd. Dollar Kapital investieren, „unter der Voraussetzung, daß Feasibility Studies erstellt werden" (Handelsblatt), d.h. unter der Voraussetzung, daß sich diese Projekte als profitabel erweisen. „Kein Interesse" zeigten die japanischen Imperialisten an der Forderung der ASEAN-Staaten, 400 Mio Dollar in einen Fonds zu zahlen, mit dem diese ihre Exporterlöse stabilisieren wollen. „Freundschaft" nur, wenn's der Ausplünderung dieser Länder dient.

Seit eh und je träumen die japanischen Imperialisten von einem südostasiatischen Großraum als ihrem „natürlichen Hinterhof". Nichts anderes, als ihre Absicht, diesen Traum zu verwirklichen, meinen sie mit ihrem Angebot, den „Vermittler" zwischen den ASEAN und Indochina zu spielen. Die Einbeziehung Vietnams, Kambodschas und Laos in einen vom japanischen Imperialismus dominierten ASEAN, welch eine Aussicht für profitsüchtige Herzen! Indes, ähnlich wahnwitzige Träume des japanischen Imperialismus sind bereits einmal unter den Schlägen des Befreiungskampfes der asiatischen Völker zerronnen. Die Aussicht auf Erfolg ist inzwischen nicht besser, sondern schlechter. In Vietnam, Kambodscha und Laos haben sich die Völker vom Imperialismus befreit. In Indonesien, Thailand und Malaysia schreitet der Befreiungskampf voran, bis die „Fukuda-Doktrin" von der imperialistischen Unterwerfung Südostasiens auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet ist. – (Z-Red)

Der dialektische Materialismus ist die siegbringende Waffe des internationalen Proletariats

Die Ideen des Vorsitzenden Mao leben, weil sie die Wirklichkeit richtig widerspiegeln und der revolutionären Praxis des Proletariats dienen

Am 9. September des letzten Jahres ist der Genosse Mao Tsetung, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas und große Führer des chinesischen Volkes, der Lehrer des internationalen Proletariats, gestorben. Wichtige Ereignisse haben seither bewiesen, daß die Lehren des Genossen Mao Tsetung weiterleben und die Praxis der Kommunistischen Partei Chinas leiten auf dem Weg, den sie unter Vorsitz des Genossen Mao eingeschlagen hat. Nach dem Tod des Vorsitzenden Mao hat die „Viererbande" ihre Stunde gekommen gesehen, um die Macht in der Kommunistischen Partei Chinas und in der Volksrepublik China zu usurpieren. Von langer Hand hatte diese parteifeindliche Clique diese Usurpation der Macht vorbereitet. Aber auch die Partei hatte sich auf die Zerschlagung solcher Versuche der Usurpation der Macht und der Restauration des Kapitalismus vorbereitet. Die „Viererbande" ist an den Ergebnissen der Großen Proletarischen Kulturrevolution zugrundegegangen, die sie in Worten immer hochzuhalten behauptete, und an den Erfahrungen, die die Partei, die chinesische Arbeiterklasse und die chinesischen Volksmassen in den vorangegangenen Kämpfen der zwei Linien und im Kampf gegen den Revisionismus gesammelt haben. Mit jedem Sieg der Volksmassen über ihre Feinde sind diese Feinde gezwungen, sich noch raffinierter zu tarnen, um ihre Ziele zu verwirklichen. Gleichzeitig jedoch lernen es die Volksmassen immer besser, ihre Feinde auch in den raffiniertesten Verkleidungen zu erkennen und rechtzeitig zu entlarven. Dies ist das Ergebnis der Erziehung durch den Klassenkampf, der von der Kommunistischen Partei Chinas geführt und durch den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen geleitet wird.

Bei jeder der großen Bewegungen der letzten Jahre versuchte sich die „Viererbande" an die Spitze des Kampfes zu stellen, um die Stoßrichtung dieses Kampfes umzukehren und die Ziele des Kampfes zu verfälschen. Letzten Endes sind sie gescheitert und die Partei wie die Volksmassen haben sich, gestützt auf den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen, als stärker erwiesen. Der Usurpationsversuch der „Viererbande" wurde zerschlagen, die Partei ist unter Vorsitz des Genossen Hua Guo-feng darangegangen, den Klassenkampf als Hauptkettenglied zu ergreifen und das Land in Ordnung zu bringen. Zu diesem Zweck wurden durch das ZK eine Reihe von Arbeitskonferenzen durchgeführt, um die Richtlinien der Arbeit festzulegen. Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai! In der Industrie lernt von Datjing! Diese großen Bewegungen, um den Aufbau des Sozialismus sowohl von der Seite der Industrie wie von der Seite der Landwirtschaft her anzupacken, werden von den Arbeitern und Bauern mit großem Schwung vorangetrieben.

Entsprechend der Richtlinie des Genossen Mao „Die Revolution anpacken, die Produktion fördern" gehen die breiten Volksmassen mit hartem Einsatz daran, den Schaden wettzumachen, den die Störmanöver der „Viererbande" in den verschiedenen Bereichen der Produktion verursacht haben. Das Zentralkomitee hat den V. Band der Werke Mao Tsetungs herausgebracht. Das Studium dieses Bandes mit den Schriften zwischen 1949 und 1957 wird von den breiten Massen mit Enthusiasmus als Mittel ergriffen, um die Aufgaben des Klassenkampfes zu lösen. Noch vor Herausgabe des V. Bandes hat das ZK der Kommunistischen Partei Chinas die Schrift „Über die zehn großen Beziehungen" herausgebracht, die eine Rede wiedergibt, die Genosse Mao Tsetung auf einer erweiterten Tagung des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas am 25. April 1956 gehalten hat. Der Kampf für die Herstellung einer großen revolutionären Ordnung wird auf ideologischem, politischem und organisatorischem Gebiet geführt. Durch die verschiedenen Maßnahmen des ZK der Kommunistischen Partei Chinas ermutigt, haben die Volksmassen und die Masse der Parteimitglieder eine Lage geschaffen, in der jetzt der XI. Parteitag als Parteitag des Sieges und der Einheit durchgeführt werden konnte. Getreu der Linie des Vorsitzenden Mao hat der Parteitag die Aufgaben des Klassenkampfes festgelegt, die sich aus der Generallinie „Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, ‚mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher' den Sozialismus aufbauen" ergeben und deren Erfüllung es ermöglichen wird, einen guten Schritt voranzukommen, um bis zum Ende dieses Jahrhunderts China zu einem starken sozialistischen Land zu machen. Wie stets, wenn die Marxisten-Leninisten vorankommen, heulen auch jetzt die revisionistischen Häuptlinge der sozialimperialistischen Sowjetunion auf und beschimpfen die Entwicklung in der Volksrepublik China. Die Beschlüsse des XI. Parteitages seien „unglaubwürdig" und „unrealisierbar". So hätten es die Revisionisten gern, weil sie wissen, daß die Durchführung dieser Beschlüsse einen Sieg über den Imperialismus und Sozialimperialismus bedeuten wird.



Mao Tsetung auf der 11. (erweiterten) Tagung der Obersten Staatskonferenz im Jahre 1957. Auf dieser Konferenz hielt er die bedeutende Rede „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke".

Die „Viererbande" – ein Haufen von Idealisten und Metaphysikern

Weltanschaulich haben sich die Leute der „Viererbande" als Idealisten und Metaphysiker herausgestellt, die den dialektischen Materialismus bekämpft haben. In ihren Schriften „Über die soziale Basis der parteifeindlichen Lin-Biao-Clique" und „Zur allseitigen Diktatur über die Bourgeoisie" erwähnen Yao Wen-yüan und Dschang Tschun-tjiao die Notwendigkeit, die Produktion zu fördern, um die Basis der Diktatur des Proletariats zu sichern, nur nebenher. Yao Wen-yüan ging in seiner Schrift soweit, den idealistischen Unsinn zu verbreiten, „das Fortbestehen des bürgerlichen Rechts" liefere „die wichtige ökonomische Grundlage" für die Entstehung von neuen bürgerlichen Elementen. Mao Tsetung dagegen wies darauf hin: „Lenin sagte: ‚Die Kleinproduktion … erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie.' Diese entstehen auch bei einem Teil der Parteimitglieder. Sowohl innerhalb der Reihen des Proletariats als auch unter den Mitarbeitern der Staats- und anderen Organe gibt es Leute, die einen bürgerlichen Lebensstil annehmen."

Die Revolution anpacken, die Produktion fördern, diese Richtlinie gibt tatsächlich den Weg an, wie durch die Befreiung der Produktivkräfte mittels Revolution die „wichtige ökonomische Grundlage" für die Weiterexistenz des bürgerlichen Rechts wie der bürgerlichen Ideologie Stück für Stück beseitigt werden kann. Wer das „bürgerliche Recht", das in der sozialistischen Periode noch die Verteilung der Produkte regelt (jedem nach seinen Leistungen), direkt, d.h. ohne die gesellschaftliche Produktion zu fördern, angreifen will und die Revolution gegen die Befreiung der Produktivkräfte ausspielen will, hat in Wirklichkeit nicht die Einschränkung des bürgerlichen Rechts im Sinn, sondern die Errichtung der Herrschaft der Grundherren und bürokratischen Kapitalisten, die die Verteilung nicht nach der Leistung, sondern nach ihren parasitären Bedürfnissen regeln wollen. „Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"

Die Kommunistische Partei Chinas stellt fest, daß die Usurpation der Macht in Partei und Staat durch die „Viererbande" zur Errichtung eines faschistischen Regimes geführt hätte. Das ist vollständig richtig: „Revolution" machen, um das bürgerliche Recht abzuschaffen und an seine Stelle die Willkür der Grundherren und der Monopolbourgeoisie zu setzen, das ist Faschismus. Das ganze demagogisch als Abschaffung des Kapitalismus auszugeben bzw. als Verhinderung der Restauration des Kapitalismus, auch das konnte die „Viererbande" von den Faschisten lernen. Wer das „bürgerliche Recht" und die „Ideologie des bürgerlichen Rechts" als „Grundlage für die Entstehung des Kapitalismus" „fortlaufend schwächen" will, der will sich bloß Tür und Tor öffnen für die gewaltsame private Aneignung der Produkte der gesellschaftlichen Produktion. Daß solche Wolfsmoral gegenüber der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion zutiefst gleichgültig bleibt, ist nicht erstaunlich. Für eine kleine Bande von Parasiten wird immer genug da sein. All das ist direkt gegen die Arbeiterklasse und den Marxismus-Leninismus gerichtet, und die „revolutionäre" Verpackung kann das nicht lange verbergen. Wenn Dschang Tschun-tjiao von „ökonomischer Basis" sprach, dann meinte er genausowenig wie Yao Stand und Entwicklung der Produktivkräfte, sondern die „Verteilungsformen": „Wir müssen klar sehen, daß unsere ökonomische Basis noch nicht fest ist und daß bürgerliches Recht, welches in den Eigentumsverhältnissen noch nicht zur Gänze abgeschafft worden ist, noch in einem ernsten Ausmaß in den wechselseitigen Beziehungen der Menschen existiert und eine beherrschende Stellung in der Verteilung einnimmt." Wie anders als durch die Revolution anpacken und die Produktion fördern, kurz durch die Befreiung der Produktivkräfte, die Befreiung der Arbeiter und ihrer Werkzeuge, soll die Verteilung „Jedem nach seinen Bedürfnissen", der Kommunismus verwirklicht werden? Die „Viererbande" hatte offensichtlich für sich die Verteilung „Jedem nach seinen Bedürfnissen", für die Massen aber Ausbeutung und Unterdrückung im Sinn. Einschränkung des bürgerlichen Rechts, das hieß für sie Verteilung entsprechend den Interessen ihrer Clique. Die Enthüllungen von seiten der Volksmassen über ihren aufwendigen und parasitären Lebensstil bilden Legion.

Dschang Tschun-tjiao ging im Kampf für die Machtergreifung durch seine Clique bekanntlich soweit, den Marxismus direkt zu verfälschen und auf den Kopf zu stellen. Er schrieb: „In seinem Werk ‚Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850' erklärte Marx noch genauer, diese Diktatur sei die notwendige Übergangsphase zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, die auf diesen Klassenunterschieden beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umgestaltung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen."

Karl Marx hat natürlich stets und so auch in dem der Fälschung zugrundeliegenden Zitat die Klassenunterschiede aus den Produktionsverhältnissen erklärt und nicht umgekehrt, und Marx hat in dem Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften die Entwicklung der Produktivkräfte für die im allgemeinen hauptsächliche und entscheidende Seite gehalten. Anders die „Viererbande". Zusammen mit ihrer Theorie, daß die alten Parteimitglieder, die an der demokratischen Revolution teilgenommen haben, innerhalb der Partei die bürgerliche Klasse bildeten, hatten sie damit ein Konzept, nach dem mit Beseitigung dieser alten Kader direkt der Kommunismus ausbrechen mußte. Wie gesagt, sie hatten „Kommunismus" für sich, Ausbeutung und Unterdrückung für die Massen im Auge. Bei der Verfolgung dieses Ziels mußten sie allerdings die revolutionären Kader der Partei für ein Haupthindernis halten.

„Die zehn großen Beziehungen", ein Dokument des dialektischen Materialismus

Mit der Zerschlagung der „Viererbande" ist der ideologische Schaden, den diese vor allem dank ihrer Vorherrschaft über das Pressewesen angerichtet hat, noch lange nicht beseitigt. So war es eine Maßnahme im Kampf gegen die Viererbande und ihren klassenfeindlichen ideologischen Einfluß, wenn das ZK der Kommunistischen Partei Chinas so schnell wie möglich und noch vor Herausgabe des V. Bandes der Werke Mao Tsetungs die Schrift „Die zehn großen Beziehungen" herausgegeben hat, damit die Massen diese Schrift rasch und gründlich studieren konnten. Tatsächlich ist diese Schrift ein bedeutendes Dokument des dialektischen Materialismus, eine gute Waffe im Kampf gegen Idealismus und Revisionismus, nicht nur in China, sondern überall, auch bei uns in Westdeutschland.

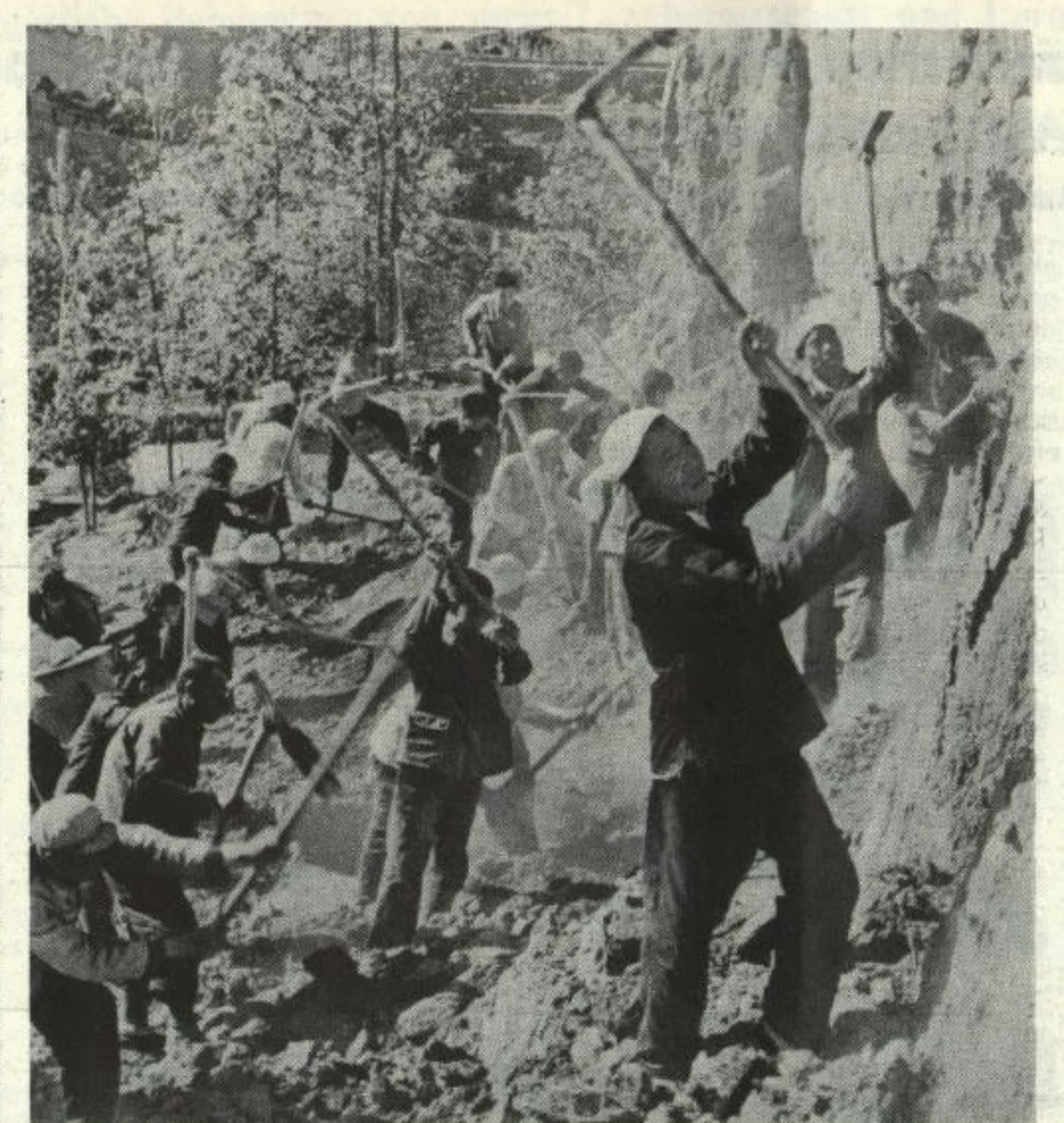
Die Rede ist im April 1956 gehalten worden. 1956 war sowohl für den Aufbau des Sozialismus in China wie für die kommunistische Weltbewegung ein wichtiges Jahr. In den sieben Jahren seit Bestehen der Volksrepublik hatte das chinesische Volk große Kämpfe und Bewegungen durchgeführt zur Niederschlagung der Konterrevolutionäre, zur Zurückschlagung des Angriffes der US-Imperialisten auf Korea und die Volksrepublik China, zur Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft und zur Umwandlung des Privateigentums der nationalen Bourgeoisie in das Eigentum des Staates der Diktatur des Proletariats. 1956 fand der XX. Parteitag der KPdSU statt, auf dem Chruschtschow mit seinem Angriff auf Stalin seine revisionistische Herrschaft besiegelte. In diesem Jahr kam es zu den Aufständen in Polen und Ungarn. Großbritannien und Frankreich überfielen Ägypten, das den Suezkanal nationalisiert hatte. Der US-Imperialismus nutzte den sich abzeichnenden Farbwechsel der Sowjetunion zu einem großangelegten Angriff auf das sozialistische Lager.

Das Politbüro der Kommunistischen Partei Chinas hatte während mehreren Monaten die Arbeitsberichte von 34 zentralen Abteilungen für Industrie, Landwirtschaft, Transport, Handels- und Finanzwesen usw. angehört, um die Linie des weiteren Aufbaus des Sozialismus in der Volksrepublik zu beraten und in Vorbereitung des Parteitages Ende 1956 festzulegen. Die Ergebnisse dieser Beratungen faßte Genosse Mao Tsetung in „insgesamt zehn Fragen oder zehn großen Beziehungen" zusammen.

„Es geht um einen grundlegenden Kurs, wenn diese zehn Fragen aufgeworfen werden, nämlich um den Kurs, alle positiven Faktoren im In- und Ausland in Bewegung zu setzen und sie in den Dienst der sozialistischen Sache zu stellen."

Bei jeder Strategie und Taktik kommt es darauf an, nachdem die Ziele des Kampfes festgelegt sind, alle positiven Faktoren im Kampf gegen den Feind zur Wirkung zu bringen. So ist in unserer Revolution ein positiver Faktor, daß sich die Sozialdemokratie aufzulösen und in Verwesung überzugehen beginnt. Als positiver Faktor zur Geltung kommen kann dieser Faktor jedoch nur, wenn wir eine Politik der Aktionseinheit gegenüber der Sozialdemokratie machen, die sich hauptsächlich auf die vorhandenen Organe der Aktionseinheit richtet, wie Betriebsräte, Vertrauensleute, Schülermitverwaltungen, Allgemeine Studentenausschüsse usw., die durch die Sozialdemokratie besetzt gehalten werden und die wir nutzen können, wenn es uns gelingt, die Auflösung und Zersetzung der Sozialdemokratie dahin zu treiben, daß der größte Teil der Sozialdemokraten in diesen Organen der Aktionseinheit die Interessen der Arbeiterklasse unterstützen muß oder ihnen doch keine offenen Hindernisse in den Weg legen kann. Ein weiterer positiver Faktor in unserer Revolution ist, daß die Bauern aus ihrer früheren Isolation herausgerissen sind und mit der Arbeiterklasse eng in Verbindung stehen. Diesen positiven Faktor werden wir für die Revolution nur zur Geltung bringen können, wenn die Arbeiterbewegung die Fesseln von Reformismus und Revisionismus durchbricht und die Bauern in ihren Kämpfen unterstützt und führt. So gibt es in jeder Situation eine ganze Reihe von positiven Faktoren, aber es kommt darauf an, einen grundlegenden Kurs festzulegen, um „alle positiven Faktoren im In- und Ausland in *Bewegung* zu setzen und sie in den Dienst der sozialistischen Sache zu stellen". Ohne einen solchen Kurs bleiben die positiven Faktoren wirkungslos oder entfalten zumindest nicht ihre volle Wirkung und können sich sogar in negative Faktoren verwandeln. So wird der Verfaulungsprozeß der Sozialdemokratie zu einem negativen Faktor, wenn er nicht durch die Kommunisten und eine richtige Politik der Aktionseinheit im Kampf für die Revolution und die Einheit der Arbeiterklasse genutzt wird. Der Verfaulungsprozeß der Sozialdemokratie wird dann der Bourgeoisie nützen bei ihrem Ausbrüten einer faschistischen Bewegung. Bei der Festlegung eines solchen Kurses können wir von den kommunistischen Parteien der anderen Länder lernen. Die Kommunistische Partei Chinas hatte die Arbeiterklasse bereits zur Eroberung der politischen Macht geführt und mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen. So konnte sie vor allem von der KPdSU und von der Sowjetunion, dem ersten Staat der Diktatur des Proletariats, lernen. Genosse Mao Tsetung hat deshalb in seiner Rede festgestellt: „Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß kürzlich gewisse Mängel und

Fehler der Sowjetunion ans Tageslicht gekommen sind, die im Laufe des Aufbaus des Sozialismus auftraten. Wollt ihr ihren Umwegen folgen? Dadurch, daß wir Lehren aus ihren Erfahrungen gezogen haben, konnten wir früher bestimmte Umwege vermeiden. Wir haben allen Grund, jetzt erst recht so zu verfahren." Um von einer anderen kommunistischen Partei und der Arbeiterklasse eines anderen Landes lernen zu können, muß deren Weg keineswegs fehlerfrei sein. Man kann auch aus Fehlern lernen, und die unvermeidlichen Fehler haben selber Nutzen, wenn sie weder von der Partei, die sie gemacht hat, noch von einer anderen Partei wiederholt werden. Von der KPdSU lernen, das heißt vor allem von Lenin, aber auch von Stalin lernen, dessen Fehler selbst hundertmal lehrreicher sind als die Taten eines Chruschtschow, der kein anderes Ziel hatte, als den Kapitalismus zu restaurieren. Stalin beging Fehler bei der Verteidigung der Diktatur des Proletariats und des Marxismus-Leninismus. Chruschtschow beging vielleicht weniger Fehler als Stalin, aber was er richtig machte, machte er für die Eroberung der Macht durch die Bourgeoisie. Genosse Mao Tsetung und die Kommunistische Partei Chinas haben deshalb den Genossen Stalin gegen Angriffe der Chruschtschow-Revisionisten verteidigt und den Chruschtschow-Revisionismus bekämpft. Die Arbeiterklasse kann es lernen, Stalins Fehler zu vermeiden, weil er ihren Weg ging. Von Chruschtschow und seinen Nachfolgern wäre es ganz sinnlos, so etwas zu sagen. Zwar muß man auch von ihnen lernen, aber nur, daß man Typen ihres Schlages rechtzeitig erkennt und unterdrückt.



Dadschai ist zum Vorbild in ganz China geworden. Befreit von den alten Unterdrückern und durch Anwendung des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen sind die Arbeiter und Bauern zu großen Leistungen in der Lage. So haben sie Stück für Stück fruchtbares Land gewonnen, wo zuvor nichts gewachsen ist.

„Die Welt besteht aus Widersprüchen"

Genosse Mao Tsetung warf die Frage auf: „Was sind die positiven Faktoren im In- und Ausland? Im Land sind die Arbeiter und Bauern die grundlegende Kraft. Die Kräfte der Mitte sind solche, die gewonnen werden können. Die reaktionären Kräfte sind zwar ein negativer Faktor, doch wir sollten unbeirrt gute Arbeit leisten und unser möglichstes tun, diesen negativen Faktor in einen positiven umzuwandeln. In internationaler Hinsicht müssen wir uns mit allen Kräften, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, zusammenschließen; die nicht neutralen Kräfte können neutralisiert werden, wenn wir uns darum bemühen; und sogar die reaktionären Kräfte können aufgespalten und genutzt werden. Kurz gesagt, wir müssen alle direkten und indirekten Kräfte in Bewegung setzen und dafür kämpfen, unser Land zu einem starken sozialistischen Staat aufzubauen." Dies sind taktische Grundsätze, die den Interessen der Arbeiterklasse entspringen und zum Erfolg führen. Sie gehen davon aus, daß die Welt aus Widersprüchen besteht und sich in Bewegung befindet



Was Dadschai für die Landwirtschaft ist, ist Datjing an der Industriefront. Im Jahre 1958 stellte Mao Tsetung die Aufgabe, schrittweise und systematisch die Industrie, Landwirtschaft, den Handel, die Kultur und Erziehung und das Militärwesen in einer großen Kommune zusammenzufassen, die nichts anderes ist als die Grundeinheit der Gesellschaft. Dadschai und Datjing stehen für diese Orientierung.

und daß die Arbeiterklasse alle vorhandenen Widersprüche behandeln kann, um alle positiven Faktoren für die Revolution voll zur Wirkung zu bringen. Es gibt den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Es gibt aber auch den Widerspruch zwischen den Mittelklassen und dem Proletariat wie zwischen den Mittelklassen und der Bourgeoisie. Es ist das Interesse der Arbeiterklasse, den Widerspruch zwischen sich und den Mittelklassen so zu behandeln, daß sich der Widerspruch zwischen den Mittelklassen und der Bourgeoisie verschärft und daß große Teile der Mittelklassen für den Kampf gegen die Bourgeoisie gewonnen werden können. Die Methode dafür ist die Demokratie und der revolutionäre Kampf um Demokratie. Es gibt den Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern und dem Imperialismus. Aber das imperialistische Lager bildet selber keine Einheit, sondern ist durch zahlreiche Widersprüche gespalten. Die beiden Supermächte rivalisieren um die Weltherrschaft, und sie streben dabei nach Beherrschung aller anderen imperialistischen Mächte. Das führt dazu, daß bei diesen anderen imperialistischen Mächten eine Tendenz entsteht, sich gegenüber den Supermächten zusammenzuschließen, um ihre Unterdrückung und Schikane abwehren zu können und keine Tribute an sie bezahlen zu müssen. Diese Zusammenschlüsse sind imperialistische Zusammenschlüsse und bestehen stets in dem Versuch, andere auszubeuten, um selber Kraft für den Kampf um die Weltherrschaft zu sammeln und so die ganze Welt ausbeuten zu können. Wie sollen sich die unterdrückten Völker gegenüber den Widersprüchen im Lager der Imperialisten verhalten? Sollen sie die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten leugnen, nicht zur Kenntnis nehmen, oder sollen sie diese Widersprüche so behandeln, daß sie die Rivalität der beiden Supermächte nutzen, um sich von der Hegemonie beider Supermächte zu befreien? Sollen sie die Zweite Welt und ihre Tendenz zum Zusammenschluß leugnen, oder sollen sie die Widersprüche zwischen der Zweiten Welt und den beiden Supermächten nutzen, um sich vom Imperialismus insgesamt zu befreien? Manche meinen, diese Widersprüche und die Kategorien, mit denen versucht wird, diese Widersprüche zu erfassen, also Erste Welt, Zweite Welt, Dritte Welt, hätten nichts mit einer Klassenanalyse zu tun. Offensichtlich aber gibt es diese Widersprüche, also müssen sie aus den internationalen Klassengegensätzen hervorgehen. Die Kategorien, die diese Widersprüche erfassen, sind keineswegs klassenunspezifisch. Wer sind die unterdrückten Völker? Es sind die Arbeiter, Bauern der Dritten Welt, und in der Dritten Welt gibt es auch die nationale Bourgeoisie zum Volk, das sich gegen den Imperialismus wehrt. Die beiden Supermächte werden von den größten Kapitalmagnaten, Ausbeutern und Unterdrückern beherrscht. Das sind die Oberhäuptlinge der internationalen Finanzbourgeoisie. Und wie verhält es sich mit der Zweiten Welt? Offensichtlich herrscht auch dort die Bourgeoisie und gibt, da sich Monopole zum Teil seit Jahrzehnten herausgebildet haben, die Monopolbourgeoisie den Ton an. Lenin hat in seiner Analyse der Epoche des Imperialismus den Widerspruch zwischen der monopolistischen und der nicht-monopolistischen Bourgeoisie herausgearbeitet. Monopole sind etwas Relatives, sie sind aus der Konkurrenz hervorgegangen und gehen in die Konkurrenz wieder ein. Die Monopolbourgeoisie der Länder der Zweiten Welt hat ihr Monopol durch die beiden Supermächte beständig bedroht, und es ist auch bedroht. So ergibt sich auf internationaler Ebene ein Widerspruch zwischen der Monopolbourgeoisie, die die Länder der Zweiten Welt beherrscht, aber auf dem Weltmarkt wie im eigenen Land von den mächtigeren Monopolbourgeoisien der beiden Supermächte bedroht ist, und der Monopolbourgeoisie der beiden Supermächte. Ein Kapitalist schlägt viele tot, das gilt auch in der internationalen Sphäre. Und die vielen Kapitalisten können sich auf die Staatsmacht stützen in ihrer Konkurrenz mit der Monopolbourgeoisie der beiden Supermächte. Man mag von diesen Widersprüchen halten, was man will. Tatsache ist, daß die unterdrückten Völker und die Dritte Welt diese Widersprüche bereits seit mehreren Jahren mehr oder weniger erfolgreich zu nutzen versuchen und es auch verwenden, sie zu nutzen, z.B. in der UNO.

Die Methode ist die Politik der friedlichen Koexistenz und der Kampf für die strikte Einhaltung ihrer fünf Prinzipien. In dem Maße, wie die unterdrückten Völker die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern nutzen, schwächen sie den Imperialismus insgesamt und erleichtern damit den Sturz der Herrschaft der Imperialisten durch die internationale Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern selbst.

Die internationale Arbeiterklasse wird die Kette, die ihr der Imperialismus um den Hals legt, am schwächsten Kettenglied, d.h. in Europa, sprengen und die Herrschaft des Imperialismus Stück für Stück und Land für Land zerschlagen.

Dies eben bedeutet einen Kurs einschlagen, der „alle direkten und indirekten Kräfte" in Bewegung setzt, um die Sache des internationalen Proletariats zum Sieg zu führen.

„Der Weg ist voller Windungen und Wendungen, aber die Zukunft ist licht"

In seiner Rede untersucht Mao Tsetung die „zehn großen Beziehungen" im einzelnen. Er zeigt, daß seinerzeit in China, um die Schwerindustrie zu entwickeln, es gerade notwendig war, die Landwirtschaft und die Leichtindustrie zu entwickeln. Das war eine Lehre, die die Kommunistische Partei Chinas aus den Erfahrungen der Sowjetunion gezogen hat. Der Anteil der Investitionen, der in Landwirtschaft und Leichtindustrie floß, sollte erhöht werden. „Was wird sich aus dieser Steigerung ergeben? Erstens wird die Bevölkerung noch besser versorgt; zweitens wird Geld akkumuliert, wodurch wir die Schwerindustrie mit größeren und besseren Resultaten entwickeln können. Auch die Schwerindustrie kann zur Akkumulation beitragen, aber unter unseren gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen können Leichtindustrie und Landwirtschaft mehr und schneller akkumulieren. Hier erhebt sich nun die Frage: Ist euer Wunsch, die Schwerindustrie zu entwickeln, echt oder nur vorgetäuscht, ist er brennend oder ist er lau? Falls euer Wunsch nur vorgetäuscht oder lau ist, dann geht auf die Landwirtschaft und die Leichtindustrie los und investiert weniger in sie. Wollt ihr aber wirklich die Schwerindustrie entwickeln, ist dies euer brennender Wunsch, dann werdet ihr der Landwirtschaft und der Leichtindustrie große Aufmerksamkeit schenken, damit mehr Getreide da ist und die Leichtindustrie noch mehr Rohstoffe zur Verfügung hat, damit noch mehr akkumuliert wird. Dann werden in Zukunft auch mehr Mittel in die Schwerindustrie investiert werden können."

Entsprechend riet Mao Tsetung, die Küstenindustrie aktiver zu nutzen, um die Industrie im Landesinnern zu fördern, und die Rüstungsausgaben zu kürzen, um den Aufbau der Landesverteidigung zu stärken. „Wir werden nicht nur mehr Flugzeuge und Kanonen haben, sondern auch Atombomben. Wollen wir in der heutigen Welt nicht tyrannisiert werden, können wir ohne eine Bombe nicht auskommen. Was also tun? Eine zuverlässige Methode ist, die Ausgaben für Militär und Verwaltung auf einen angemessenen Anteil zu senken und die Ausgaben für den Wirtschaftsaufbau zu erhöhen. Nur ein größeres Tempo des Wirtschaftsaufbaues kann größere Fortschritte im Aufbau der Landesverteidigung bringen." Gegenwärtig verfolgt die Kommunistische Partei Chinas diesen Kurs der Stärkung der Landesverteidigung durch Stärkung des Wirtschaftsaufbaus. Ist es nicht lächerlich, wenn sozialrevisionistische „Literaturnaja Gaseta" behauptete, in China werde die Parole „Geschütze statt Reis" angewandt? Die Sowjetunion geht bekanntlich seit der Machtergreifung der Revisionisten einen der Volksrepublik China gerade entgegengesetzten Weg. Das ergibt sich aus dem aggressiven Charakter der Staatsmacht der Sowjetunion. Die KPdSU unter der Führung Stalins hat sich, als sie sich auf den Angriff durch den deutschen Faschismus vorbereitete, im wesentlichen so verhalten wie die Volksrepublik China, während sich die heutige, sozialimperialistische Sowjetunion direkt auf die Rüstung und, kurzsichtig wie Räuber sind, direkt auf die Rüstungsindustrie konzentriert. Wenn der Sowjetunion vorgeworfen wird, daß sie Kanonen statt Butter produziere, so kann sie diesen Spieß keineswegs umdrehen. Die Logik der Rüstung der Sowjetunion folgt der Logik des Aggressors. Die Volksrepublik China wird unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas nie eine Supermacht werden. Sie folgt der Logik der Diktatur des Proletariats, die niemals einen Angriffskrieg führen wird und eben deshalb den von Mao Tsetung skizzierten Kurs der Landesverteidigung geht, der die Volksrepublik China unbesiegbar und zu einem, wie Tschou En-lai sagte, zähen Stück Fleisch macht, an dem sich jeder Aggressor die Zähne ausbeißen wird.

Um alle positiven Faktoren für den Aufbau des Sozialismus in Bewegung zu setzen, legte Mao in weiteren Punkten die richtige Behandlung der Beziehung zwischen Staat, Produktionseinheiten und Produzenten, der Beziehung zwischen der zentralen Ebene und den lokalen Ebenen, der Beziehung zwischen der Han-Nationalität und den nationalen Minderheiten, der Beziehung zwischen der kommunistischen Partei und den nichtkommunistischen Parteien, der Beziehung zwischen Revolution und der Konterrevolution, der Beziehung zwischen richtig und falsch und der Beziehung zwischen China und anderen Ländern fest.

Lenin kritisierte einmal den ungarischen Kommunisten Bela Kun. Er umgehe „das, worin das innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus besteht: die konkrete Analyse einer konkreten Situation". Genosse Mao Tsetung hat sich oft auf diese Feststellung Lenins bezogen. 1956 war eine komplizierte Situation sowohl für den Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China wie für die kommunistische Weltbewegung. In der Kommunistischen Partei Chinas gab es Mitglieder, die der Sowjetunion auf dem Weg des Revisionismus folgen wollten. Es gab aber auch andere Genossen, die gegenüber auftretenden Widersprüchen vor allem nach administrativen Mitteln zur Unterdrückung dieser Widersprüche greifen wollten. Genosse Mao Tsetung bekämpfte jeden Subjektivismus, jede Einseitigkeit und Oberflächlichkeit bei der Untersuchung und Behandlung der Widersprüche. Nur so konnte die Linie der Kommunistischen Partei Chinas festgelegt werden, die sich in der Zeit des antijapanischen Widerstandskrieges, in der Zeit des Bürgerkrieges gegen die Tschiang-Kai-schek-Clique, in der demokratischen Revolution wie in der sozialistischen Revolution und in den großen Kämpfen der zwei Linien als immer siegreich erwies.



Über die zehn großen Beziehungen

Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking

36 Seiten Best.Nr. 0399 -,60 DM

„Die Welt besteht aus Widersprüchen. Ohne Widersprüche keine Welt. Unsere Aufgabe ist es, diese Widersprüche richtig zu behandeln. Was die Frage betrifft, ob alle diese Widersprüche nun in der Praxis völlig zufriedenstellend gelöst werden können oder nicht, müssen wir beide Möglichkeiten ins Auge fassen; und im Verlauf der Behandlung dieser Widersprüche werden wir notwendigerweise auf neue Widersprüche, neue Probleme stoßen. Doch, wie wir schon oft gesagt haben: Der Weg ist voller Windungen und Wendungen, aber die Zukunft ist licht. Wir müssen uns bemühen, alle positiven Faktoren, innerhalb wie außerhalb der Partei, im Inland wie im Ausland, die direkten wie die indirekten, voll und ganz zur Geltung zu bringen und unser Land zu einem starken sozialistischen Staat aufzubauen." Nur der dialektische Materialismus ermöglicht die Ausarbeitung eines solchen Kurses, der die Arbeiterklasse durch alle Windungen und Wendungen hindurch zum Sieg führt. Wenn wir sagen, daß der verstorbene Genosse Mao Tsetung der größte Marxist-Leninist unserer Zeit ist, dann meinen wir damit gerade, daß er ein großer dialektischer Materialist gewesen ist.

Die Arbeiterklasse zieht die Lehren aus der Geschichte und wird die Ausbeuterordnung stürzen!

15. Europäische Kunstausstellung / Geschichtsfälschung und Chauvinismus / Bourgeoisie auf der Suche nach einer Propagandalinie für Expansion und Krieg

Die Kunstausstellung „Tendenzen der Zwanziger Jahre“ in Westberlin steht unter den Auspizien des Europarates. Veranstalter sind Bundesregierung und Westberliner Senat. Die Schirmherrschaft hat Walter Scheel. Ihre Werke haben einen Versicherungswert von rund 250 Millionen DM. Bis zum 16. Oktober ist die 15. Europäische Kunstausstellung in Westberlin zu besichtigen.

Ihr Zweck wird in der Einleitung des Kataloges der Ausstellung angedeutet: „Die 15. Kunstausstellung unter den Auspizien des Europarates über Tendenzen in der bildenden Kunst der Zwanziger Jahre dokumentiert, daß Kunst – intendiert oder nicht – immer auch politisch ist und bleiben wird. Insofern ist eine Ausstellung über die Kunst zwischen den Weltkriegen in Europa ein ebenso aufregendes wie aktuelles Unternehmen.“ Kunst zwischen den Weltkriegen, Preußenausstellung, Schülerwettbewerbe über geschichtliche Themen, der Film „Hitler – eine Karriere“ auf der einen Seite – hohe Besucherzahlen und großes Interesse an revolutionärer Literatur über die Geschichte des Kapitalismus/Imperialismus und der Arbeiterbewegung auf der anderen Seite. Das Geschichtsinteresse der beiden feindlichen Klassen wächst in Zeiten der Vorbereitung großer Klassenschlachten. Jede Klasse muß die Geschichte neu interpretieren und die Lehren aus ihren Siegen und Niederlagen ziehen. Für die westdeutsche Monopolbourgeoisie ist diese Ausstellung aktuell, weil sie erneut auf der Suche nach einer tragfähigen Propagandalinie ist, unter der sie eine ähnliche Entwicklung vorantreiben kann, wie sie in den zwanziger Jahren von der deutschen Monopolbourgeoisie betrieben wurde: imperialistische Expansion, Vorbereitung eines erneuten imperialistischen Krieges, Errichtung eines Militär-
Krieges, Errichtung eines Militärzuchthauses für die Arbeiterklasse.

Für uns ist es notwendig, diese Propagandaschau der Bourgeoisie zu untersuchen, um unsere Lehren daraus zu ziehen, damit wir diese Entwicklung verhindern und die westdeutsche Monopolbourgeoisie stürzen und die Ausbeuterordnung beseitigen können.

Nehmen wir uns vor, was die Bourgeoisie in dieser Ausstellung als „Triumph freiheitlicher Kunstentwicklung“ vorstellt. Da ist zunächst die Entwicklung der Bautechnik und Architektur. „Bewundernswerte Großzügigkeit und Genialität“, „leidenschaftliche Vertreter des Neuen Bauens“, „Visionen kühner Gestalter“, so schwärmte die Bourgeoisie damals, so schwärmt sie heute. Ein Arbeiter sagte nach Besuch dieser Ausstellung: „Die Zuchthäuser, die sie uns heute hinstellen, haben sie damals schon geplant.“ Die Visionen der kühnen Gestalter waren in der Tat die Visionen des Finanzkapitals, die sie auch in die Tat umsetzen ließ: die Fabriken zu Zuchthäusern für die Arbeiterklasse, die Wohnsiedlungen zu Pferchen für die Arbeiterfamilien, die Bauten für die Bourgeoisie zu monumentalen Luxuspalästen zu machen. Die andere „triumphale Entwicklung freiheitlicher Kunst“ wird in der Malerei vorgestellt: abstrakte Kunst (Konstruktivismus), Dada-Bewegung, Surrealismus und Neue Sachlichkeit. Begeistert wird der reaktionäre Idealismus der „neuen Gestalter“ ausgebreitet. „Das

Was ist dada?
Eine Kunst? Eine Philosophie? Eine Feuerversicherung?
Oder: Staatsreligion?
ist dada wirkliche Energie?
oder ist es Garnichts, d.h. alles?

Leben des heutigen Kulturmenschen wendet sich mehr und mehr vom Natürlichen ab; es wird immer mehr abstraktes Leben. Wenn das Natürliche (Äußerliche) zunehmend mechanisch wird, richtet sich die Lebensaufmerksamkeit immer mehr auf das Innerliche. Das Leben des wirklich modernen Menschen ist weder auf das Materielle gerichtet noch dreht es sich um das Materielle, es ist auch nicht vorwiegend Gefühlsleben, sondern tritt als selbständigeres Leben eines Geistes auf, sich seiner selbst bewußt wird“ (Mondrian, Die Neue Gestaltung in der Malerei). Dies ist 1917 geschrieben. In Deutschland hat sich die Arbeiterklasse zu großen Streikkämpfen gegen den imperialistischen Krieg, Hunger und Ausbeutung erhoben. Millionen auf der ganzen Welt kämpfen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und den imperialistischen Krieg. Das russische Proletariat stürzt die Ausbeuterordnung im bewaffneten Aufstand und beginnt mit dem Aufbau des Sozialismus.

In der bürgerlichen Kunst wird derweil die Abkehr vom Materiellen und vom Gefühl propagiert. Für die Bourgeoisie ist das Materielle der Profit, und ihre Gefühle sind die der Raffsucht und des Hasses gegen die Arbeiterklasse. Für das Proletariat waren das schon immer Gründe, die Bourgeoisie zu stürzen, niemals aber dafür, sich vom Materiellen, von der Produktion und dem Kampf um die Beherrschung der Natur und der Leitung der Gesellschaft abzuwenden und ihre Gefühle des Klassenhasses gegen die Bourgeoisie und der Klassensolidarität mit allen Ausgebeuteten zu unterdrücken. Die Dada-Bewegung propagierte schließlich auch noch die Abkehr vom Verstand. Hans Arp, einer der bekanntesten Dadaisten, schrieb: „Dada ist der Ekel vor der albernen verstandesmäßigen Erklärung der Welt.“

Dies ist direkt gegen den wissenschaftlichen Sozialismus geschrieben. Die Dada-Bewegung erklärte, daß die gesellschaftlichen Widersprüche nicht aus dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern aus dem Widerspruch des Individuums zu sich selbst herrührten. Das begeistert die Bourgeoisie. Im Katalog zur Ausstellung heißt es daher: „Die Werke der Dadaisten sind Zeugnisse eines Protestes gegen den Krieg und den zerstörerischen Rationalismus der modernen Zivilisation. Von 1916 bis zur Mitte der zwanziger Jahre war die Dada-Bewegung, die die bürgerliche Kultur der Lächerlichkeit überantworten und damit überwinden wollte, ein revolutionäres künstlerisches Ereignis, das die einschneidenden Veränderungen im Bewußtsein der Gesellschaft demonstrierte.“ Ein solcher Protest wird von der Bourgeoisie gehätschelt und für revolutionär erklärt, der keine Schuldigen nennt, keine Ursachen erforscht und nicht auf Veränderung drängt und daher ihre Herrschaft nicht antastet. Dies ist u.a. an die Jugend gerichtet. Ihr Protest soll sich nicht mit der revolutionären Arbeiterbewegung verbinden. Sie sollen nicht erfahren, daß, als die Dadaisten predigten, daß Krieg, Ausbeutung, Hunger, Unterdrückung unerforschliche Ursachen hätten, Lenin z.B. die Erscheinungen des Imperialismus auf seine Wurzeln in der kapitalistischen Produktionsweise untersuchte, das russische Proletariat die wissenschaftliche Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse Revolution machen muß, in die Tat umsetzte und daß die Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung bestimmte Ursachen hatten, die wir heute erkennen, um sie nicht zu wiederholen und die Bourgeoisie zu besiegen.

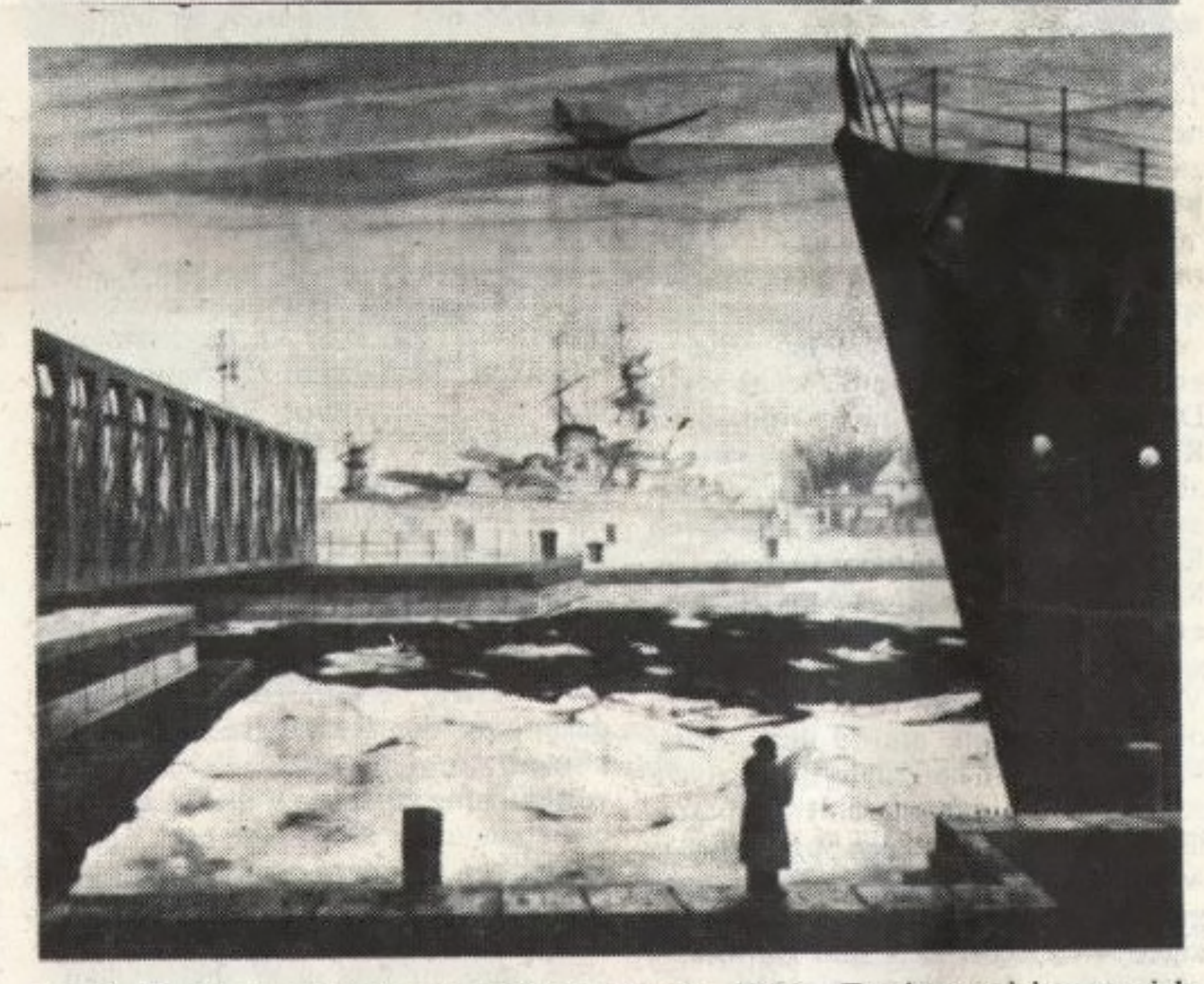
Ihr Protest soll möglichst so enden wie im Dritten Manifest des Stijl, einem Organ der bildenden Künste, von Künstlern, die sich selbst als Avantgardisten verstanden, gemacht: „Jetzt hat die neue Weltgestaltung angefangen. Die Kapitalisten sind Betrüger, aber die Sozialisten sind auch Betrüger. Die ersten wollen besitzen, aber die zweiten wollen auch besitzen. Die ersten wollen viel Geld, viele Menschen und viele Beefsteaks einschlukken, aber die zweiten wollen die ersten einschlucken. Was ist denn schlimmer?



Demonstration der Arbeiterjugend Berlins gegen die Aufrüstung des deutschen Imperialismus, gegen die Bewilligung der Millionen für den Panzerkreuzerbau, für einen Volksentscheid.


Bei der Straßenagitation der KPD werden Unterschriften für ein Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau gesammelt.

Soll es ihnen gelingen? Es bleibt völlig gleichgültig. Wir wissen nur eines: nur die Träger des Geistes sind aufrichtig, sie wollen nur geben. Umsonst.“ Aber die Massen wollten nicht nehmen. Sie verabscheuten die bürgerliche Kultur. In den Kämpfen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegsvorbereitung entwickelte die Arbeiterklasse auch die kulturelle Seite des Klassenkampfes. In der AIZ (Arbeiter-Illustrierten-Zeitung) wurden mit Fotografie, Plakatkunst, Malerei, Literatur und Reportage die Klassenkämpfe der Arbeiterklasse unterstützt. Einen Vergleich von bürgerlicher Kultur und der kulturellen Seite des Klassenkampfes der Arbeiterklasse finden wir z.B. 1928 während der Kämpfe gegen den Bau des Panzerkreuzers A. Im Reichstag wurde der Betrag von 80 Millionen für den Bau der Panzerkreuzer gebilligt. Die KPD rief zum Kampf auf und mobilisierte die Massen gegen diese erneuten Kriegsvorbereitungen der deutschen Finanzbourgeoisie. Insbesondere die Arbeiterjugend demonstriert gegen Militarismus und imperialistischen Krieg. Mit großen Panzerkreuzern aus Pappe ziehen die Arbeiter in Propagandatrupps und Demonstrationen durch die Straßen und fordern die Durchführung eines Volksentscheids gegen die Aufrüstung. John Heartfield unterstützt die Kampagne mit Fotomontagen auf Plakaten. Auf der Kunstausstellung wird dagegen ein Bild gezeigt: Radziwill, Die Inselbrücke von Wilhelmshaven. Im Hintergrund ein Panzerkreuzer. Im Vordergrund „der kleine Mann, der sich den Phänomenen der modernen Welt ausgesetzt sieht, die er nicht geschaffen hat, die er nicht beherrscht und die er nicht zu deuten vermag.“


Radziwill, Die Inselbrücke von Wilhelmshaven, 1931. „Er nimmt nichts um sich herum wahr“ (Kunstkatalog) – das ist der Traum der Bourgeoisie von einer willenlosen Arbeiterklasse.



Die revolutionäre Kultur wird zur Unterstützung des Klassenkampfes eingesetzt. Fotomontage von John Heartfield gegen den Bau des Panzerkreuzers A. „Keinen Mann, keinen Pfennig den imperialistischen Kriegsrüstungen! Heraus zum Volksbegehren!

Wo die bürgerliche Kunst Elemente der Kritik an den Erscheinungen des Imperialismus beinhaltet, ist diese Kritik sklavisch. Sie erklärt sich grundsätzlich einverstanden, solange sie eben von der herrschenden Klasse ausgehalten wird, und tritt gegen die revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf.

Bewußtlos drückt sie die Verfaultheit und Verkommenheit des Imperialismus aus. Die Bilder der Surrealisten sind Bilder der Abwendung von der Wirklichkeit und der Hinwendung zu Zauber, Spuk, Obskurantismus.

Die 15. Europäische Kunstausstellung ist somit nichts als die Darstellung des Bankrotts der bürgerlichen Weltanschauung. Sie soll suggerieren, daß die geschichtliche Entwicklung nicht zu verstehen und schon gar nicht aufzuhalten und aktiv im Interesse der Arbeiterklasse zu gestalten ist. Mehr noch ist sie eine Veranstaltung der Geschichtsfälschung und des Chauvinismus. Die Tendenzen der zwanziger Jahre in Deutschland, das war die Tendenz der imperialistischen Finanzbourgeoisie, die Ausbeuterherrschaft über die Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten und in einem erneuten imperialistischen Weltkrieg die Weltherrschaft zu erlangen, die Kämpfe der Arbeiterklasse dagegen mit dem Ziel, die Revolution zu machen. Die Absichten der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie sind die gleichen geblieben. Daher ist diese Ausstellung für sie so aktuell. Daher ist sie ihr zugleich ein Instrument des Chauvinismus, um ihre führende Rolle in Europa anzumelden und ihren Brückenkopf Westberlin zu stärken und auszubauen. „Der Generalsekretär des Europarates Karl Akkermann sprach von einem Akt der Anerkennung und des Vertrauens in die Rolle und Funktion der Stadt: ‚Bedeutsam nicht nur, weil Berlin als ehemalige deutsche Hauptstadt, kulturhistorisch gesehen innerhalb der zeitgenössischen Thematik dieser Ausstellung eine so bedeutsame Rolle gespielt hat, sondern bedeutsam auch, weil diese Ausstellung versinnbildlicht, welche Rolle Berlin nach wie vor als eine der großen Metropolen im freien demokratischen Europa spielt und spielen kann.‘“ (ZDF, 21.8., 19 Uhr)

Gegen diese Propagandaschau der Bourgeoisie, in die vorwiegend auch die Schuljugend geschickt wird, organisieren das Soldaten- und Reservistenkomitee und der KBW eine Ausstellung über den Zweiten Weltkrieg, seine Ursachen, den Kampf der Arbeiterklasse gegen das deutsche Finanzkapital und die unvermeidliche Niederlage des deutschen Faschismus, der unter den Schlägen der Roten Armee an seinen inneren Widersprüchen zugrunde ging. – (Bezirk Westberlin)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung